H 8040 F
ISSN 1619-1404
30. Jahrgang
Nummer 176
Januar | Februar 2019
3,50 Euro

der rechte rand

magazin von und für antifaschistInnen

Für Europa. Gegen Europa.

Die radikale Rechte vor der Wahl.

An der deutsch-polnischen Grenze feiern junge Polen und Polinnen 2004 den EU-Beitritt. Photo: Mark Mühlhaus / attenzione

Inhalt und Editorial

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

»Strache hat vor Gericht gelogen«, twitterte die »Sozialdemokratische Partei Österreichs« am 18. Janaur 2019 empört. Auch die Berichte in der österreichischen Presse waren eindeutig. Heinz-Christian Strache, der Vizekanzler und »Bundesminister für öffentlichen Dienst und Sport« und Chef der rechtsradikalen »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ), hatte zu seinen Kontakten in die neofaschistische Szene gelogen – und musste das nun einräumen. Der Politiker wollte sich dagegen wehren, in die Nähe der »Identitären« gerückt zu werden und hatte ein Verfahren gegen einen Politikberater angestrengt. Diesem warf er vor, ein gefälschtes Foto verbreitet zu haben. Darauf sind Strache und ein mutmaßliches Mitglied der »Identitären Bewegung« an einem Kneipentisch zu sehen. Vor Gericht musste Strache nun einräumen, dass sein Gesicht nicht – wie bis dato von ihm behauptet – »hineinmontiert« worden sei, sondern er tatsächlich an dem Tisch in einem Lokal mit eben jenem Rechten saß.
Konsequenzen dieser Lüge? Keine. Die Forderung nach Rücktritt aus der Opposition und die kritischen Medienberichte verpufften. Weder Strache und seine FPÖ noch der konservative Koalitionspartner von Regierungschef Sebastian Kurz ziehen einen solchen Schritt in Erwägung (Stand: 23.01.2019). Warum auch? Der Gewöhnungseffekt ist schon längst eingetreten. Alle wissen um die politische Vita des Vize-Regierungschefs von Österreich, den die Konservativen – übrigens die Schwesterpartei der deutschen CDU/CSU – erst ins Amt gebracht haben. Alle kennen die Bilder von den Wehrsportübungen mit militanten Neonazis. Alle wissen um seine politisch deutschnationale Herkunft und um seine rassistischen Positionen. An Strache prallt das ab, »HC Teflon« wurde Strache schon genannt. An ihm bleibt einfach nichts kleben.
Ungarn, Österreich, Italien, Polen … die Rechtsregierungen in Europa produzieren einen Skandal nach dem anderen. Und sie machen – offen erkennbar – eine Politik gegen die Mehrheit der Menschen. Sie ist nicht nur rassistisch, sie ist auch unsozial, antidemokratisch und setzt auf die Spaltung der Gesellschaft: Mehr Arbeit, weniger Unterstützung durch den Staat, mehr Privatisierungen, weniger Mitbestimmung, mehr Kontrolle, weniger Rechte für Frauen. Wer glaubte, die radikale Rechte würde durch den Einzug in die Parlamente oder durch die Übernahme von Regierungsposten gezähmt, der irrt. Sie verschiebt die Gesellschaft kontinuierlich nach rechts – durch ihre Regierungspraxis und auch allein dadurch, dass sie Diskurse bestimmt und ihr nicht die nötigen Grenzen aufzeigt werden. Österreich steht exemplarisch dafür, dass die radikale Rechte nicht dadurch verschwindet, wenn sie durch konservative Parteien eingebunden wird oder man mit ihren Kadern redet. Trotz Spaltungen und Streit war der erneute Aufstieg der FPÖ nach dem Ende der schwarz-blauen Koalitionen nur eine Frage der Zeit. Die Politik der radikalen Rechten fällt auf einen gut bearbeiteten Boden, die Saat geht auf – fast überall in Europa. Dagegen braucht es Wissen und Widerstand.

Eure Redaktion

#HausEuropa

Große Zauberworte auf dem Prüfstand

von Volkmar Wölk

Vorhersagen sind immer schwierig; vor allem wenn sie die Zukunft betreffen. Doch einige Prognosen lassen sich gefahrlos anstellen. Zum Beispiel die, dass die Karriere des Nigel Farage (UKIP), über Jahre umworben von der extremen Rechten in Europa, endgültig beendet ist. Der Brexit lässt seine frühere Partei als Partner im Europaparlament wegfallen. Und bei den »Europäischen Konservativen und Reformern« werden die britischen »Tories« fehlen.

Ebenso sind kaum Prognosekraft und Analysefähigkeit für die Aussage notwendig, dass die Parteien der extremen Rechten deutlich zulegen können. So liegt in der letzten französischen Umfrage (20.12.2018) der »Rassemblement National«, die Partei von Marine Le Pen, an der Spitze mit drei Prozent Vorsprung vor der Formation des Präsidenten Emmanuel Macron. WahlforscherInnen gehen inzwischen davon aus, dass der rechtsaußen angesiedelte Flügel des Europaparlaments auf bis zu 150 Abgeordnete, also ein Fünftel der gesamten Sitzzahl, anwachsen könnte. Ob diese sich dann tatsächlich zu einer gemeinsamen Fraktion zusammenschließen werden, ist keineswegs ausgemacht. Die ablaufende Legislaturperiode hat deutlich gezeigt, dass es für die NationalistInnen äußerst schwierig ist, tatsächlich zu einer Art »Internationale der Nationalisten« zu werden. Eine keineswegs neue Erscheinung. Im Negativen, den gemeinsam abgelehnten Eigenschaften der EU, besteht eine wesentlich höhere Übereinstimmung als im Positiven, also ob man überhaupt weiterhin eine Europäische Union will, ob und wie der Euro erhalten bleiben soll und welche Reformschritte gegebenenfalls angegangen werden sollen. Auch für regionalen Zündstoff ist reichlich gesorgt. In der Vergangenheit war das Alto Aldige (Südtirol) eine solche Sollbruchstelle. Sie besteht weiterhin. Der Konflikt zwischen den VertreterInnen der italienischen »Lega« und der österreichischen »Freiheitlichen Partei Österreichs« ist vorprogrammiert durch den Beschluss der österreichischen Regierung, den SüdtirolerInnen den Doppelpass anzubieten.

> Das einstmals angestrebte »gemeinsame Haus Europa«? Die Türen sind verrammelt, die Zugbrücke hochgezogen, der Wassergraben gefüllt.

Der Wunsch

Das Zauberwort mit dem alle Parteien der extremen Rechten um sich werfen, lautet »Europa der Vaterländer«, ein altes Konzept des französischen Präsidenten Charles de Gaulle. Zunächst einmal bedeutet dies die Kooperation souveräner Nationalstaaten, die nur jene Dinge gemeinsam tun, die die einzelnen Staaten gar nicht oder nur schlechter umsetzen könnten. Also Freihandel und Zollfreiheit untereinander, aber keine gemeinsame Währung, da dies einen Verlust von Souveränität bedeutet. Ansonsten gilt das Subsidiaritätsprinzip, wonach die jeweils kleinere Einheit alles erledigt, was sie kann, und die größere Einheit nur tätig werden darf, wenn die kleinere überfordert ist und dies will. Eine gemeinsame Außenpolitik wäre unter diesen Voraussetzungen nur schwer vorstellbar.

Konfliktlinien

Dissens ist ebenso vorprogrammiert im Bereich der Demokratie und Repräsentanz. Im Europawahlprogramm der »Alternative für Deutschland« ist beispielsweise der Plan enthalten, das EU-Parlament drastisch auf 100 Mitglieder zu verkleinern, auf Direktwahlen zu dem Gremium vollständig zu verzichten und die Abgeordneten der Größe des jeweiligen Landesparlamentes entsprechend durch dieses zu entsenden. Eigene Gesetzgebungsbefugnisse soll das Europaparlament nicht haben. Gerade bei den Abgeordneten der Rechtsparteien aus kleineren EU-Ländern dürfte dieser Plan auf nur wenig Gegenliebe stoßen, denn seine Umsetzung würde bedeuten, dass sie dort nicht mehr vertreten wären. Gerade sie sind aber auf Geld, Einfluss und damit verbundene Infrastruktur angewiesen. Als ‹Gelddruckmaschine› war das Europaparlament trotz aller politischen Einwände bei der extremen Rechten schon immer beliebt. Widerstand wäre aber auch vom »Rassemblement National« zu erwarten, denn in Frankreich sind die Europawahlen die einzigen auf Landesebene, die nach dem Verhältniswahlrecht und nicht nach dem Mehrheitsprinzip erfolgen.

Die Liste der Streitpunkte ließe sich fortsetzen. Spätestens an dieser Stelle rächt es sich, dass in den Parteien der extremen Rechten die Entwicklung von Europakonzeptionen vernachlässigt worden ist. Während in anderen Bereichen häufig auf die ideologischen Vorarbeiten der »Neuen Rechten« zurückgegriffen wurde, ist dies im Bereich der Europapolitik unterblieben. Deren Vordenker betonen seit Jahrzehnten, der Nationalstaat sei heute obsolet, da er viel zu klein sei, um die großen Probleme zu lösen, und viel zu groß, um Identität zu vermitteln. Dagegen blieben die Wahlparteien dieses politischen Lagers dem Primat der nationalen Politik treu. Dies gilt insbesondere für die deutsche extreme Rechte. Es ist also keineswegs ausgemacht, dass die »Alternative für Deutschland« (AfD) und ihre europäischen Verbündeten die Vorteile werden nutzen können, die ihnen die stärkere Vertretung im Parlament bietet.

Unabhängig davon wird es einen Rechtsruck geben, der vor allem den verstärkten Ausbau der Festung Europa bedeutet. Ein »gemeinsames Haus Europa«? Die Türen sind verrammelt, die Zugbrücke hochgezogen, der Wassergraben gefüllt. Ganz ohne extreme Rechte.

Rechte und konservative Fraktionen im Europäischen Parlament

Im Europäischen Parlament (EP) sind aktuell acht Fraktionen vertreten. Voraussetzung für die Bildung einer Fraktion sind mindestens 25 Abgeordnete aus sieben Mitgliedsstaaten der EU. Es ist nur eine Mitgliedschaft in einer Fraktion möglich. Die hier abgebildeten vier Fraktionen und deren Mitgliedsparteien entsprechen dem aktuellen Stand. Manche der Parteien sind erst während der Legislaturperiode 2014-2019 Mitglied in den jeweiligen Fraktionen geworden. Dies hängt damit zusammen, dass Abgeordnete (MdEP) in eine neu gegründete Partei übergetreten sind, die dann von der Fraktion aufgenommen worden ist. Auch sitzen mitunter Abgeordnete in einer Fraktion, die nicht mehr der Partei angehören, für die sie ins EP gewählt worden sind.

Wiederum andere PolitikerInnen sitzen im EP, sind jedoch fraktionslos. Ihnen stehen im Gegensatz zu den Fraktionen keine weiteren finanziellen und infrastrukturellen Ressourcen zu. Einer der fraktionslosen Abgeordneten ist zum Beispiel Udo Voigt von der »Nationaldemokratischen Partei Deutschlands« (NPD).



»Europe of Nations and Freedom«
(»Europa der Nationen und Freiheit«, ENF)

Land	Partei
Belgien:	**»Vlaams Belang«** *(»Flämische Interessen«, VB)*
Deutschland:	**»Die blaue Partei«** *(»Die Blauen«)*
Frankreich:	**»Rassemblement National«** *(»Nationale Sammlungsbewegung«, RN)*
Italien:	**»Lega«**
Niederlande:	**»Partij voor de Vrijheid«** *(»Partei für die Freiheit«, PVV)*
Österreich:	**»Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ)**
Polen:	**»Kongres Nowej Prawicy«** *(»Kongress der neuen Rechten«, KNP)*



»Europe of Freedom and Direct Democracy«
(»Europa der Freiheit und direkten Demokratie«, EFDD bzw. EFD²)

Land	Partei
Deutschland:	**»Alternative für Deutschland« (AfD)**
Frankreich:	**»Les Patriotes«** *(»Die Patrioten«, DP)*
Frankreich:	**»Les Français Libres«** *(»Die Französischen Freien«)*
Frankreich:	**»Debout la France«** *(»Steh auf Frankreich«, DLF)*
Italien:	**»MoVimento 5 Stelle«** *(»Fünf-Sterne-Bewegung«, M5S)*
Litauen:	**»Tvarkas ir Teisungumas«** *(»Ordnung und Gerechtigkeit«)*
Polen:	**»Wolność Janusza Korwin-Mikke«** *(»Freiheit von Janusz Korwin-Mikke«, Wolność)*
Tschechien:	**»Strana svobodných občanů«** *(»Partei der freien Bürger«, Svobodní bzw. SSO)*
United Kingdom:	**»UK Independence Party«** *(»Partei für die Unabhängigkeit des Vereinigten Königreichs«, UKIP)*
United Kingdom:	**»Libertarian Party«** *(»Libertäre Partei«)*
United Kingdom:	**»Social Democratic Party«** *(»Sozialdemokratische Partei«, SDP)*
United Kingdom:	**»Thurrock Independents«**



»European People's Party«
(»Europäische Volkspartei«, EVP)

Land	Partei
Belgien:	**»Centre Démocrate Humaniste«** *(CDH)*
Belgien:	**»Christlich Soziale Partei«** *(CSP)*
Belgien:	**»Christen-Democratisch en Vlaams«** *(»Christlich-Demokratisch und Flämisch«, CD&V)*
Bulgarien:	**»Demokrati sa Silna Balgarija«** *(»Demokraten für ein starkes Bulgarien«, DSB)*
Bulgarien:	**»Graschdani sa Ewropejsko Raswitie na Balgaria«** *(»Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens«, GERB)*
Dänemark:	**»Det Konservative Folkeparti«** *(»Konservative Volkspartei«, C)*
Deutschland:	**»Christlich Demokratische Union« (CDU)**
Deutschland:	**»Christlich-Soziale Union« (CSU)**
Estland:	**»Isamaa«** *(»Vaterland«)*
Finnland:	**»Kansallinen Kokoomus«** *(»Nationale Sammlungspartei«, Kok)*
Frankreich:	**»Les Républicains«** *(»Die Republikaner«, LR)*
Griechenland:	**»Nea Dimokratia«** *(»Neue Demokratie«, ND)*
Irland:	**»Fine Gael«** *(»Familie der Iren«, FG)*
Italien:	**»Forza Italia«** *(»Vorwärts Italien«, FI)*

Italien:	**»Unione di Centro«** *(»Union der Mitte«, UdC)*
Italien:	**»Südtiroler Volkspartei«** *(SVP)*
Kroatien:	**»Hrvatska demokratska zajednica«** *(»Kroatische Demokratische Gemeinschaft«, HDZ)*
Lettland:	**»Vienotība«** *(»Einigkeit«, V)*
Litauen:	**»Tėvynės Sąjunga – Lietuvos krikščionys demokratai«** *(»Vaterlandsbund – Christdemokraten Litauens«, TS-LKD)*
Luxemburg:	**»Chrëschtlech Sozial Vollekspartei«** *(»Christlich Soziale Volkspartei«, CSV)*
Malta:	**»Partit Nazzjonalista«** *(»Nationalistische Partei«, PN)*
Niederlande:	**»Christen-Democratisch Appèl«** *(»Christlich-Demokratischer Aufruf«, CDA)*
Österreich:	**»Österreichische Volkspartei« (ÖVP)**
Polen:	**»Platforma Obywatelska«** *(»Bürgerplattform«, PO)*
Polen:	**»Polskie Stronnictwo Ludowe«** *(»Polnische Volkspartei«, PSL)*
Portugal:	**»Partido Social Democrata«** *(»Sozialdemokratische Partei«, PT)*
Portugal:	**»Centro Democrático e Social – Partido Popular«** *(»Demokratisches und Soziales Zentrum – Volkspartei«, CDS-PP)*
Portugal:	**»Partido da Terra«** *(»Bewegung Partei der Erde«, MPT)*
Rumänien:	**»Partidul Național Liberal«** *(»Nationale Liberale Partei«, PNL)*
Rumänien:	**»Uniunea Democrată Maghiară din România/Romániai Magyar Demokrata Szövetség«** *(»Demokratische Union der Ungarn in Rumänien«, UDMR/RMDSZ)*
Schweden:	**»Kristdemokraterna«** *(»Die Christdemokraten«, KD)*
Schweden:	**»Moderaterna «***(»Gemäßigte«, M)*
Slowakei:	**»Strana maďarskej komunity/Magyar Közösség Pártja«** *(»Partei der ungarischen Gemeinschaft«, SMK-MKP)*
Slowakei:	**»Kresťanskodemokratické hnutie«** *(»Christlich-Demokratische Bewegung«, KDH)*
Slowakei:	**»Most–Híd az együttműködés pártja – strana spolupráce«** *(»Brücke – Partei der Zusammenarbeit«)*
Slowenien:	**»Slovenska demokratska stranka«** *(»Slowenische Demokratische Partei«, SDS)*
Slowenien:	**»Nova Slovenija Krščanska ljudska stranka«** *(»Neues Slowenien – Christliche Volkspartei«, NSI)*
Slowenien:	**»Slovenska Ljudska Stranka«** *(»Slowenische Volkspartei«, SLS)*
Spanien:	**»Partido Popular«** *(»Volkspartei«, PP)*
Tschechien:	**»Tradice, Odpovědnost, Prosperita«** *(»Tradition, Verantwortung, Wohlstand«, TOP09)*
Tschechien:	**»Křesťanská a demokratická unie – Československá strana lidová«** *(»Christliche und Demokratische Union – Tschechoslowakische Volkspartei«, KDU-ČSL)*
Tschechien:	**»Starostové a nezávislí«** *(»Bürgermeister und Unabhängige«, STAN)*
Ungarn:	**»Fidesz – Magyar Polgári Szövetség«** *(»Ungarischer Bürgerbund«, Fidesz-MPSZ)*
Ungarn:	**»Kereszténydemokrata Néppárt«** *(»Christlich-Demokratische Volkspartei«, KDNP)*
Zypern:	**»Dimokratikos Synagermos«** *(»Demokratische Versammlung«, DISY)*



»European Conservatives and Reformists«

(»Europäische Konservative und Reformer«, ECR)

Belgien:	**»Nieuw-Vlaamse Alliantie«** *(»Neu-Flämische Allianz«, N-VA)*
Bulgarien:	**»Presaredi BG«** *(»Bulgarien neu laden«)*
Bulgarien:	**»VMRO – Balgarsko nazionalno dwischenie«** *(»Bulgarische Nationale Bewegung«, IMRO-BNB)*
Dänemark:	**»Dansk Folkeparti«** *(»Dänische Volkspartei«, DP)*
Deutschland:	**»Liberal-Konservative Reformer«** *(LKR)*
Deutschland:	**»Bündnis C – Christen für Deutschland«**
Finnland:	**»Perussuomalaiset«** *(»Wahre Finnen«, PS)*
Griechenland:	**»Greece-The Alternative Road«**
Irland:	**»Fianna Fáil Party«** *(»Soldaten Irlands«, FF)*
Italien:	**»Direzione Italia«** *(»Richtung Italien«, DI)*
Italien:	**»Noi con l'italia«** *(»Wir mit Italien«, NcI)*
Kroatien:	**»Hrvatska konzervativna stranka«** *(»Kroatische Konservative Partei«, HKS)*
Lettland:	**»Nacionālā apvienība ›Visu Latvijai!‹ – ›Tēvzemei un Brīvībai/LNNK‹«** *(»Nationale Vereinigung ›Alles für Lettland‹ – ›Für Vaterland und Freiheit/Lettische Nationale Unabhängigkeitsbewegung‹«, NA bzw. VL-TB/LNNK)*
Litauen:	**»Lietuvos lenkų rinkimų akcija«** *(»Wahlaktion der Polen Litauens«, LLRA)*
Niederlande:	**»ChristenUnie«** *(»ChristenUnion«, CU)*
Niederlande:	**»Staatkundig Gereformeerde Partij«** *(»Reformierte Politische Partei«, SGP)*
Polen:	**»Prawo i Sprawiedliwość«** *(»Recht und Gerechtigkeit«, PiS)*
Polen:	**»Prawica Rzeczypospolitej«** *(»Der rechte Flügel der Republik«, PR)*
Rumänien:	**»M10«**
Rumänien:	**»Pro România«**
Schweden:	**»Sverigedemokraterna«** *(»Die Schwedendemokraten«, SD)*
Slowakei:	**»Sloboda a Solidarita«** *(»Freiheit und Solidarität«, SaS)*
Slowakei:	**»Nová väčšina«** *(»Neue Mehrheit«, NOVA)*
Slowakei:	**»Obyčajní ľudia a nezávislé osobnosti«** *(»Gewöhnliche Leute und unabhängige Personen«, OĽaNO bzw. OĽ)*
Tschechien:	**»Občanská demokratická strana«** *(»Demokratische Bürgerpartei«, ODS)*
United Kingdom:	**»Conservative and Unionist Party«** *(»Konservative und Unionistische Partei«, Conservative Party bzw. Tories)*
United Kingdom:	**»Ulster Unionist Party«** *(»Unionistenpartei Ulsters«, UUP)*

Quelle: Europäisches Parlament

#SchwerpunktEU

Europa driftet

Im Europaparlament und in den Ländern erstarkt die radikale Rechte.

von Ernst Kovahl

Quer durch Europa greift die radikale Rechte nach der Macht – und die Konservativen assistieren. Erst Anfang Januar 2019 machte die »Südtiroler Volkspartei« (SVP) den Weg frei für eine Koalition mit der rechtsradikalen »Lega« im norditalienischen Alto Adige. Die SVP ist Mitglied der konservativen »Europäischen Volkspartei« (EVP) und Schwester der deutschen CDU/CSU. Mit den bayerischen Christsozialen vereinbarte die SVP parallel zur Koalitionsbildung mit den Rechtsradikalen eine enge Kooperation zur Europawahl. Und im spanischen Andalusien will die post-franquistische, konservative »Partido Popular« – ebenfalls in der EVP – gemeinsam mit der wirtschaftsliberalen »Ciudadanos« sowie der rechtsradikalen »VOX« regieren. Während Koalitionen mit der »Alternative für Deutschland« (AfD) hier noch unmöglich scheinen, ist das im europäischen Ausland längst anders. Doch auch die deutschen Konservativen haben kein Problem damit, wenn ihre Verbündeten mit Rechtsradikalen regieren. Der Cordon sanitaire, der hier die radikale Rechte bisher auf Distanz hielt, wird rissig.

Bulgarien, Italien, Ungarn, Österreich, Polen, Dänemark, Norwegen – in einer Reihe von Staaten der EU regieren radikale Rechte mit. Für viele von ihnen sind der Autokrat Viktor Orbán und seine »illiberale Demokratie« Vorbild: Rassistische Politik gegen MigrantInnen und Minderheiten, Einschränkungen von Mitbestimmung bei Aufrechterhaltung formal-demokratischer Institutionen, Angriffe auf Pressefreiheit, Wissenschaft, Gewerkschaften und Linke, eine anti-soziale Politik gegen Beschäftigte und Arme sowie Entscheidungen für die Interessen des Kapitals. Auch Orbáns Partei »Fidesz« ist Mitglied der EVP und wird von der CSU hofiert. Im Januar 2018 war er bei deren Klausurtagung im Kloster Seeon. Der gemeinsame Feind: Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihre vermeintlich liberale Flüchtlingspolitik.

Ja zu Europa, nein zu Europa – in dieser Frage ist die gesamte Gesellschaft gespalten. Mehr Integration oder weniger, das ist die Frage – ebenso die konkrete Ausgestaltung der europäischen Politik. Das Vertrauen in die EU ist nach aktuellen Umfragen in Deutschland fast zur Hälfte gespalten. Die Spaltung geht dabei nicht vorrangig entlang klassischer politischer Scheidelinien. Es gibt ebenso eine linke Kritik oder Ablehnung der EU, wie es radikale Rechte gibt, die ihre Ziele durch mehr Europa realisiert sehen. Gerade in der alten Bundesrepublik hatten Teile revanchistischer und völkischer Rechter auf eine Europäisierung ihrer Interessen gesetzt. Am Ende ist die Frage, welche politischen Mehrheiten es in den Parlamenten gibt und wie stark progressive – oder eben auch reaktionäre – Bewegungen in der Gesellschaft sind.

Bisher war das Europaparlament für die radikale Rechte in Deutschland nicht sehr bedeutend. Nachdem 1989 die Partei »Die Republikaner« mit sechs Abgeordneten in das Parlament eingezogen war, zerstritt sich ihre Fraktion zügig. Als Versorgungsposten und Geldquelle nutzte ihr das Parlament einige Jahre – praktische Politik konnte sie dort kaum entfalten. Ähnlich erging es der »Alternative für Deutschland« (AfD) 2014. Von den sieben Gewählten verließen mit jeder politischen Häutung der AfD-Abgeordnete die Partei. Heute sitzt dort nur noch Parteichef Jörg Meuthen – die anderen haben Unterschlupf in anderen rechten Kleinstparteien gefunden. Für die Neonazis von der NPD und ihren Abgeordneten Udo Voigt ist das Europaparlament nach dem Ausscheiden aus den Landtagen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern die letzte parlamentarische Bastion. Sie taugt für ein sicheres Einkommen einiger Funktionäre, überschaubare Finanzmittel und als Plattform europäischer Kontaktpflege – für mehr nicht.

Bei den Wahlen im Mai 2019 ist ein Rechtsruck zu erwarten. Durch den EU-Austritt des Vereinigten Königreichs würde für die Rechte zwar ein starker Block von UKIP-Abgeordneten wegfallen, doch das Erstarken der Rechten in einer Reihe anderer Länder wird zu guten Wahlergebnissen führen – von »rechtspopulistischen« Formationen bis hin zum Neonazismus. Zuverlässige europaweite Prognosen gibt es nicht, doch der erwartbare Aufschwung der AfD in Deutschland sowie bestehende starke Parteien in Ost- und Südosteuropa, Italien, Österreich, Frankreich und Dänemark zeigen, wohin die Entwicklung gehen wird. Die zentrale Frage ist, ob es nach der Wahl einem relevanten Teil der radikalen Rechten mit ihren widersprüchlichen Forderungen gelingen wird, eine stabile Fraktion zu bilden und politisch in dem hoch formalisierten Parlament handlungsfähig zu werden – daran scheiterten bisher noch alle Vorgänger. Und die radikale Rechte blieb bisher im Europaparlament unbedeutend, weil sie in den festgezurrten Machtkonstellationen zwischen Konservativen und Sozialdemokratie als Mehrheitsbeschafferin nicht benötigt wurde. Wird das so bleiben oder werden Konservative nun auch auf europäischer Ebene Bündnisse mit der radikalen Rechten eingehen?



#EUParlament

Alte und neue FreundInnen

Die extreme Rechte konsolidiert sich seit Jahren im Europäischen Parlament. Nach der Wahl im Mai 2019 könnte ihr aus der vormaligen Propagandabühne, Geldquelle und Vernetzungsnische ein Einfluss erwachsen, der ihre nationalen Bemühungen um politischen und gesellschaftlichen Rückschritt maßgeblich flankieren würde.

von Jan Rettig



Parlamentsarbeit

Derzeit sind extrem rechte Parteien an diversen Fraktionen im Europäischen Parlament (EP) beteiligt. Den harten nationalistischen Kern bildet die aktuell kleinste namens »Europe of Nations and Freedom« (»Europa der Nationen und Freiheit«, ENF). In der EU-feindlichen Fraktion »Europe of Freedom and Direct Democracy« (»Europa der Freiheit und direkten Demokratie«, EFDD) tummeln sich ebenfalls einschlägige Parteien. Darüber hinaus haben zwei weitere größere Fraktionen offene Rechtsaußenflanken: Die EU-skeptischen »European Conservatives and Reformists« (»Europäische Konservative und Reformer«, ECR) und die christdemokratische, zu Teilen nationalkonservative »European People's Party« (»Fraktion der Europäischen Volkspartei«, EVP).

Die ENF nutzte in dieser Legislaturperiode (2014-2019) vor allem die Möglichkeiten parlamentarischer Kontrolle mittels schriftlicher Anfragen. Mit knapp 2.600 stellte sie ebenso viele wie die EKR, die allerdings doppelt so viele Abgeordnete umfasst. Auch die Anzahl an Resolutionsentwürfen, die von der ENF eingebracht wurden, war überdurchschnittlich hoch. Thematisch gab es keinen Schwerpunkt – Interesse und Initiative der einzelnen Abgeordneten schienen hier ausschlaggebend. Wenn überhaupt, ist eine gemeinsame Linie in der erwartbaren Verknüpfung fast jeden Themas mit lokal, regional oder national exklusiven Ansprüchen zu erkennen.

Mit ihren fast ausnahmslos allein eingebrachten Themen erhielt die ENF aber kaum eine Bühne, denn Resolutionsentwürfe bedürfen einer gewissen Relevanz und Unterstützungsbreite, um im Plenum zur Debatte gestellt zu werden. Hier hat sich bisher ein Cordon sanitaire gehalten. Anders gegenüber der EFDD. Sie konnte einen Großteil ihrer Anliegen in fraktionsübergreifende Anträge einbringen. Innerhalb des Rechtsaußen-Lagers scheint es wenig Berührungsängste zu geben, wie einige gemeinsame Anträge belegen, wovon der medienwirksamste sicher das Misstrauensvotum gegen die EU-Kommission Ende 2014 war. Sonstige Möglichkeiten, eigene Themen auf die Agenda zu setzen, hat die ENF interessanterweise nur wenig genutzt.

Auch fraktionslose Abgeordnete kamen zu Wort. Wie nachrangig ihr Status ist, zeigte zuletzt die Debatte nach einer europapolitischen Rede von Angela Merkel im EP. Nach Reden von Staats- und Regierungschefs im EP ist es üblich, Abgeordneten desselben Landes bevorzugt Rederecht einzuräumen. Martin Sonneborn (»Die Partei«) hatte dieses Recht explizit deshalb in Anspruch genommen, um den fraktionslosen Udo Voigt (NPD) nicht zu Wort kommen zu lassen. Die daraufhin erfolgte Bitte Bruno Gollnischs (ehemals FN), seine Redezeit Voigt überlassen zu dürfen, wies der Parlamentspräsident zurück. Aber nicht immer war Voigt so zu schassen. Hauptsächlich meldete er sich zu Wort, wenn es um die EU, den Nahen und Mittleren Osten sowie Migration ging. Mit seinen Ansprachen zur Verteidigung der HolocaustleugnerInnen Horst Mahler und Ursula Haverbeck oder den klassischen Informationsanfragen betrieb er solide Klientelpolitik für seine nationalrevolutionär-faschistische Basis. Worüber er und seine ebenfalls fraktionslosen Kumpane der ungarischen »Jobbik«, griechischen »Chrysi Avgi« und des ex-FN aber nicht verfügen, sind zusätzliche finanzielle und infrastrukturelle Ressourcen, die ausschließlich Fraktionen zustehen. Diese Mittel reichen weit über die Finanzierungshilfen für Euro-Parteien und -Stiftungen hinaus. Wie sehr und einfach diese Summen korrumpieren und zur Zweckentfremdung anstiften, zeigte unter anderem eine Spesenabrechnung der ENF von 2016, derzufolge Luxusessen und -getränke von Fraktionszuwendungen bezahlt werden sollten. Politisch schwerwiegender sind die aktuell laufenden Ermittlungen gegen den »Rassemblement National« (RN, früher »Front National«) aufgrund national verwendeter aber europäisch bestimmter Fraktions- beziehungsweise Abgeordnetenzuwendungen für Personal.

Zusammen gegen EU und Migration

Eines der bestimmenden Themen der letzten Jahre war der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU. Die anfängliche Euphorie wich schnell der Ernüchterung. Was im EP von der extremen Rechten bis heute unisono als Ausdruck nationaler Selbstbestimmung be-



Nigel Farage im EU-Parlament 2018

schworen wird, ertönte schon in den auf das Referendum folgenden Wahlkämpfen in ganz Europa nicht mehr besonders laut. Und als realpolitische Konsequenz scheint es keine attraktive Option zu sein. Bei allem Streit, aller Provokation und allen Machtdemonstrationen streben weder die »Lega« noch die »Freitheitliche Partei Österreichs« (FPÖ) einen Austritt aus der EU an, auch »Fidesz« und die PiS stellen die EU-Mitgliedschaft nicht prinzipiell in Frage. Und so bejubelt man den Brexit, wohlwissend, dass die eigene Scholle immer noch und relativ alternativlos zur EU gehört.
Wirklich laut und handfest am Werk sind sie dagegen in der Migrationsfrage. Im Dezember 2018 unternahm die ENF eine Fraktionsreise nach Budapest. Dort traf man sich nach eigenen Aussagen bereits zum zweiten Mal zu einem Arbeitstreffen, bei dem unter anderem ein Wirtschaftsexperte über den ungarischen Weg aufklärte und Verabredungen für die kommende EP-Wahl getroffen werden sollten. Die Stadt war sicher nicht zufällig gewählt. Bereits im August 2018 trafen sich der italienische Innenminister Matteo Salvini (»Lega«/ENF) und der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán (»Fidesz«/EVP) für eine migrationsfeindliche Mobilmachung zur nächsten EP-Wahl im Mai 2019. Dabei wurden zwei medienkompatibel leicht verständliche Lager konstruiert: Die immigrationsfreundliche von Deutschland und Frankreich dominierte EU und die eigene Anti-Immigrationsfront; deren zugeschriebener Antagonismus gar nicht der Realität entspricht. In der letzten Plenumsaussprache zum Migrationspakt Ende November 2018 zeigte sich die diskursive Einigkeit der überzeugten Migrationsfeinde. Was Anders Primdahl Vistisen (DF/EKR) als »Schande« und »Wahnsinn«, Jörg Meuthen (AfD/EFDD) als »hinterhältigen« und »suizidalen Pakt« und Harald Vilimsky (FPÖ/ENF) schlicht als »etwas Schlechtes« denunzierten, wurde durch Udo Voigt (NPD/fraktionslos) schließlich konsequent konkretisiert in der Furcht vor dem »Volkstod durch Integration«. Als es etwa ein Jahr zuvor um Realpolitik im Feld ging, gab es keine zwei Fronten, sondern nur eine erdrückende Parlamentsmehrheit für die Verschärfung von Einreisekontrollen.

Wenn sich Propaganda und Macht treffen

Zwar eint die europäische Rechte vieles, doch es gibt einige Unverträglichkeiten in den eigenen Reihen auszuhalten. So etwa der Unterschied zwischen einem eher offen-radikalen und einem eher moderat-abgeschwächten Antisemitismus. Oder der Widerspruch zwischen der Ablehnung respektive Parteinahme gegenüber den USA und Russland. Während vor allem die westeuropäischen Player der extremen Rechten diverse Bande nach Russland haben, hält sich diese Begeisterung bei den meisten ihrer osteuropäischen FreundInnen in Grenzen. Welche Rolle darin der US-amerikanische »Alt-Right«-Königsmacher Stephen Bannon mit seinem Projekt »The Movement« spielen kann, ist noch unklar. Derzeit tourt er durch Europa. Mitte Dezember 2018 absolvierte er eine eher zerknittert als enthusiastisch wirkende Veranstaltung unter anderem mit Marine Le Pen (RN).
Ob sich allein aus EU- und Migrationsfeindschaft so einfach die, wie manche befürchten und andere erhoffen, größte Fraktion der nächsten Legislaturperiode basteln lässt, darf bezweifelt werden. Ihr Potential wird in jedem Fall wachsen. Die »Lega« verfügt derzeit über fünf Abgeordnete und kann nach aktuellen Umfragen mit etwa 25 Mandaten rechnen. Nachdem sie durch Parteiaustritte schon fast aus dem EP verschwunden war, werden der »Alternative für Deutschland« (AfD) jetzt bis zu 14 Mandate vorausgesagt. Für die gibt es zwar viele »natürliche Verbündete« (Jörg Meuthen), die sie aber auch brauchen, wenn sie nach UKIPs Ausscheiden wieder Teil einer Fraktion sein wollen. Die bisher von der AfD aufgestellten SpitzenkandidatInnen für die EP-Wahl mögen allesamt EU-feindlich sein, völkische Hardliner sind sie aber nicht, weswegen ein gewisser machtpolitischer Pragmatismus zu erwarten ist. Ideologisch gehört die AfD mit ihren diversen identitären Essentialismen und den entsprechenden negativen Ressentiments eigentlich zur ENF-Clique. Die Aktien des dortigen AfD-Abtrünnigen Marcus Pretzell (»Die Blauen«) werden wohl sinken, unabhängig davon ist er aber auch Mitglied in der zugehörigen Euro-Partei. In den Fraktionen wird es Bewegung geben. Der allgemeine nationalistische Aufschwung wird der slowakischen SNS ebenso ins EP verhelfen, wie der noch jungen spanischen VOX, die zu ihrem kürzlichen Wahlerfolg in Andalusien schon die herzlichsten Glückwünsche von Marine Le Pen erhielt. Da werden Arme ausgebreitet. Nicht zuletzt, weil die neue Stärke es auch erlauben würde, zukünftig wählerischer zu werden und langjährige Loyalitäten gegen neue Optionen abzuwägen. Eine größtmögliche Fraktion könnte angesichts schwindender großer Mehrheiten zur Auflösung der bisherigen Ausgrenzung und damit zu relevanten Posten führen. Die süd-mittel-osteuropäische Achse, mit oder ohne die alten westeuropäischen Flaggschiffe, würde ungeahnt viele nationale Regierungsparteien umfassen. In dieser Kombination liegt die eigentliche Gefahr: Nationale Wahlerfolge beziehungsweise Regierungsbeteiligungen der extremen Rechten verstärken zunächst die politischen und sozialen Regressionen innerhalb einzelner Staaten. Aus der nationalen Machtbeteiligung ergibt sich darüber hinaus aber auch die Mitbestimmung in der EU-Kommission, dem Rat der EU und dem Europäischen Rat, neben dem Parlament die andere, zwischenstaatliche Hälfte der legislativen Macht in Europa. Konzertiertes Handeln in allen diesen Arenen wird so zu einer strategischen Arbeit mit Erfolgsoption verdichtet, die die radikale Abschottung nach außen und die innere Reinhaltung des »Volksgruppenzoos« (Karl-Heinz Roth) Europa zum Ziel hat.

#Reportage

Sie sind schon da

Beobachtungen zur radikalen Rechten im Europäischen Parlament

von Thilo Janssen

»Spinelli dürfte der Antichrist für die radikale Rechte in Europa sein.«

Drei junge Männer in Trachtenjacken drängen in den Fahrstuhl. Assistenten der »Freiheitlichen Partei Österreichs«(FPÖ) im EU-Parlament sind unschwer an ihrem landsmännischen Outfit zu erkennen. 30 Sekunden herrscht betretenes Schweigen. Dann öffnet sich die Fahrstuhltür. Es ist ein Montag, Anfang Juli 2018. Die nationalistische Elite aus Österreich trägt die Nase höher als sonst; die Alpenrepublik hat gerade die Ratspräsidentschaft der EU übernommen. Sechs FPÖ-MinisterInnen bestimmen in ihren Ressorts für sechs Monate die Agenda im EU-Ministerrat. Vom Outlaw zum europäischen Agenda-Setter – die radikale Rechte in der EU hat Einfluss wie nie zuvor. Doch im EU-Parlament ist sie vorerst noch eine Randerscheinung.

Adresse des europäischen Antifaschismus

Die Brüsseler Büros der Abgeordneten der kleinsten Fraktion im EU-Parlament »Europa der Nationen und Freiheit« (ENF) sind über zwei Gebäude verteilt. Zu Beginn der Legislaturperiode hatten »Front National« (heute: »Rassemblement National«, »Nationaler Zusammenschluss«), FPÖ, »Partij voor de Vrijheid« (PVV), »Vlaams Belang« und »Lega Nord« (heute: »Lega«) nicht genügend Partner für eine Fraktion zusammen. Als ein Jahr später dann doch noch die ENF-Fraktion gegründet wurde, waren die großen Fraktionsflure schon vergeben.
Die FPÖ wurde im Willy-Brandt-Gebäude einquartiert. Die politischen Erben der Neonazis in Österreich müssen den Namen des Antifaschisten und sozialdemokratischen Kanzlers Willy Brandt in der Adresse führen. Schöne Ironie. Nicht besser getroffen hat es Marine Le Pens »Rassemblement National«. Die Abgeordneten der radikalen Rechten aus Frankreich sitzen im Altiero-Spinelli-Gebäude. Spinelli war im Zweiten Weltkrieg als kommunistischer Antifaschist auf der Gefangeneninsel Ventotene inhaftiert. Dort schrieb der spätere EU-Abgeordnete und EU-Kommissar das berühmte Manifest für einen föderalen und sozialistischen europäischen Staat. Spinelli dürfte der Antichrist für die radikale Rechte in Europa sein. Viele Büros der französischen Rechten haben ihre Fenster nicht nach draußen, sondern nach innen zur Einkaufspassage des EP. Vielleicht als kleine Racheaktion haben sie die Fenster mit Postern ihrer Parteichefin dekoriert, Gesicht nach außen. Das lässt noch weniger Tageslicht auf die Schreibtische fallen. Es hat aber den Effekt, dass Frau Le Pens Konterfei hinunter auf die vorbeieilenden Parlaments-MitarbeiterInnen grinst.

Provozieren und einschüchtern

Rückblende: Kaum sind die neuen Abgeordneten von Geert Wilders PVV aus den Niederlanden auf der Europäischen Bühne angekommen, versuchen sie den politischen Gegner einzuschüchtern. Im Dezember 2014 veranstaltet ENAR, das »Europäische Netzwerk gegen Rassismus«, im Straßburger EP einen Workshop. Gastgeberin ist die linke Abgeordnete Malin Björk aus Schweden. Diskutiert wird der europäische Alltagsrassismus anhand des »Zwarte Piet«, der Figur des dunkelhäutigen Dieners des Nikolaus in den Niederlanden. Bevor das Seminar beginnt, besetzen die Abgeordneten der PVV um Marcel de Graff das Kopfende des Tisches. Die weißen Männer schwenken niederländische Fahnen, auf denen der »Zwarte Piet« als Karikatur eines dunkelhäutigen Afrikaners dargestellt ist. Mit ihrem aggressiven Machogehabe sorgen die PVV-Vertreter für Unruhe. Die Veranstalterinnen lassen sich von den rassistischen Provokateuren aber nicht einschüchtern. Das Seminar findet statt. Vier Jahre später darf – im Dezember 2018 – auch eine Ausstellung der PVV im Straßburger Parlament gezeigt werden über die »vergessenen Helden« der Niederlande in ihren sogenannten ostindischen Kolonien.
Körperlich bedrohlicher als die PVV treten die Abgeordneten und Assistenten der neonazistischen Partei »Chrysi Avgi« (»Goldene Morgenröte«, CA) aus Griechenland auf. Die CA-Schergen kann man fast zu jeder Tageszeit in einem der Cafés im Parlament antreffen. Oder sie stehen rauchend mit einigen Sicherheitsleuten des EU-Parlaments zusammen. Die griechischen Neonazis tragen stets Schuhe der Marke »New Balance«, wegen des großen N-Logos an der Seite. Auf der Rückseite ihrer Parlamentsausweise, die sie stets nach außen gedreht tragen, prangt das Symbol der CA. Es ist ein Mäander. Das Antike griechische Symbol erinnert an ein Hakenkreuz. Im März 2016 stürmen die CA-Vertreter eine interne Parlamentskonferenz. Es geht um Minderheitenrechte in Griechenland. Der Abgeordnete Lampros Fountoulis und seine Schergen brüllen aus nächster Nähe TeilnehmerInnen der Konferenz ins Gesicht. Konsequenzen haben solche Methoden nicht. Nicht nur die CA-Abgeordneten, auch die beteiligten Mitarbeiter marschieren weiter unbehelligt durch die Flure des Parlaments.

Orientierungslose Hayek-Fans

Über die Brücke zwischen den Parlamentsgebäuden eilt Bernd Lucke, der ehemalige Mitbegründer und Sprecher der »Alternative für Deutschland« (AfD). Er läuft erst in die eine Richtung, dann in die andere. Er wirkt orientierungslos. Schließlich verschwindet er hinter einer grauen Tür, über der ein Notausgangsschild leuchtet. Die politische Orientierungslosigkeit der nationalkonservativen Ex-AfD-Abgeordneten Bernd Lucke, Joachim Starbatty und Olaf Henkel hat der völkischen Rechten in Deutschland den Weg geebnet. Die Führungsriege der ersten AfD-Generation zog fast geschlossen in das Parlament der »EUdSSR« ein, wie Henkel die EU einmal bezeichnete. Heute wird die AfD nur noch von einem Abgeordneten vertreten, dem Nachrücker und Parteivorsitzenden Jörg Meuthen. Noch mischen Lucke und Co. in Brüssel mit. Regelmäßig wird ein »August-von-Hayek-Club« veranstaltet. Bald werden sie von den Fluren des EU-Parlaments wohl verschwinden, doch der EU-Spitzenkandidat Meuthen wird weiter durch Brüssel geistern.



Alkohol, gutes Essen und eine Prügelei

Der EU-Hasser und ehemalige UKIP-Chef Nigel Farage ist schon seit 20 Jahren EU-Abgeordneter. Der ehemalige Investmentbanker lässt sich gern bei Bier und Zigarette in britischen Pubs fotografieren. Die Abgeordneten der UKIP beteiligen sich kaum an der parlamentarischen Ausschussarbeit im Parlament. Wenn in Straßburg getagt wird, sieht man die Abgeordneten der UKIP dafür umso häufiger in der Abgeordneten-Bar neben dem Plenarsaal sitzen. An eine Kneipenschlägerei gemahnte im Oktober 2016 ein Streit zwischen den UKIP-Abgeordneten Steven Woolfe und Mike Hookem. Woolfe brach auf dem EP-Flur zusammen und zog sich eine gefährliche Kopfverletzung zu. Genuss von Alkohol und gutem Essen scheint ein zentrales politisches Thema auch der ENF zu sein. Abgeordnete von »Lega« oder des »Rassemblement National« veranstalteten Ausstellungen zu italienischem Eis oder zu regionalen Weinen. Mittlerweile fordert das EU-Parlament über 500.000 Euro von der ENF zurück, welche diese für unangemessene Ausgaben beansprucht habe. Es geht um mehr als 200 Flaschen Champagner, teure Abendessen sowie Geschenke für die eigenen MitarbeiterInnen.

Verhaltene Mitarbeit

Die eigentliche Arbeit der EU-Abgeordneten findet in den Ausschüssen statt. Die zuständigen Abgeordneten und MitarbeiterInnen treffen sich in Arbeitsmeetings, um Kompromisse zu parlamentarischen Anträgen auszuhandeln. Zu Beginn der Legislaturperiode lief es nach eigener Beobachtung so: Wenn mal ENF-MitarbeiterInnen in einem Arbeitsmeeting auftauchten und wie alle anderen Fraktionen Stellung nehmen sollten, hieß es: »Kein Kommentar, ich beobachte nur.« Subjektiv erscheint es so, als habe sich dies im Laufe der Legislatur teilweise geändert. Zumindest einzelne Abgeordnete der ENF nehmen manchmal an den parlamentarischen Prozessen teil. Dann bringen sie ihre zumeist gegen Einwanderung gerichteten Anträge ein. Noch handelt es sich um isolierte Beiträge einer Minderheit. Wie wird das allerdings nach der Europawahl im Mai aussehen?

Vorzeichen einer neuen Debattenkultur

Wie die Debattenkultur mit einer erstarkten radikalen Rechten nach der EU-Wahl aussehen könnte, zeigt der Umgang mit einem Vorfall Ende Oktober 2018. Syed Kamall von den britischen Konservativen ist der Vorsitzende der Fraktion »Europa der Konservativen und Reformisten« (EKR). In einer Plenardebatte bezeichnete er den Nationalsozialismus als »linke Weltanschauung« und rief der sozialdemokratischen Fraktion zu, Nazis wollten »das Gleiche« wie die Sozialdemokraten. Empört setzten die Sozialdemokraten das Thema auf die Tagesordnung der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden. Von der bemerkenswerten Sitzung wurde anschließend wie folgt berichtet: Unter dem Vorsitz des Parlamenstpräsidenten Antonio Tajani von »Forza Italia« ging es kaum um die Entgleisung Kamalls, der sich stattdessen als Opfer linker Diskriminierung darstellte. Dafür referierte der ENF-Vertreter Nikolas Bay ausgiebig über die angeblichen Wurzeln der Hitler-Ideologie im Marxismus.

Der Kampf gegen die radikale Rechte wird härter werden – innerhalb und außerhalb des EP.



#Europakonzept

Alte deutsche Ideen

Konzepte für ein völkisches Europa unter deutscher Führung

von Karl S. Eduard

Auch wenn Jean-Marie Le Pen am Ende nicht ins hessische Büdingen kam, so war der NPD-Europaparteitag im November 2018 dennoch ein Zeichen europäischer Vernetzung der extremen Rechten. Reden hielten unter anderem der italienische Europaabgeordnete Roberto Fiore (»Forza Nuova«), der kroatische Politiker Željko Glasnović, der Präsident des belgischen »Mouvement Nation« Hervé van Laethem und Martin Belusky von der tschechischen Partei »Kotleba – Ľudová strana Naše Slovensko«. Die Kooperation ist nicht allein pragmatisch, sie ist Programm für eine Neuordnung. Auch andere Strömungen der deutschen Rechten setzen auf Europa: Von der »Neuen Rechten« bis hin zu den organisierten »Vertriebenen«. So unterschiedlich ihre Konzepte sind, sie sind allesamt Pläne zur Erringung deutscher Vorherrschaft.

Seit Anfang des 20. Jahrhunderts wurden in Deutschland aus allen politischen Richtungen Modelle der europäischen Einigung diskutiert. Friedrich Naumanns »Mitteleuropa« oder die Idee einer Einigung durch Krieg von Theobald von Bethmann Hollweg verhehlten imperiale Ziele nicht. Andere Konzepte, zum Beispiel die Paneuropa-Idee, verfolgten ähnliche Absichten, erschienen aber anti-national und friedlich. In der Weimarer Republik blieben diese Ideen wirkungslos.

Mit der Machtübertragung an die NSDAP 1933 begann die Umsetzung des nationalsozialistischen Großraumwirtschaftskonzeptes. Adolf Hitlers Überlegungen zur Neuordnung Europas wurden politischen und militärischen Entwicklungen angepasst, blieben aber im Kern konstant. Im Zentrum Europas stand – umgeben von verbündeten und unterworfenen Ländern – als Ordnungsmacht und Schicksalsgemeinschaft ein »Reich« der völkisch definierten »Deutschen«, das weit über die Grenzen Deutschlands vor dem Ersten Weltkrieg reichte. Die Unterwerfung und Ausbeutung der europäischen Staaten war das Ziel – besonders die »Germanisierung« und Eroberung Osteuropas. 1943, angesichts militärischer Niederlagen, mussten neue Optionen her. Im Auswärtigen Amt wurde ein »Europäischer Staatenbund« unter deutscher Führung und der faschistischen Achsenmächte angedacht, um die Vorherrschaft zu sichern. Die Wehrmacht und die »Freiwilligenverbänden der SS« wurden zu einer »Europäischen Armee« verklärt, die Westeuropa vor der Sowjetunion beschützen sollte. Die Befreiung durch die Alliierten beendete diese Pläne.

»Unsere Rettung liegt im Westen. Nur dort werden wir imstande sein, unsere Partei zu erhalten«, riet zum Ende der NS-Herrschaft der Leiter der NSDAP-Kanzlei Martin Bormann. Ein Bündnis an der Seite Westeuropas und der USA gegen den Bolschewismus sei das Ziel. Während die einen nach 1945 still in den Institutionen der jungen Bundesrepublik dienten, planten andere eine nationalsozialistische Renaissance. Auf Treffen wie dem »Europäischen Nationalkongreß« 1951 oder durch die Hilfe für verfolgte Alt-Nazis wurden Netze gesponnen, die die Idee eines nationalsozialistischen Europas tradierten. Nicht umsonst trug die 1951 gegründete Zeitschrift »Nation Europa« ihren Namen.

In Ablehnung der NS-Rassenidee und auf der Grundlage faschistischer Denker der »Konservativen Revolution« revitalisierte die französische »Nouvelle Droite« (»Neue Rechte«) alte Überlegungen, die nach Deutschland zurückstrahlten. Ethnopluralismus, Föderalismus und ein modernisierter Nationalismus fanden unter »Nationalrevolutionären« und »Jungkonservativen« Anklang. Nach dem Niedergang der NPD in den 1970er Jahren versprachen sie frischen Wind. Auch wenn die »Neue Rechte« die europäische Integration ablehnt, da sie eine Nivellierung nationaler Identität und Verlust von Souveränität fürchtet, bezieht sie sich auf rechte Europaideen. 2013 legten beispielsweise Felix Menzel und Philip Stein das Buch »Junges Europa. Szenarien des Umbruchs« vor, in dem sie sich für »ethnische Kontinuität, nationale Identität und Selbstbestimmung« als Vision Europas aussprachen.

Politisch wirksam wurden rechte Europaideen im Umfeld der »Vertriebenen« und des Konservatismus. Angesichts der Schwäche Deutschlands und der machtpolitischen Konstellation nach dem Weltkrieg setzten sie auf eine »Europäisierung deutscher Interessen« (Franz Josef Strauß, CSU). Nationale Alleingänge waren unmöglich, zur Umsetzung der Interessen blieb nur die Einbindung in ein westeuropäisches, antikommunistisches Bündnis. Schon früh kleideten die »Vertriebenen« ihre revanchistischen Forderungen in pro-europäische Töne. So hieß es beispielsweise 1949 in der »Eichstätter Adventsdeklaration« der »Sudetendeutschen Landsmannschaft«, dass die Forderung nach »Rückgabe der Heimat in den Sprach- und Siedlungsverhältnissen von 1937« in das »große Ringen um die christlich-humanistische Wiedergeburt Europas« eingebunden sei. Auch die »Charta der deutschen Heimatvertriebenen« nannte die »Herbeiführung eines freien und geeinten Europas« als Ziel. Wichtiger Bestandteil der Strategie zur Neuordnung Europas war die Forderung nach völkisch definierten »Volksgruppenrechten« – zuerst natürlich in den ehemaligen deutschen Gebieten.

#Interview

Antisemitismus in Europa

Ende 2018 sorgte eine Studie der Europäischen Agentur für Grundrechte zum Antisemitismus in Europa für große Aufmerksamkeit. Sie belegt vor allem gestiegene Bedrohungsgefühle unter europäischen Jüdinnen und Juden und ein gesteigertes Nachdenken über Auswanderung. Im Interview ordnet Politikwissenschaftler Dr. Gideon Botsch vom Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien e. V. der Uni Potsdam die Ergebnisse ein. Das Interview führte Felix M. Steiner.

drr: Herr Botsch, neun von zehn europäischen Juden geben an, der Antisemitismus in Europa habe in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen, so ein Ergebnis der Studie der Europäischen Agentur für Grundrechte (Fundamental Rights Agency - FRA). Wie ordnen Sie diese Ergebnisse ein?
Botsch: Die Ergebnisse dieser Studie – deren Daten für Deutschland einer meiner Kollegen am Moses Mendelssohn Zentrum erhoben hat – haben uns nicht wirklich überrascht. Wir kennen ja die Daten einer Vorläuferstudie der FRA von 2012 sowie einer Befragung von Jüdinnen und Juden in Deutschland, die im Auftrag des zweiten Expertenarbeitskreises zum Antisemitismus durchgeführt wurden, aber auch die Stimmung in den jüdischen Communities.

Vergleicht man die Ergebnisse mit der FRA-Studie von 2012, muss man von einem starken Anstieg des Antisemitismus in Europa sprechen …
Zumindest muss man einen starken Anstieg der Wahrnehmung von Antisemitismus unter Jüdinnen und Juden in Europa konstatieren. Es gibt ja immer wieder Versuche, das Problem kleinzureden oder Vorgänge, die Jüdinnen und Juden selbst als bedrohlich oder feindselig einschätzen, als »nicht antisemitisch« wegzudefinieren. Denken Sie nur an die Boykott-Kampagne oder andere Anfeindungen gegen Israel als jüdischen Staat. Die Studie zeigt deutlich, wie bedroht und angegriffen sich die jüdische Minderheit in Europa fühlt. Und dieses Bedrohungsgefühl, das durch reale Anfeindungen – bis hin zu Morden – immer wieder Nahrung erhält, dürfen die europäischen Gesellschaften nicht akzeptieren. Sie bleiben aufgefordert, einen Zustand herzustellen, in dem sich alle Minderheiten – eben auch Jüdinnen und Juden– sicher und anerkannt fühlen können.

In Deutschland gaben die Befragten an, besonders häufig belästigt oder beleidigt worden zu sein. Ist Antisemitismus in Deutschland ein größeres Problem als in anderen europäischen Ländern?
Das kommt auf die Dimensionen an, nach denen Sie fragen. Da ist zum einen die ungeheure Wucht der Vergangenheit, die kein Jude, keine Jüdin in Deutschland einfach ausblenden kann. Insgesamt liegt Deutschland in manchen Bereichen im europäischen Mittelfeld – etwa was registrierte Straftaten angeht, oder auch bei antisemitischen Einstellungen. Im Feld der unmittelbaren Anfeindungen zählt Deutschland, der FRA-Studie zu Folge, zur Spitzengruppe in Europa. Außerdem meinen hierzulande im Vergleich zur Studie von 2012 besonders viele Jüdinnen und Juden, dass der Antisemitismus zugenommen hat.

… laut der Studie hat immerhin fast jede/r zweite jüdische Deutsche schon an Auswanderung gedacht …
Das ist schlimm genug; aus Deutschland gibt es allerdings seit Längerem nur geringe jüdische Auswanderungsraten. Dramatisch ist die Situation in Frankreich, der größten jüdischen Minderheit in Europa, von wo in den letzten fünf Jahren etwa fünf Prozent ausgewandert sind.

Was sind aus Ihrer Sicht die Gründe, warum die Angaben in den verschiedenen europäischen Ländern doch sehr unterschiedliche Ergebnisse zu Tage fördern?
Die Dimensionen von Antisemitismus stellen sich in den Ländern sehr unterschiedlich dar. Die Kulturen sind auch sehr unterschiedlich – sowohl der jüdischen Communities, als auch der jeweiligen Mehrheitsgesellschaften. Überraschend sind die Wahrnehmungen der Jüdinnen und Juden in Ungarn, die vergleichsweise wenig Antisemitismus in ihrem Land wahrnehmen. Allgemein kann man erkennen, dass in den früheren Ländern des Ostblocks, wie Polen und Ungarn, Antisemitismus eher in nationalistischen und rechtsextremen Kontexten wahrgenommen wird, in den älteren Demokratien Westeuropas eher in muslimischen oder aber linken Kontexten. Deutschland lässt sich wegen seiner spezifischen Geschichte in einem solchen Vergleich schwer verorten.

»Es gibt ja immer wieder Versuche, das Problem kleinzureden ...«

Welche Kontextfaktoren machen Sie für diese antisemitischen Bedrohungsgefühle verantwortlich?
Vor allem drei: das Erstarken des Nationalismus in Europa; die neue Verbreitung von Verschwörungsmythen vor allem im Internet; die Präsenz von israelbezogenem Antisemitismus. Die neuen, in immer mehr Gesellschaften vorherrschenden Kulturen der Dominanz gegenüber Minderheiten und die fast schon lustvolle Verbreitung von Hass und Vorurteilen wirken sich insgesamt negativ auf die jüdische Minderheit aus.

Ein weiteres Thema, welches durch die Studie öffentlich weiter in den Fokus gerückt wurde, sind antisemitische Übergriffe mit islamistischem Hintergrund. Jeder dritte Übergriff wurde den Befragten nach in diesem Kontext begangen. Wie bewerten Sie diese Angaben?
Moment, in dieser Aussage sind mehrere Fehlinterpretationen enthalten. Was die Studie abfragt, sind feindselige Äußerungen und Haltungen, die sich oftmals unterhalb der Schwelle der Strafbarkeit bewegen können und die zu einem bedeutenden Teil im Internet auftreten. Die Studie spricht hier von »harassments«, was mit »Übergriff« nicht gut übersetzt ist.
Die Befragten wurden auch gebeten, Angaben zu den UrheberInnen zu machen; in über 30 Prozent der Fälle konnten die Befragten das nicht, und in fast ebenso vielen Fällen werden Personen mit einem muslimischen Hintergrund benannt, gefolgt von solchen, bei denen eine linke politische Einstellung vermutet wird. Es geht also nicht um Islamismus.
In Deutschland erfasst die unabhängige Meldestelle RIAS derartiges beleidigendes Verhalten, allerdings vorläufig auf Berlin beschränkt. Wenn wir demnächst ein RIAS-Meldesystem in Brandenburg etablieren, werden wir sicherlich ein abweichendes Lagebild erhalten.
Anders verhält es sich mit der Kriminalstatistik, die Straftaten erfasst: Es ist unzulässig, diese mit den Ergebnissen der FRA-Studie unmittelbar in Beziehung zu setzen. Hier machen so genannte Propagandadelikte den größeren Anteil aus, die eben nach wie vor sehr oft einen eindeutig rechtsextremen Hintergrund erkennen lassen – Schmierereien, gestohlene Stolpersteine etc. Die Kriminalstatistik muss allerdings in der Tat präzisiert werden. Immer noch ist es so: Wo keine Angaben zu den TäterInnen gemacht werden können, werden Taten in der Regel als »Politisch motivierte Kriminalität – rechts« eingestuft. Das ist kein so sehr großer Anteil der entsprechenden Fälle, aber eine Korrektur der Einstufungskriterien ist dringend erforderlich – und dürfte bald erfolgen.

Vor allem extrem rechte Parteien nutzen solche Ergebnisse ja, um von ihrer eigenen antisemitischen Ideologie abzulenken und wiederum gegen MigrantInnen Stimmung zu machen.
Das hat zwei Funktionen: Antisemitismus wird externalisiert, als »Import« dargestellt. In Deutschland ist damit der Wunsch verbunden, die deutsche Geschichte von einem Makel zu befreien. Im vorliegenden Fall werden antisemitische Straf- und Gewalttaten von rechts bagatellisiert. Gleichzeitig wird zu den ohnehin bestehenden Stereotypen und Vorurteilen gegen ZuwandererInnen das Motiv des fanatischen Antisemiten oder Israelhassers addiert. Ähnliches geschieht ja auch, wenn zutiefst sexistische Bewegungen sich als die Verteidiger von Frauen gerieren und Migranten pauschal als Frauenfeinde diskriminieren.

Die Empörung über die Ergebnisse war europaweit groß. Doch was können nun hilfreiche Maßnahmen sein, um diesen Tendenzen zu begegnen?
Sehr unwohl ist mir bei den vielfältigen Versuchen, den Antisemitismus für andere Zwecke zu instrumentalisieren. Die Abwehr von Antisemitismus muss indes als Querschnittsthema anerkannt werden. Und sie darf sich nicht nur auf diffuse Alltagsphänomene konzentrieren: Organisierte antisemitische Netzwerke, die entsprechende Inhalte verbreiten, sollten benannt und konkret bekämpft werden. Dabei sind rechtsextreme und neonazistische Akteure, neben islamistischen, immer noch zentral.

Vielen Dank für das Interview!



#Terror

Über Grenzen hinweg

Deutsche Neonazis sind Teil von militanten Netzwerken in ganz Europa, doch das Bundesinnenministerium spielt die rechte Terrorgefahr herunter.

von Martina Renner
und Benjamin Paul-Siewert

Es ist der 12. Dezember 2018. In fünf Bundesländern gibt es Razzien gegen Neonazis, die versucht haben sollen, das in Deutschland zur Jahrtausendwende verbotene »Blood&Honour«-Netzwerk (B&H) wieder aufzubauen. Der Vorwurf: Einfuhr, Produktion und Vertrieb von Propaganda und RechtsRock. Es ist eines von mindestens 39 Ermittlungsverfahren wegen mutmaßlicher Organisationsweiterführung, die bisher alle im Sande verliefen. Von einer möglichen Rechtsterrorgefahr kein Wort, obwohl B&H mit den Schriften »The Way Forward« und »Field Manual« seit den Neunzigerjahren den bewaffneten Kampf propagiert. Da ist es nur folgerichtig, dass das HelferInnen-Netzwerk der NSU-RechtsterroristInnen, die aus dem Untergrund heraus zehn Menschen ermordeten, maßgeblich auf B&H-Strukturen basierte. Das Kerntrio wurde vom Landeskriminalamt Thüringen selbst »zum harten Kern der Blood and Honour Bewegung« gerechnet.

Nur eine »Bruderschaft«?

Seit 2012 arbeiten B&H und die paramilitärische Schwesterorganisation »Combat 18« (C18) unter dem Slogan »Reunion 28« an einer Wiedervereinigung. Außerhalb von Deutschland, wo B&H nicht verboten ist, treten die Netzwerke stets gemeinsam in Erscheinung. Das Recherchenetzwerk »Exif« hat minutiös die personellen Verbindungen der Divisionen in Europa und weltweit offengelegt. Der europäische C18-Anführer William Browning aus Großbritannien wohnt demnach in den Niederlanden und stehe in engem Austausch mit Thorsten Heise, der als Kontaktmann in Deutschland gilt. Browning soll zahlreiche Morddrohungen und Anstiftungen zu Bombenanschlägen verantworten und im Rotlichtmilieu aktiv sein. Seine rechte Hand in Dortmund sei Robin Schmiemann, der als Organisator zu den Divisionen in den Niederlanden, England, Polen und Skandinavien reise. Schmiemann überfiel 2007 zur Begleichung von Schulden aus einem Drogendeal einen Supermarkt und schoss dabei einen tunesischstämmigen Kunden an.
In Thüringen unterhalten »Turonen/Garde 20«, die große Überschneidungen zu beiden Netzwerken aufweisen und Waffenhandel betreiben sollen, zudem beste Verbindungen in den Alpenraum. Im März 2016 wurde ein zunächst im Freistaat angekündigtes Konzert nach Feldkirch (Voralberg) verlegt. Über der Bühne prangte das Banner von »Blood&Honour/Combat 18 Österreich«. Zuvor traf man sich im gleichen Ort auf einem Schießstand. Regelmäßig führen die Organisationen Schießübungen mit deutscher und europaweiter Beteiligung durch, so auch 2014 in den Niederlanden und 2017 in Cheb (Tschechien). Beide habe Stanley R. organisiert. Da er nach dem letzten ‹Training› illegal Munition nach Deutschland einführte, wurde er wegen Verstoß gegen das Waffengesetz verurteilt.
In Griechenland kam es im März 2018 zu sieben Festnahmen und zwölf Hausdurchsuchungen bei »Combat 18 Hellas«, wobei die Polizei Waffen und Sprengstoff fand. Den Mitgliedern werden mehr als dreißig Angriffe und Brandanschläge vorgeworfen.
Obwohl das Bundesamt für Verfassungsschutz nach eigener Aussage um das alles weiß, sieht es lediglich eine »Bruderschaft«: Es gebe »keine Erkenntnisse zur Umwandlung von ‹C18 Deutschland› zu einer ‹militanten› oder gar bewaffneten Gruppierung«.

»Hammerskin«-Rocker

Andere Organisation, ähnliche Antwort. Zwar attestiert das Bundesinnenministerium den »Hammerskins« (HS) nicht nur »intensive Kontakte zu Gleichgesinnten im Ausland« und eine zentrale Bedeutung »in der gewaltorientierten rechtsextremistischen Szene«. Dennoch gebe es »keine belastbaren Hinweise darauf, dass die HS als Gruppe auf die Begehung von Straftaten ausgerichtet sind«. Daher stößt den Sicherheitsbehörden wohl nicht auf, dass mit Stand vom September 2018 mehrere Mitglieder über eine Waffenerlaubnis verfügen.

Deutsche »Hammerskins« reisten in der Vergangenheit oft nach Portugal. Laut einem Bericht des dortigen Geheimdienstes aus dem Jahr 2006 soll der »Hammerskin« Thomas Gerlach, der auch zum NSU-Umfeld gehörte, die Kommunikation zwischen inhaftierten portugiesischen HS-Mitgliedern und den Schmuggel von Waffenteilen organisiert haben.

Das Chapter in Portugal ist tief in die organisierte Kriminalität und Rocker-Rivalitäten zwischen »Hells Angels« und »Bandidos« verstrickt und gilt als vorherrschende Neonazi-Organisation im Land. Am 8. November 2016 wurden bei Durchsuchungen Schusswaffen, Munition, Macheten und Propagandamaterial beschlagnahmt und 21 mutmaßliche »Hammerskin«-Mitglieder verhaftet. Zwischen 2013 und 2015 sollen sie 20 brutale Angriffe begangen haben, darunter zwei Mordversuche. Ein Opfer erlitt irreparable Hirnschäden. Schon 2007 nahm die Kriminalpolizei 35 Neofaschisten und den damaligen Anführer Mário Machado fest, 31 von ihnen wurden verurteilt. Machado wurde in seiner ‹Laufbahn› schon wegen illegalem Waffenbesitz, Drogenhandel, Mord, Entführung, Raub und Folter verurteilt. 1995 zog er mit 50 Neofaschisten durch Lissabon und ermordete einen Einwanderer aus Kap Verde. Im Gefängnis verlor Machado die Kontrolle über das HS-Chapter und kündigte noch hinter Gittern seinen Austritt an. Dazu sendete er Morddrohungen an seinen Nachfolger und Konkurrenten Bruno Monteiro, was ihm eine weitere Haftstrafe einbrachte. Kurz nachdem Machado im März 2018 auf Bewährung frei kam, war er wohl zu Besuch in Deutschland. Im gleichen Monat wurde eines seiner »Bandidos«-Treffen aus Rache von »Hells Angels« überfallen und ein deutscher »Bandidos«-Anführer angeschossen – Machados Verbindung in die Bundesrepublik hält.

»Der III. Weg« auf Europareise

Die offen neonazistische Kleinstpartei »Der III. Weg« (DDW) betreibt einen regen Austausch mit militanten FaschistInnen in ganz Europa. 2017 veröffentlichte DDW auf seiner Website ein Interview mit dem Portugiesen Machado. Gegenseitige Besuche gibt es unter anderem bei Neonazis in Ungarn und Bulgarien.

In der Ukraine halten die Mitglieder Kontakt zu »Asow«-Einheiten. Die Neonazi-Miliz mit mutmaßlich mehreren tausend Paramilitärs ist mittlerweile ein Regiment der ukrainischen Nationalgarde und rekrutiert weltweit Kämpfer für den Kampf in der Ostukraine. Im letzten Jahr überfielen »Asow«-Bürgerwehren zudem mehrfach die russische Minderheit und Roma-Siedlungen. Im Juni 2018 wurde dabei ein 24-jähriger Bewohner ermordet.

DDW nimmt außerdem immer wieder an Aufmärschen der »Chrysi Avgi« (»Goldene Morgenröte«, CA) in Griechenland teil. Gegen die Partei läuft in Athen seit 2013 ein Prozess wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung sowie illegalen Waffenbesitzes, Mordes an einem linken Rapper und zahllosen Angriffen. 69 Beschuldigte zählte die Anklage zu Beginn.

Auch bei der skandinavischen »Nordiska Motstandsrörelsen« (»Nordische Widerstandsbewegung«, NMR) sind DDW-Aktivisten gern zu Gast und umgekehrt. Im September 2016 hatte ein Neonazi des finnischen Ablegers auf offener Straße einen 28-Jährigen tödlich verletzt, weil dieser gegen eine Flugblattverteilung protestierte. Zwei Monate darauf und im Januar 2017 explodierten in Göteborg insgesamt drei Bomben. Die Spur führte zu drei NMR-Mitgliedern. Im Mai 2018 fand die Polizei bei einem weiteren schwedischen Aktivisten gesammelte Informationen über JournalistInnen und eine Aktentasche mit versteckter Schießvorrichtung. In allen Fällen wurden die Angeklagten zu Haftstrafen verurteilt. Im Gegensatz zu Schweden ist die NMR in Finnland seit September 2018 rechtskräftig verboten.

In Großbritannien wurden im Dezember letzten Jahres sechs Mitglieder der »National Action« (NA) zu Haftstrafen verurteilt. Sie planten rassistische Anschläge. Bereits 2015 hatte ein Neonazi aus der Gruppierung, Zack Davies, versucht, einen Anhänger des Sikh-Glaubens zu enthaupten. Am 1. Mai 2016 reisten NA-Mitglieder zum DDW-Aufmarsch nach Plauen und am 25. desselben Monats entrollten zwei Personen in der Gedenkstätte Buchenwald eine NA-Fahne und zeigten den Hitlergruß.

Über die Rolle von DDW gibt sich die Bundesregierung zugeknöpft. Ein Bericht zum Gefährdungspotential ist für die Öffentlichkeit gesperrt: »Verschlusssache – Nur für den Dienstgebrauch«.

Fanatische »Atomwaffendivision«

Die britische NA war Mitglied des Internetforums »Ironmarch.org«, das bis ins Jahr 2017 existierte. Der wegen Mordversuch verurteilte Davies hatte hier den Benutzernamen »Rockerz88«. Ebenso Teil des Online-Netzwerks war die neonazistische und gewaltverherrlichende »Atomwaffendivision« (AWD) aus den USA. Drei ihrer Mitglieder begingen zwischen Mai 2017 und Januar 2018 mindestens fünf Morde und planten einen Bombenanschlag auf eine Kernkraftanlage.

Im Juni vergangenen Jahres wurde dann die Gründung eines Ablegers in der Bundesrepublik bekannt gegeben. Ein Video mit dem Titel »AWD Deutschland. Die Messer werden schon gewetzt!« beginnt mit den Worten »Der Nationalsozialismus lebt« und ruft auf: »Deutsche Freiheitskämpfer, folgt der Atomwaffendivision.« Außerdem lädt eine vermummte Person eine Pistole durch und eine weitere posiert mit einer AWD-Fahne vor der Wewelsburg in Büren (Nordrhein-Westfalen).

Für die deutschen Sicherheitsbehörden scheinbar kein Grund zur Alarmbereitschaft: »Nach vorliegenden Erkenntnissen ergeben sich keine Anhaltspunkte, die darauf hindeuten«, dass es sich beim deutschen Ableger »um eine terroristische Vereinigung handelt«.

Morde in Frankreich

Die »Identitäre Bewegung« (IB) präsentiert sich in Deutschland und Österreich selbst gern als rechte NGO. Doch in der Realität kommt es auch zu Kampfsportübungen sowie Drohungen und Angriffen auf politische WidersacherInnen. Im Juni 2018 waren Vertreter der ukrainischen »Asow«-Miliz im Haus der IB in Halle/Saale zu Gast. In Frankreich – Ursprungsland der IB sowie alljährlicher Austragungsort von Propaganda- und Wehrsportcamps mit deutscher Beteiligung – wurde 2011 ein 42-jähriger Punk tot in einem Fluss gefunden. Drei IB-Mitglieder stehen seither unter Verdacht, das Opfer getötet und die Tat vertuscht zu haben.

Auch hier fallen die Antworten der Bundesregierung obskur aus: die »Identitäre Bewegung« in Deutschland »distanziert sich (…) von Gewalt und es steht aktuell nicht zu erwarten, dass sie von diesem Grundsatz abweicht«. Wer von Verfassungsschutz und Innenministerium einen klaren Blick erwartet, darf weiter enttäuscht sein.

#Widerstand

»Gewerkschaftsmacht stärken«

Das »Europäische Gewerkschaftsinstitut« (ETUI) organisierte im Oktober 2018 mit GewerkschafterInnen aus zehn EU-Staaten einen internationalen Erfahrungsaustausch zu den Ideologien und Aktionen der extremen Rechten in Europa.

Ein Bericht von Hermann Nehls

Die extreme Rechte, die sich jahrelang auf dem Rückzug zu befinden schien, feierte in jüngster Vergangenheit in Europa einen Erfolg nach dem anderen. Die Gewerkschaften in Europa reagieren auf das Erstarken der extremen Rechten mit unterschiedlichen Strategien. Was bisher jedoch fehlte, war ein Austausch über ihre Erfahrungen mit einer extremen Rechten, die nicht mehr nur auf die Stimmen vieler abhängig Beschäftigter zählen kann, sondern die auch versucht, Einfluss auf betrieblicher Ebene zu gewinnen. Das Seminar unter dem Titel «Debunk the far-right. Reinforce trade union power« (»Die extreme Rechte entlarven. Gewerkschaftsmacht stärken«), das im französischen Courcelles stattfand und von VertreterInnen des französischen Gewerkschaftsbundes »Confédération Générale du Travail« (CGT), des belgischen Gewerkschaftsverbandes »Fédération Générale du Travail de Belgique« (FGTB) und des »Österreichischen Gewerkschaftsbundes« (ÖGB) vorbereitet worden war, bot hierfür die Möglichkeit. Über die genannten VertreterInnen hinaus, nahmen ArbeitnehmervertreterInnen aus Italien, England, Schweden, Polen, Ungarn, Slowenien und Deutschland teil. Der Generalsekretär des »Europäischen Gewerkschaftsbund« (EGB), Luca Visentini, warnte zu Beginn der Veranstaltung in einer Video-Botschaft vor einer extremen Rechten, die im Jahr 2019 versuchen werde, die demokratischen Institutionen in der EU zu schwächen.
Im Zentrum des Seminars stand die Frage, mit welchen Strategien und Aktivitäten dem Gedankengut und den Aktionen der extremen Rechten entgegengewirkt werden kann. Dafür analysierten die Teilnehmenden die Ideologie und die Praxis der Rechten, die als konträr zu gewerkschaftlichen Werten beurteilt wurden. Professor Dr. Joachim Becker (Humbold-Universität Berlin) stellte die Ergebnisse seiner Studie »Neo-Nationalismus in der EU: sozio-ökonomische Programmatik und Praxis« vor. Die im Auftrag der Österreichischen »Arbeiterkammer« vorgenomme Untersuchung widmet sich unter anderem der extremen Rechten und ihrem Verhältnis zu Gewerkschaften in Ländern wie Ungarn, Belgien und Italien. Gewerkschaftliche Gegenstrategien, so Beckers These, müssten zwar anhand der Besonderheiten der extremen Rechten in den jeweiligen EU-Ländern entwickelt werden. Festzuhalten sei jedoch, dass die sozio-ökonomische Programmatik und Praxis der neo-nationalistischen Parteien tendenziell ungünstig für abhängig Beschäftigte sei. Dies gelte besonders für Parteien mit einer ausgeprägten neoliberalen Orientierung. Viele Programmpunkte der neo-nationalistischen Parteien zielten zudem auf die Schwächung der institutionellen Macht von ArbeitnehmerInnenorganisationen ab.

Ursachen und Gegenstrategien

Die Teilnehmenden arbeiteten Gemeinsamkeiten und Unterschiede der extremen Rechten in ihren Ländern und sich daraus ergebende und notwendige Gegenstrategien für Gewerkschaften heraus. Einigkeit bestand darin, dass die gewerkschaftlichen Werte von Solidarität und Vertretung von Klasseninteressen dem Prinzip der exklusiven, nationalen Solidarität und der Suche nach Sündenböcken für soziale Missstände, wie sie die extreme Rechte praktiziert, diametral widersprächen. Gerade mit Blick auf die Politik der Ethnisierung sozialer Konflikte (racialized economics) der extremen Rechten stünden die Gewerkschaften vor der Herausforderung, adäquate Angebote zu entwickeln, um nachhaltige politische Lösungen für die sozialen Probleme aller Menschen zu entwickeln. Nachfolgend diskutierte Richard Detje, Mitautor des Buches »Rechtspopulismus und Gewerkschaften« (VSA-Verlag), mit den Teilnehmenden die Gründe für die Zuwendung abhängig Beschäftigter zur extremen Rechten. Als wesentliche Ursachen nannte Detje den Verlust der Kontrolle über die eigenen Arbeits– und Lebensbedingungen sowie den Verlust von Anerkennung und Perspektiven, in einer sich ständig verändernden Welt. Es gelte, die Kritik an Kapitalismus und Globalisierung nicht der extremen Rechten zu überlassen. Dazu gehöre auch eine Wiederbelebung des internationalen Bewusstseins und des Miteinander.
Die Teilnehmenden entwickelten schließlich grenzüberschreitende Aktionsvorschläge, die in den nächsten Monaten konkretisiert und umgesetzt werden sollen. Dazu gehören unter anderem Trainingskurse für Beschäftigte der Gewerkschaften, das Erstellen von Informationen über rechte Parteien und eine genauere Analyse der Versuche der extremen Rechten, stärkeren Einfluss in den Betrieben zu gewinnen. Die Initiative »More democracy at work« des EGB bietet dafür einen guten Rahmen. In Courcelles haben die SemiarteilnehmerInnen den Anfang gemacht. Ein Folgeseminar, bei dem die Aktivitäten ausgewertet werden sollen, findet im April 2019 statt.

Der Autor arbeitet beim DGB-Bundesvorstand im Bereich Migration und Antirassismuspolitik.

Brasilien wählt rechts

Brasilia / Brasilien. Am 28. Oktober 2018 ist der extrem rechte Spitzenkandidat Jair Bolsonaro mit 55 Prozent der Stimmen zum Präsident von Brasilien gewählt worden. Der ehemalige Fallschirmjäger und langjährige Abgeordnete fällt regelmäßig mit rassistischen, frauen- und homosexuellenfeindlichen Äußerungen auf. Zudem bezieht er sich positiv auf Folter und lobt die Militärdiktatur in Brasilien während der Jahre 1964 bis 1985. Am ersten Tag seiner Amtszeit kündigte er an, die Ministerien von »sozialistischen und kommunistischen Ideen« »säubern« zu wollen. Außerdem übertrug er die Zuständigkeit für die Gebiete der Indigenen dem Landwirtschaftsministerium, dem nun die agrarindustriefreundliche Tereza Cristina vorsteht. Debattiert werden zudem weniger harte Waffengesetze, eine Annäherung an die USA sowie die Verlegung der brasilianischen Botschaft nach Jerusalem.

Sonnenkrieg statt Atomwaffen

London / Großbritannien. Die britische Polizei hat nach Razzien Anfang Dezember 2018 in London, Bath und Portsmouth drei Neonazis festgenommen, die Terroranschläge, unter anderem auf Prinz Harry, geplant haben sollen. Laut Recherchen der BBC gehören sie der Gruppe »Sonnenkrieg Division« an, die nach dem Vorbild der militanten US-amerikanischen Neonazi-Gruppierung »Atomwaffen Division« (s. drr Nr. 173) aufgebaut sein soll. Ausgewertet wurden Chatprotokolle eines Game-Servers. Demnach hat die Gruppe etwa 15 Mitglieder, die Mordfantasien, gewalttätige Bilder und Pläne austauschten. Mindestens zwei der Festgenommenen sollen zuvor schon in den Neonazi-Organisationen »System Resistance Network« sowie der inzwischen verbotenen »National Action« aktiv gewesen sein.

Lebenslang für Charlottesville-Mörder

Washington / USA. Am 11. Dezember 2018 ist der Neonazi James Field von einer Jury vor dem Bezirksgericht Charlottesville zu lebenslanger Haft plus 419 Jahren sowie einer Geldstrafe von 480.000 US-Dollar verurteilt worden. Fields hatte nach einem Neonazi-Aufmarsch unter dem Motto »Unite the right« in Charlottesville im August 2017 sein Auto in eine Menschenmenge gesteuert und dabei die antifaschistische Demonstrantin Heather Heyer tödlich verletzt. Der Angeklagte selbst plädierte auf unschuldig. Am 29. März entscheidet der Vorsitzende Richter über das endgültige Strafmaß. Zudem wird sich Fields in einem weiteren Prozess vor einem Bundesgericht verantworten müssen.

Proteste gegen UN-Migrationspakt

Brüssel / Belgien. Tausende Menschen haben am 16. Dezember 2018 unter dem Motto »Marsch gegen Marrakesch« gegen den UN-Migrationspakt demonstriert. Mindestens 5.500 TeilnehmerInnen folgten dem Aufruf der Jugendorganisation des »Vlaams Belang« und weiterer flämischer, extrem rechter Organisationen. Sie forderten den Rücktritt des belgischen Premierministers und trugen Schilder mit Aufschriften wie »Unser Volk zuerst« und »Wir haben genug, geschlossene Grenzen«. Einige der DemonstrantInnen versuchten, in das Gebäude der EU-Kommission vorzudringen und beschädigten die Außenfassade. Die Polizei setzte Tränengas und Wasserwerfer ein. Auch in anderen EU-Staaten fanden Demonstrationen gegen den Pakt statt: In Deutschland folgten mitunter am 1. Dezember in Berlin etwa 1.000 TeilnehmerInnen dem Aufruf von PEGIDA, dem Cottbuser Bündnis »Zukunft Heimat« und weiteren Initiativen. Am 2. Dezember demonstrierten AnhängerInnen der »Identitären Bewegung« in Wien. Am 24. November hatte die »Partei National Orientierter Schweizer« (PNOS) in Basel ebenfalls eine Kundgebung geplant. Um die 500 GegendemonstrantInnen behinderten die etwa 70 TeilnehmerInnen. Die Polizei setzte daraufhin Gummigeschosse ein und verletzte mindestens zwei Personen erheblich.

Militanter Neonazi muss in Lagerhaft

Moskau / Russland. Ende Dezember 2018 ist der militante russische Neonazi Maxim Martsinkevich, genannt »Tesak«, von einem Berufungsgericht zu zehn Jahren Haft in einer Strafkolonie verurteilt worden. Der 34-Jährige gehörte der extrem rechten Bewegung »Restrukt« an, die bekannt dafür ist, im Internet vermeintliche Pädophile, DrogenkonsumentInnen oder Homosexuelle aufzuspüren, um ihnen aufzulauern, sie zu foltern und die Videos der Gewalttaten online zu stellen. Mindestens ein Opfer starb nach dem Angriff. Martsinkevich wurde bereits zuvor mehrfach straffällig, in den Jahren 2005, 2007 und 2009 wurde er wegen verschiedener Gewalttaten mit seiner vorherigen Gruppe »Format 18« verurteilt. 2014 war er wegen Aufstachelung zum Rassenhass und Gewaltandrohung zu fünf Jahren verurteilt worden, kam jedoch vorzeitig frei. Auf sein Konto gehen zudem schwere Körperverletzungen, Raubüberfälle und Sachbeschädigungen. Außerdem wurden ihm »Rowdytum und Extremismus« zur Last gelegt. Neun weitere Mitglieder der Gruppe wurden ebenfalls zu Haftstrafen zwischen drei und zehn Jahren verurteilt.

#NeueRechte

Von Reykjavik bis Wladiwostok

Die verspätete Entdeckung des Jean Thiriart durch die deutsche »Neue Rechte«

von Volkmar Wölk

Als »Minenhund für künftig Zumutbares« wird er auf dem neu-rechten Blog »Sezession« charakterisiert. Man mag darüber streiten, ob die bisherigen Texte des Studenten und »Identitären« Till-Lucas Wessels für den Blog und die gleichnamige Zeitschrift eine Zumutung darstellen oder ob sie eher belanglos sind. Unbestreitbar ist, dass der »Minenhund«, der mit hohem Risiko gefährliches Gelände erkundet, nicht zur ersten Garde der »Neuen Rechten« gehört. Nicht einmal der deutschen.

Rechte Europa-Konzepte

Nun ist Wessels mit seiner ersten eigenständigen Veröffentlichung hervorgetreten, einem Bändchen in der Reihe »kaplaken« des Verlags »Antaios«: »europaradikal«. Die eigenwillige Schreibweise soll wohl andeuten, dass der Inhalt anders ist als in diesem Umfeld üblich. In der Tat werden »Konzepte einer europäischen Zukunft« – so der Untertitel – in der deutschen extremen Rechten selten debattiert. Das Thema »Europa« verengt sich in diesem Spektrum meist auf die Kritik an der EU, auf das Beschwören eines »Europas der Vaterländer«, Rückgriffe auf das »Mitteleuropakonzept« wie bei Karlheinz Weißmann oder Bernard Willms, und begnügt sich in der Regel mit dem Ausspielen von Nation gegen Europa.

Jetzt aber, die Wahlen zum Europaparlament vor der Tür und die EU in einer tiefen Krise, ertönt der Ruf: »europaradikal«. Auf die Fragen unserer Epoche, laut Wessels die soziale Frage, die demographische Entwicklung, die »wachsende Macht der Großkonzerne«, die zunehmende Vereinzelung durch die »globalisierten Verwertungsmechanismen«, das »gesellschaftliche Solidaritätsvakuum, könne es nur eine Antwort geben: Europa. Wessels stellt sich der Aufgabe, aufzuzeigen, »auf welche Denker und Konzepte unseres eigenen Lagers wir zurückgreifen können«. Der Nationalstaat sei nicht mehr als die »momentane, sich allmählich abstreifende Organisationshülle« der bürgerlichen Gesellschaft. Das »Europa der Vaterländer« sei nicht mehr als »Beschwichtigungsgeraune«, die »nationale Souveränität« ein »Vergangenheitspostulat«.

»Konservative Revolution«

Einen ersten Teil, der Darstellung des Status Quo gewidmet, folgen das »Repertoire von rechts« und die Frage »Was tun?«. Bei der Präsentation der rechten Konzepte verweist Wessels darauf, dass »im Angesicht des virulent werdenden Amerikanismus« zunehmend auf Vertreter der »Konservativen Revolution«, wie Ernst Niekisch, Ernst von Salomon und Otto Strasser, zurückgegriffen worden sei, die »für eine Annäherung an die Sowjetunion« eingetreten seien. An diese hätten dann auf europäischer Ebene »eurasische Denker«, wie der Belgier Jean Thiriart und dessen italienischer Schüler Carlo Terracciano, angeknüpft. »Gemein war beiden«, fasst Wessels zusammen, »die Ablehnung des überholten Nationalstaates und das Bekenntnis zu einem (…) eurasischen Machtblock.«

Jean Thiriart, ein 1922 geborener belgischer Optikunternehmer, ist in der deutschen extremen Rechten nahezu unbekannt. Lediglich seine Bücher »Eine Weltmacht von 400 Millionen Menschen: Europa« und »Das Vierte Reich: Europa« erschienen in deutscher Übersetzung. Der dort vertretene »paneuropäische, gross-europäische Nationalismus«, so einer seiner Schüler, sei geformt durch die Werke von Niccolò Machiavelli, Bertrand de Jouvenel, seinem Lieblingsautor Vilfredo Pareto, Gaetano Mosca, Robert Michel, James Burnham, José Ortega y Gasset, José Antonio Primo de Rivera, Wladimir Iljitsch Lenin und Julien Freund. Es handelt sich durchweg um Denker, die Thiriart zu der Überzeugung bringen, »dass nur ein Reich eine so große Nation wie Europa zusammenschmieden kann«.

Wenig Widerhall

In Deutschland fanden weder die Bücher noch Thiriarts europaweite Organisation mit Sektionen in elf Ländern nennenswerten Widerhall. Nur wenige Mitstreiter scharten sich um den Mitarbeiter der Zeitschrift »Mut«, Hans-Joachim Kunze, und um Wulf Riedell. Organisatorische Kontakte der deutschen Sektion bestanden vor allem zum »Bund Heimattreuer Jugend« (BHJ), wobei der Hannoveraner Klaus Jahn, der einen Versandbuchhandel für neofaschistische Literatur leitete und Standortführer des BHJ war, als offizieller Verbindungsmann fungierte. 1968 suchte Jahn mit einer Anzeige in der »National-Zeitung« »ganze Kerle (bis 40 Jahre)« für ein »Hilfskorps Arabien des BHJ«. Ebenfalls in Hannover ansässig war Walter Löwen, Inhaber des »Moorburg-Verlags«, der 1961 seinen »Bund der Europäer« in Thiriarts Gruppe einbrachte und bei der Gründungsversammlung am 1. Oktober in Köln Vorsitzender des deutschen Ablegers wurde. Bereits 1963 gab es Differenzen und Löwen spaltete sich mit anderen Kritikern Thiriarts ab. Bis auf wenige Rednerauftritte Thiriarts in Norddeutschland kam es zu keinen nennenswerten Aktivitäten.

Verhaftet

Eine gewisse Aufmerksamkeit erregten seine Aktivitäten in der Bundesrepublik lediglich, als der rechte Nachrichtendienst »Studien von Zeitfragen« 1962 vermeldete, Thiriart sei bei seiner Rückkehr von einem Faschistentreffen in Venedig verhaftet worden: »Pressemeldungen zufolge wurde ihm vorgeworfen, er habe illegal Waffen für die Truppen Tshombes nach Katanga geliefert.

Thiriart stand im Zentrum sowohl der Einigungsbemühungen des europäischen Neofaschismus als auch der militanten Unternehmungen der damaligen Zeit, besonders bei der Unterstützung der französischen »Organisation Armée Secrète« (OAS), die mit Waffengewalt und Attentaten die Unabhängigkeit Algeriens von Frankreich verhindern wollte. Es war nur natürlich, dass sich Thiriart der OAS verbunden fühlte, denn am Beginn seiner eigenen Nachkriegsaktivitäten hatte der Widerstand gegen die Eigenständigkeit der damaligen belgischen Kolonie Kongo gestanden. Von seinem Militanzkult jener Tage mochte sich auch der späte Thiriart nicht distanzieren. 1987 erklärt er in einem Interview: »Mir haben 500 Mann SA oder Rote Garden gefehlt. Ich verfügte bestenfalls über 50 wirkliche Kämpfer. Uns sind einige bemerkenswerte offensive Kommandounternehmen gelungen.« Mit dieser Zahl könne man zwar nach Art der Fallschirmspringer eine Übermacht terrorisieren, jedoch nicht auf Dauer standhalten.

Eigentlich wollte Thiriart mit seiner geplanten europäischen Einheitspartei aus dieser Defensive heraus. Dazu war er bereit, ungewöhnliche Wege zu gehen. Aus der Überlegung heraus, dass Europa ein gemeinsames Interesse haben müsse, sich die billigen Rohstoffquellen des Trikonts zu erhalten, war sein »Mouvement d›Action Civique« (»Bewegung der Bürgeraktion«; MAC) entstanden. Dort arbeitete Thiriart, der als Linker begonnen hatte und dann zum Nazi-Kollaborateur geworden war, sogar mit Leuten aus der Résistance, dem Widerstand gegen die Nazi-Besatzer, zusammen. Auguste Minet wurde 1941 zum Tode verurteilt, da er abgeschossenen britischen Fliegern geholfen hatte. Anschließend saß er bis zum Kriegsende 51 Monate in Nazihaft. Raphael Matyn gehörte in der NS-Zeit zur Résistance und musste deshalb KZ-Haft erleiden. Der Oberst in Rente, Marcel Verlinden, emigrierte 1942 nach London und kämpfte im Krieg auf der Seite britischer Truppen in Afrika. Sie trafen in der Gründergruppe des MAC auf Personen wie M. Moreau, der in der NS-Wehrmacht an der Ostfront gekämpft hatte. Aus nationalistischen Erwägungen hatten sie gegen die Nazis gekämpft, nicht weil diese Faschisten waren, sondern weil sie Besatzer waren. Aus europäischen Überlegungen heraus hatte der Rest von ihnen auf Seiten der Deutschen gekämpft, da nur sie über die Fähigkeiten zu verfügen schienen, ein einheitliches europäisches Reich zu schaffen.

Zu diesen ungewöhnlichen Wegen gehört auch, dass unter dem Symbol des Keltenkreuzes und dem Wahlspruch »Europa fortis unitate« (»Ein starkes geeintes Europa«) als Ausdruck einer dritten Weltmacht als Bollwerk gegen die Supermächte USA und UdSSR nach dem Verlust der Kolonien ein Bündnis mit den Staaten der »Dritten Welt«, die ihre Unabhängigkeit erkämpft hatten, als unverzichtbare Option gilt. Nicht zuletzt zur Sicherung der Rohstoffe für Europa wollte er die Bewegung der Blockfreien stützen, eine »europäisch-arabische Symbiose« schaffen. Die Avancen fanden dort teilweise Widerhall. 1966 kam es durch Vermittlung Rumäniens Staatspräsidenten Nicolae Ceaucescus zu einem Treffen mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Tschou en Lai, 1968 zu einer Begegnung mit dem ägyptischen Staatschef Gamal Abdel Nasser sowie dem argentinischen Diktator Juan Péron. Fast folgerichtig entstand eine Zusammenarbeit zwischen der sich antiimperialistisch gebärdenden »Jeune Europe« und palästinensischen Gruppen. Der erste Europäer, der im bewaffneten Kampf gegen Israel fällt, ist der französische Ingenieur Roger Coudroy, ein Mitglied der 1962 von Thiriart gegründeten »Jeune Europe«.

Auch wenn Thiriarts Bestrebungen zur Schaffung einer europäischen nationalbolschewistischen Einheitspartei bereits Ende der 1960er Jahre in das Reich rechter Wunschträume verwiesen wurden, blieben die damals erarbeiteten Konzepte keineswegs folgenlos. In Spanien, mit Förderung der dortigen falangistischen Regierung, bestand zwischen 1964 und 1971 eine Sektion der »Jeune Europe« aus wenigen hundert Mitgliedern. Die Nachwirkungen sind deutlich in der dortigen »Neuen Rechten« zu spüren. Und in Italien, wo »Jeune Europe« zur Blütezeit über rund 500 Aktive verfügte, gehörten Intellektuelle zur Führung, die wichtig für die Herausbildung der dortigen »Neuen Rechten« waren und es wie Claudio Mutti oder Franco Cardini bis heute sind. Nicht zuletzt im französischen »Groupement de recherche et d›études pour la civilisation européenne« (GRECE) und dessen Umfeld, so beim belgischen Ideologen Robert Steuckers, wurden Thiriarts Ideen rezipiert.

Keine Folgen

Thiriart starb am 24. November 1992. Seinen großen Traum durfte er noch verwirklichen. Im August 1992 reiste er mit einer Delegation hochrangiger Repräsentanten der »Neuen Rechten« nach Moskau. Auf dem Programm stand ein Treffen mit Igor Ligatschow, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der »Kommunistischen Partei der Sowjetunion«, und eine Debatte mit Gennadij Sjuganow, Vorsitzender der »Kommunistischen Partei« Russlands. Im gleichen Monat war er Autor in der ersten Ausgabe der russischen »Elemente« von Alexander Dugin mit einem Artikel über den europäischen Nationalbolschewismus der »Linie Niekisch-Stalin«. Nun also entdeckt ihn die deutsche »Neue Rechte«. Ob das dort Folgen haben wird, darf bezweifelt werden.

#Bannon

Make Europe Great Again

Seit seinem Zerwürfnis mit Donald J. Trump und dem Rauswurf bei »Breitbart News« sucht Stephen Bannon nach neuen Betätigungsfeldern. Sein neues Vorhaben: Die europäische extreme Rechte für die Europawahl 2019 vereinen. Ob er sein Ziel umsetzen kann, bleibt offen.

von Carl Kinsky

Auf den Wahlsieg von Donald J. Trump in den USA, zu dem nach weitläufiger Meinung Stephen »Steve« Kevin Bannon (s. drr Nr. 164) als Kopf seines Wahlkampfteams wesentlich beitrug, folgte wenig später die Ernüchterung. Im August 2017 trat Bannon nach einem Vertrauensverlust als Stabschef des Weißen Hauses zurück, im Januar 2018 verließ er auf Drängen der rechten Mäzenin Rebekah Mercer seinen Chefposten bei »Breitbart News«. Nachdem er sich somit innerhalb weniger Monate mit seinen ehemaligen FreundInnen und FörderInnen überworfen hatte, suchte Bannon nach neuen Projekten. Ins Auge fasste er dabei die Förderung extrem rechter Parteien jenseits des Atlantiks.

Erste Schritte

Bereits Anfang März 2018 trat Bannon seine Europa-Tournee an. Er reiste nach Rom, um dort den anstehenden Wahlerfolg der extrem rechten »Lega« bei den Parlamentswahlen mitzuerleben und sich mit deren Vorsitzendem Matteo Salvini zu beraten. Am 6. März trat er in Zürich auf einer Konferenz der Schweizer Wochenzeitung »Die Weltwoche« auf, zu der ihn deren Verleger Roger Köppel, Nationalrat der »Schweizerischen Volkspartei« (SVP), eingeladen hatte. Bei diesem ersten öffentlichen Auftritt knüpfte er an das beliebte Narrativ der Vorbildfunktion der Schweizer Demokratie für (extrem) rechte Parteien an: Den SVP-Politiker Christoph Blocher, Wortführer der erfolgreichen GegnerInnen eines Beitritts der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum im Jahr 1992, beschrieb er als Trump-Vorläufer und die Schweiz daher als Vorbild nationaler Souveränität. In Zürich traf er sich auch mit Alice Weidel, Co-Vorsitzende der Bundestagsfraktion der »Alternative für Deutschland« (AfD), welche sich Rat holte für den Aufbau des »Newsroom«, dem offiziellen Presseportal der Partei. Bereits wenige Tage später, am 10. März, trat Bannon auf Einladung der Parteivorsitzenden Marine Le Pen bei dem Parteitag des »Front National« in Lille auf. Auf diesem wurde die Partei in »Rassemblement National« (RN) umbenannt, um mit einem neuen Image höhere Wahlergebnisse zu erzielen. Bannon hielt eine leicht angepasste Version seines Vortrags und wiederholte sein Mantra, dass allein die Wahlkampfmotive der Verhinderung »Illegaler« und die Verringerung legaler Einwanderung, Standortnationalismus gegen China und die Beendigung von Kriegseinsätzen im Ausland Trump zum Wahlsieg verholfen hätten, und dies folglich eine Vorbildfunktion für Europa habe.

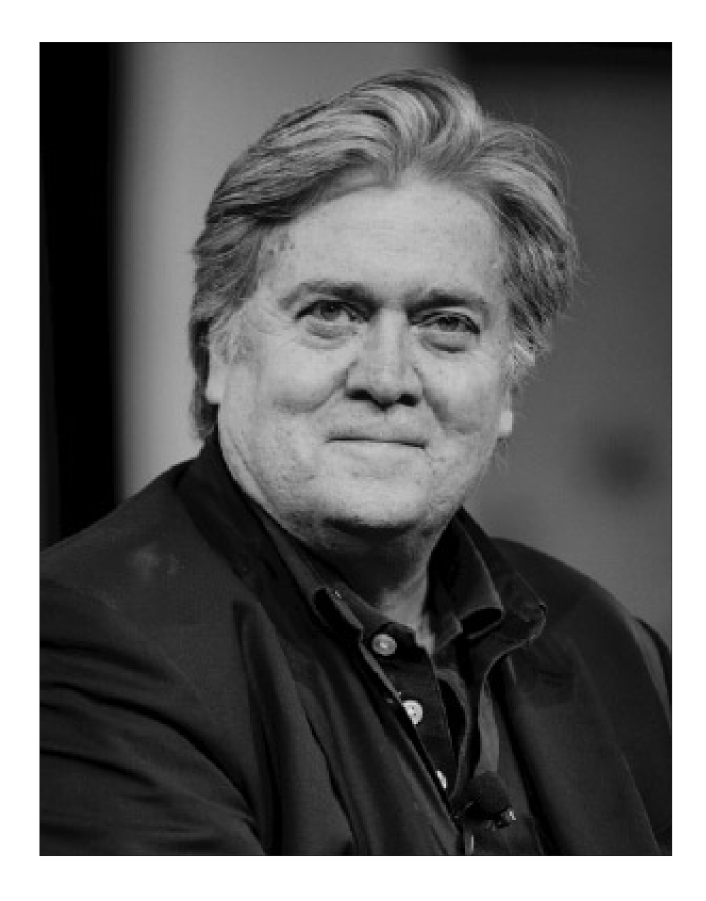
Zwei Monate später, am 22. Mai, diskutierte er über US-amerikanische Politik mit Lanny Davis, einem Anwalt und US-amerikanischen Politiker der »Demokraten«, in Prag. Moderiert wurde die Veranstaltung von Alexandr Vondra, ehemaliger Verteidigungsminister Tschechiens und ehemaliger Botschafter des Landes in den USA. Ausgerichtet wurde die Podiumsdiskussion von der Rüstungs-Holding-Gesellschaft »Czechoslovak Group« und der Privatuniversität »CEVRO Institute«, an der Vondra das »Prague Centre for Transatlantic Relations« leitet. Einen Tag später sprach Bannon auf Einladung der ungarischen Regierung bei der Konferenz »The Future of Europe« vor hochrangigen PolitikerInnen der »Visegrad Group«, dem Staatenbündnis von Ungarn, Polen, Slowakei und Tschechien zur Förderung gemeinsamer nationaler Interessen. Bannon erhielt anschließend eine Audienz beim autokratischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, ebenso wie andere Vortragende wie der rassistische Autor Douglas Murray aus England und der US-amerikanische Oswald-Spengler-Fan David Paul Goldman, der unter dem Pseudonym »Spengler« für die »Asia Times« schreibt.

Parallel zu seinen Auftritten gab Stephen Bannon zahlreiche Interviews und verstand es, einen hohen Medienrummel um seine Aktivitäten in Europa zu schaffen.

Startschuss

Im Juli 2018 lud Bannon schließlich selbst zahlreiche führende PolitikerInnen extrem rechter Parteien aus ganz Europa für zwei Tage in das Brown's Hotel in London ein. Hier stellte er das erste Mal seinen Plan vor, sich als politischen Berater für die extreme Rechte in Europa zu etablieren. Bannons Plattform soll »The Movement« (»Die Bewegung«, TM) heißen und nicht nur extrem rechten Parteien einen Raum zum Austausch bieten, sondern auch Hilfe bei Datenerhebungen für Wahlkämpfe, die Vermittlung politischer Botschaften und die mediale Abwehr politischer Angriffe bieten. Ein erster Meilenstein dieser neuen Zusammenarbeit sollen hohe Wahlerfolge bei der Europawahl im Mai 2019 sein.

Bannons Einladung folgten unter anderem Louis Aliot, Lebensgefährte von Marine Le Pen, und Jérôme Rivière von RN, Nigel Farage von der »UK Independence Party« (UKIP; ausgetreten im Dezember 2018), Ben Harris-Quinney vom konservativen englischen Think Tank »Bow Group« und Mischaël Modrikamen, Vorsitzender der belgischen »Parti Populaire« (PP). Anwesend waren auch Kent Ekeroth von den »Sverigedemokraterna« (SD) aus Schweden und Filip Dewinter von »Vlaams Belang« (VB) aus Belgien, welcher von Raheem Kassam eingeladen wurde, einem engen Vertrauten Bannons und Leiter des »Breitbart«-Büros in London bis Mai 2018. Im Oktober 2016 versuchte Kassam erfolglos, sich mit dem Slogan »Make UKIP great again« als neuer Parteivorsitzender durchzusetzen. Einen Monat später gehörte er mit



Stephen Bannon

Farage und dem UKIP-Großspender Arron Banks zu den ersten Politikern, die bei einem Treffen in New York Donald Trump persönlich zu seinem Wahlsieg gratulierten

Komplizen

»The Movement« existierte bereits bevor Bannon anfing, sich in Europa anzupreisen. Am 9. Januar 2017 war sie von Mischaël Modrikamen als Stiftung in Belgien gegründet worden, um (extrem) rechte Parteien in Europa zu fördern und zu vernetzen. Als Ziele wurden »die Förderung von Rechtsstaatlichkeit, freier Marktwirtschaft, nationaler Souveränität, nationaler Grenzsicherung, Volksbefragungen, des Kampfes gegen den radikalen Islam, eines wissenschaftlichen und undogmatischen Umgangs mit klimatischen Phänomenen und der Verteidigung des souveränen israelischen Staates auf dessen historischem Land« festgehalten. Als Vorstand fungierten Modrikamen, die Generalsekretärin der PP und seine Ehefrau Yasmine Dehaene, sowie Laure Ferrari, Vorsitzende des »Institute for Direct Democracy in Europe« (IDDE), einer Stiftung der von Modrikamen angeführten Europapartei »Alliance for Direct Democracy in Europe« (ADDE). Angesiedelt wurde die nahezu inaktive Stiftung mit einem Startkapital von lediglich 2.500 Euro in der Villa von Modrikamen in Watermael-Boitsfort, wo sie nach wie vor ihren Sitz hat.

Laut eigener Aussage suchte Modrikamen seit geraumer Zeit vergebens Kontakt zur Trump-Regierung, bevor er mit der Hilfe von Farage in London das erste Mal Bannon traf. Schnell beschlossen Bannon und Modrikamen zusammenzuarbeiten: Bannon, dessen Privatvermögen 2017 auf bis zu 53 Millionen Dollar geschätzt wurde, versprach, die Stiftung mit einem Personal von 10 bis 15 Personen auszustatten und nach seinen Vorstellung in ihrer Arbeit umzustrukturieren, während Modrikamen diese weiterhin leiten soll. So könnte er zum Vorsitzenden einer potenziell finanzstarken und einflussreichen Stiftung für die extreme Rechte in Europa aufsteigen, während Bannon von einer vorhandenen Struktur profitieren kann.

Eigene Widersprüche

Trotz der beeindruckenden Menge an Kontakten die Bannon innerhalb Europas knüpfen konnte, steht TM vor einigen Herausforderungen. Eine der größten dürfte die Tatsache sein, dass eine wesentliche Unterstützung von Parteien im Wahlkampf zur Europawahl in den meisten Ländern, in denen Bannon aktiv werden möchte, gegen geltendes Recht verstößt. Einzig in Italien und den Niederlanden gibt es keine gesetzlichen Schranken.

Zudem stößt Bannons Vernetzungsangebot bei den AdressatInnen nicht auf ungeteilte Zustimmung. Nicht nur die SD und UKIP haben bereits ihre Ablehnung einer Zusammenarbeit mit Bannon geäußert. Auch die AfD und die »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ) lehnen bisher offiziell eine Zusammenarbeit mit Bannon ab, da dieser »zu amerikanisch« sei. Ähnlich äußerten sich auch Le Pen und Rivière seitens der RN. Ob es sich bei dieser Ablehnung um antiamerikanische Ressentiments, Platzhirsch-Mentalität oder eine taktische Abgrenzung zur Abwehr von Vorwürfen illegaler Wahlkampffinanzierung handelt, bleibt abzuwarten. Wenig Vertrauen erweckend dürfte in diesem Zusammenhang der Umstand sein, dass die ADDE sich im Mai 2017 im Zuge von Betrugsvorwürfen seitens des Europaparlaments selbst auflöste. Im November 2017 kam es zu einer Hausdurchsuchung bei Modrikamen: Die ADDE war gegründet worden, um Mitgliedsparteien mehr EU-Gelder zukommen zu lassen. Daher soll sie 1,1 Millionen Euro zurückzahlen. Die IDDE hat aufgrund betrügerischer Vertragsvergaben ihre EU-Fördergelder verloren.

Doch nicht nur deshalb ist Bannon mit Modrikamen als Bündnispartner ein Risiko eingegangen. Ein Bündnis mit »Vlaams Belang« (VB) dürfte ausbleiben, da Modrikamen diese, als gläubiger Jude und Sohn eines jüdischen Widerstandskämpfers, aufgrund ihrer Nähe zu nationalsozialistischer Ideologie und antisemitischer Ausfälle ablehnt. Zugleich spricht er von vermeintlich unveränderbaren »archaischen Werten« bei Muslimen, die dazu führten, dass »Horden von Primitiven« Jagd auf »unsere Frauen« machen würden. Der europäische VB-Abgeordnete Gerolf Annemans bezeichnet ihn in passend antisemitischer Manier als »Scharlatan«. Auch Marcel de Graaff, Vorsitzender der niederländischen »Partij voor de Vrijheid« (PVV) im Europaparlament, lehnt eine Zusammenarbeit mit TM explizit wegen Modrikamen ab.

Bannon kann hingegen einige Erfolge vorweisen. Interesse an »The Movement« zeigte der tschechische Ministerpräsident Miloš Zeman durch einen Empfang von Bannon, in Begleitung des AfD-Bundestagsabgeordneten Petr Bystron, in Prag am 23. September 2018. Zwei Wochen zuvor, am 7. September, haben sowohl die »Lega« um den italienischen Innenminister Matteo Salvini, als auch die Vorsitzende der »Fratelli d´Italia«, Giorgia Meloni, ihren Beitritt zu TM bekannt gegeben. Im November gab Bannon schließlich an, dass er mit Viktor Orbán eine Zusammenarbeit zur Europawahl verabredet habe. Allen Bündnissen gemein ist Bannons Behauptung, seine PartnerInnen seien »genau wie Trump« und gemeinsam könnten sie Großes erreichen. Ob Bannon seine angepriesene Bewegung zur Europawahl 2019 auf die Beine stellen kann, bleibt ungewiss. Erledigt ist sie leider noch lange nicht.

Geteiltes Land

von Ton Rennenberg



Belgiens Hauptstadt Brüssel am 16. Dezember 2018

Am 16. Dezember 2018 kam es bei einem Aufmarsch in der belgischen Hauptstadt Brüssel zu Auseinandersetzungen zwischen extrem rechten Demonstranten und der Polizei. An dem sogenannten »Marsch gegen Marrakesch« mit 5.500 TeilnehmerInnen, der den Migrationspakt der Vereinten Nationen ablehnt, beteiligten sich verschiedene Organisationen, darunter die »Vlaams Belang Jongeren« (VBJ), die Jugendorganisation des im Parlament vertretenen »Vlaams Belang« (VB). Zeitgleich löste die rechte »Nieuw-Vlaamse Alliantie« (»Neu-flämische Allianz«, N-VA) durch ihren Rückzug aus der Regierung eine Krise aus. Mit diesem Rückzug protestierte sie gegen die Reise des Ministerpräsident Charles Michel nach Marrakesch, wo der Migrationspakt unterzeichnet wurde.

Geteiltes Belgien

Am 26. Mai 2019 findet die Europawahl gemeinsam mit der Wahl des belgischen Bundesparlaments und des flämischen, wallonischen, Brüsseler und deutschen Regionalparlaments statt. Das Hauptaugenmerk liegt auf den Wahlen zum Bundesparlament und den Regionalparlamenten, die Europawahlen spielen momentan eine untergeordnete Rolle. Das mehrsprachige Belgien ist in drei Wahlbezirke aufgeteilt. Dem niederländischen Wahlbezirk stehen 12 Sitze im Europäischen Parlament zu, dem französischen Distrikt 8 Sitze und dem deutschen Distrikt ein Sitz.

Flandern

Bei der EU-Wahl 2014 gingen vier der zwölf Sitze im Europäischen Parlament an die konservativen flämischen Nationalisten von der »Nieuw-Vlaamse Alliantie« (»Neu-flämische Allianz«, N-VA), die größte Partei des belgischen Parlaments. Drei Sitze an die Liberalen von »Open Vlaamse Liberalen en Democraten« (»Flämische Liberale und Demokraten«, Open VLD), zwei Sitze an die Christdemokraten der »CD & V« und jeweils einer an die Sozialdemokraten »SP.A«, die »Groen« (»Grünen«) und die extreme rechte »Vlaams Belang« (VB). Vergleicht man die Europawahlen von 2014 mit den Kommunalwahlen vom 14. Oktober 2018 – den einzigen Wahlen, die seit 2014 stattfanden – ergibt sich für die N-VA ein leichter Verlust (von 26,7 % auf 24,8 %), aber sie könnten ihre vier Sitze im Europäischen Parlament behalten. Die Liberalen verloren enorm (von 20,4 % auf 13,7 %). Die Christdemokraten konnten den Status-Quo halten (19,9 % auf 19,7 %). »Groen« konnte einen Stimmenzuwachs von 10,6 Prozent auf 13,2 Prozent verzeichnen; der »Vlaams Belang« sogar nahezu verdoppeln – von 6,7 Prozent auf 13 Prozent. So letztere dieses Ergebnis halten können, werden sie wie 2009 mit zwei Abgeordneten in das neue EU-Parlament einziehen.

N-VA gegen »Vlaams Belang«

Die N-VA, von 2014 bis 2018 Teil der belgischen Regierung, vertritt eine wirtschaftsfreundliche Politik. Weitere Schwerpunkte waren die Identität und Einwanderung. Theo Francken (N-VA), der Außenminister, gab in seiner Kommunikation via Twitter gern rechts-aussen Statements ab.
2004 erhielt der »Vlaams Belang« bei den Parlamentswahlen in Flandern 24,2 Prozent der Stimmen. Da aber eine Regierungsbeteilung nicht zustande kam, wanderten viele WählerInnen zur N-VA ab. Dieser Umstand und eine vom Vorsitzenden Bart De Wever initiierte, gut funktionierende Medienkampagne führten zu einem Anstieg von deren Popularität. Vor dem Hintergrund der gestiegenen Zustimmung für den VB bei den Kommunalwahlen bleibt abzuwarten, ob das eine Trendwende bedeutet. Der Listenführer von »Vlaams Belang« wird wahrscheinlich der europäische Abgeordnete Gerolf Annemans sein. Sie ist eine immigrationsfeindliche Partei, deren Hauptschwerpunkt nun eine »Anti-Islam«-Politik ist. Daneben strebt sie nach einem unabhängigen Flandern und ist gegen die Europäische Union. Im Dezember 2017 wurde Gerolf Annemans zum Vorsitzenden der Fraktion »Europa der Nationen und der Freiheit« im Europäischen Parlament gewählt, in der auch die »Freiheitliche Partei Österreichs«, »Lega« (früher »Lega Nord«) aus Italien und die französische »Rassemblemnet National« (früher »Front National«) sitzen. Zuvor war Gerolf Annemans langjähriger Schatzmeister der Fraktion, die verpflichtet ist, dem Europäischen Parlament 500.000 Euro wegen unberechtigter Abrechnungen zwischen 2016 und 2017 zu erstatten.

Französischer Bezirk

Von den acht Sitzen im französischsprachigen Teil Belgiens erhielten bei den Europawahlen 2014 die Sozialdemokraten und die Liberalen jeweils drei Sitze. Ein Sitz ging an die Grünen von »Ecolo« und einer an die Christdemokraten von CDH. Ein Vergleich mit den Landtagswahlen 2018 würde für die Sozialdemokraten einen Abstieg von 29,3 Prozent auf 25,3 Prozent und für die Liberalen von 27,1 Prozent auf 23,8 Prozent bedeuten. Bei den Christdemokraten war ein Stimmungszuwachs zu verzeichnen (von 11,7 % auf 16,3%), ebenso bei der Linkspartei PTB (von 5,5 % auf 9,8 %). Der Kleinstpartei »La droite« (»Die Rechte«) werden keine Chancen eingeräumt. Im französischsprachigen Teil Belgiens sind die Themen der Wahl noch nicht gesetzt. Momentan spielen extrem rechte Parteien dort keine entscheidende Rolle.
Im deutschen Bezirk geht der einzige Sitz traditionell an die Christdemokraten.

Im Auenland

In Luxemburg blieb der Rechtsruck bislang aus. Die Nationalwahlen 2018 gewannen wieder liberale Kräfte; die einzige rechtspopulistische Partei im Land konnte nur einen Sitz im Parlament dazugewinnen. Trotzdem übt auch sie mittlerweile Einfluss auf den öffentlichen Diskurs aus.

von Maxime Weber

Luxemburg ist ein bisschen wie das Auenland am Anfang von »Der Herr der Ringe«. Hügelig, verschroben und geopolitisch relativ unbedeutend. Dazu stehen die BewohnerInnen des Großherzogtums den Hobbits mit ihrer Vorliebe für rauchbares Kraut in nichts nach, wie die aktuellen Pläne zur Legalisierung von Cannabis für den privaten Gebrauch zeigen.

Genauso wie die Heimat von Frodo Beutlin fällt Luxemburg aber auch dadurch auf, dass es von beunruhigenden Entwicklungen jenseits seiner Grenzen weitestgehend verschont bleibt. Entgegen des grassierenden Rechtsrucks in Europa wurde bei den Nationalwahlen in Luxemburg im Oktober 2018 nämlich die liberale und pro-europäische Koalition aus Grünen, Liberalen und Sozialdemokraten für fünf Jahre wiedergewählt.

Rassismus unter dem Deckmantel der Wachstumsdebatte

Die einzige rechtspopulistische Partei von Belang, die neben den Kleinstparteien »déi Konservativ« und »Demokratie 2018« bei den Wahlen angetreten war, war die »Alternativ Demokratische Reformpartei« (ADR). Ursprünglich 1987 als RentnerInnenpartei gegründet, setzte die ADR in den vergangenen Jahren unter Ex-Parteipräsident Fernand Kartheiser immer mehr auf einen nationalkonservativen Kurs. Im Europaparlament ist die ADR Teil der euroskeptischen »Alliance of Conservatives and Reformists in Europe« (ACRE), der unter anderem die regierende polnische »Prawo i Sprawiedliwość« (»Recht und Gerechtigkeit«, PiS) angehört.

Der neue Kurs der ADR trat bei den Wahlen 2018 vor allem durch das Bündnis mit der umstrittenen »Nee2015/Wee2050«-Bewegung zutage. Die Bewegung wurde 2015 im Zuge eines nationalen Referendums vom Geographieprofessor Fred Keup ins Leben gerufen. Bei der Abstimmung sollte unter anderem darüber abgestimmt werden, ob die in Luxemburg lebenden MigrantInnen – die fast die Hälfte der 600.000 BewohnerInnen des Großherzogtums stellen – bei den Parlamentswahlen wählen dürfen. Im Vorfeld des Referendums streute Nee2015 gezielt Desinformationen in den sozialen Netzwerken und schürte Angst unter den LuxemburgerInnen vor vermeintlich desaströsen Folgen des Wahlrechts für MigrantInnen. So behauptete Keup, dass durch letzteres »(…) die Franzosen (das) Land übernehmen (…)« würden und das »(…) Anfang vom Ende (der) Nation (…)« eingeläutet würde. Am Ende stimmten fast 80 Prozent der LuxemburgerInnen gegen das Wahlrecht. Zwar ist der Einfluss von Keups Kampagne auf das Ergebnis schwer zu bemessen. Vergiftet hatte »Nee« den öffentlichen Diskurs jedoch allemal. Zudem konnte sich Keup als den einzigen politischen Akteur im Land darstellen, der den Willen der »politischen Mitte« repräsentiere. Nach dem Referendum benannte sich Nee2015 in Wee2050 um und fokussierte sich auf die Themen luxemburgische Sprache und Wachstum. Die Instrumentalisierung rassistischer Ressentiments wurde nahtlos fortgesetzt – insbesondere mittels der Gleichsetzung des Themas Wachstum mit Bevölkerungswachstum. Hierbei wurden Probleme wie Umweltzerstörung oder steigende soziale Ungerechtigkeit monokausal auf den Zuzug von MigrantInnen und GrenzgängerInnen zurückgeführt. Zudem fielen Wee-Mitglieder in den sozialen Netzwerken immer wieder durch extrem rechte Äußerungen auf. So behauptete beispielsweise der neue Präsident Dr. Tom Weidig, dass im Gegensatz zu den Franzosen während der napoleonischen Besatzung die Nazis die LuxemburgerInnen »wenigstens nicht verhungern hätten lassen«. Eine Gruppe Geflüchteter, die aus Seenot gerettet wurde, bezeichnete er als »Wirtschaftsmigranten, Abenteurer (und) Kriminelle«.

Wenig Chancen auf Sitz im EU-Parlament

Nachfolgend setzte auch die ADR in ihrem Wahlprogramm auf das Thema Bevölkerungswachstum. Erfolg brachte ihnen das Bündnis mit Wee2050 allerdings kaum. Identitäre Themen, wie sie von ADR und Wee2050 massiv propagiert wurden, nahmen letztlich nur eine marginale Rolle bei der Wahlentscheidung der WählerInnen ein. Dem Großteil der WählerInnen waren Themen wie Wohnungsmangel, Mobilität und Umweltschutz deutlich wichtiger.

Schließlich gewann die ADR nur einen Sitz hinzu und ist jetzt mit gerade einmal vier Abgeordneten im 60-köpfigen Parlament vertreten. Nimmt man die Nationalwahlen als Maßstab, wird die ADR ihr Ergebnis von 7,5 Prozent bei den letzten Europawahlen 2014 höchstens leicht verbessern können. Ein Sitz im EU-Parlament scheint daher unwahrscheinlich. Unklar ist bislang auch, wen die ADR überhaupt als Spitzenkandidat ins Rennen schickt.

All das ist jedoch kein Grund zur Beruhigung. Hierfür genügt wieder der Blick nach Mittelerde. Am Ende von »Die Rückkehr des Königs« gerät das Auenland nämlich doch noch in den Griff von Zauberer Saruman, der dort ein autoritäres Regime errichtet. In dem Sinne wird auch Luxemburg sich nicht der drohenden Katastrophe entziehen können, sollten rechte Kräfte aus anderen europäischen Ländern im Mai die Oberhand im EU-Parlament gewinnen.

Orbán

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 gibt es deutliche Unterschiede. Der allgemeine politische Trend in Ungarn zeichnet sich durch eine deutliche Rechtsverschiebung aufgrund des halbdiktatorischen »Fidesz«-Regimes aus.

von István Tóth



Am 8. April 2018 wurde Viktor Orbán in eine dritte Amtszeit in Folge wiedergewählt, nachdem seine rechte »Magyar Polgári Szövetség« (»Fidesz – Ungarischer Bürgerbund«, Fidesz) 48 Prozent der Stimmen gewonnen hatte, was für eine Zweidrittelmehrheit im Parlament ausreichte. Die »Fidesz« und die mit ihr verbündete »Kereszténydemokrata Néppárt« (»Christlich-Demokratische Volkspartei«, KDNP) gewannen 133 von 199 Sitzen. Die »Magyarországért Mozgalom« (»Bewegung für ein besseres Ungarn«, Jobbik) erhielt 26 Mandate. Dies bedeutet, dass im neu gewählten ungarischen Parlament 159 Sitze von der Rechten und der extremen Rechten besetzt werden.
Es war ein entscheidender Sieg und eine Bestätigung für Orbán. Er ist in den letzten Jahren öffentlich mit der EU aneinandergeraten und ein Wegbereiter des illiberalen Ultranationalismus geworden, der nicht nur in Mittel- und Osteuropa, sondern auch im gesamten Westen populär ist. Orbáns Wahlmanifest bestand nur aus einem Satz: »Wir werden so weitermachen wie bisher.« Seine Botschaften an die UngarInnen lauteten: rassistische Propaganda, Fremdenfeindlichkeit, keine Flüchtlinge, Anti-Soros-Kreuzzug, Verteidigung des europäischen Christentums und Antikommunismus. Und diese Botschaft verfängt; das Meinungsforschungsinstitut »Medián« führte im September eine Befragung im Auftrag des Budapester Analyseinstituts »Political Capital« aus. Ergebnis war, dass 40 bis 50 Prozent der Befragten Verschwörungstheorien – auch antisemitischen – Glauben schenken. Orbán hat keine Interviews gegeben und an keiner Debatte teilgenommen. Sein Sieg ist ein Produkt verschiedener Faktoren, wie der Schwächung des liberal-demokratischen Systems, dem Erfolg der Anti-Migrationsplattform und der äußerst starken Zersplitterung der Opposition. Orbáns jüngster Wahlerfolg hat seine Position in Brüssel gestärkt, wo »Fidesz« Teil der christdemokratischen »Europäischen Volkspartei« (EVP) ist, der größten Fraktion im Europäischen Parlament.

Weg zum Erfolg

Der erste Faktor für den wiederholten Wahlsieg von »Fidesz« 2018 war eine allgemeine Desillusionierung der Sparpolitik der sozialistischen Regierung vor 2010 sowie die Umformulierung der demokratischen Regeln durch »Fidesz«, die Verabschiedung einer neuen Verfassung, die Änderung der Wahlgesetze und die Kontrolle über unabhängige Medien.
Der zweite Faktor für Orbáns Sieg war, dass Migration nach wie vor ein entscheidendes Thema ist. Seit Beginn der europäischen »Migrationskrise« Ende 2015 war diese an die Spitze aller Probleme in Ungarn gerückt. In diesem Zusammenhang waren die Entscheidung von Orbán, die ungarische Grenze zu schließen, und sein anhaltender Widerstand gegen die EU-Forderungen nach Aufnahme von Geflüchteten politisch populär. Anti-Migrations-Politik und -Rhetorik haben sich als besonders wirksames Instrument für die Mobilisierung von WählerInnen mit geringer Bildung erwiesen, vor allem in ländlichen Gebieten und in anderen Städten als Budapest. Orbán konnte seine Basis erfolgreich davon überzeugen, dass nur er und seine Regierung sie und das Land schützen können: vor der »muslimischen Invasion« und vor Brüssel, George Soros, den westlichen Liberalen und nicht zuletzt den Vereinten Nationen.
Der dritte Hauptfaktor für Orbáns Erfolg ist seine Fähigkeit, die Rechte zu einer Zeit vereint zu haben, in der die Opposition schwach und gespalten ist. Mittels wirtschaftlichem und kulturellem Nationalismus hat er sein Lager über nahezu zwei Jahrzehnte zusammengehalten und mehr als zwei Millionen WählerInnen fest an »Fidesz« gebunden. 2009 legte Orbán seine Vision vor, in der »Fidesz« jahrzehntelang an der Macht bleiben könnte, wenn sie sich als »zentrale politische Kraft« etablieren kann. Die Opposition wird in diesem Planspiel in extrem linke und rechte Blöcke aufgeteilt. Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen MSZP und dem Aufstieg des extrem rechten »Jobbik« während der Parlamentsperiode 2006–2010 bewahrheitete sich Orbáns Prophezeiung und »Fidesz« wurde die einzige große Partei in der ungarischen politischen Landschaft.

Unvorhergesehenes

Am 8. Dezember 2018 begannen die Gewerkschaften mit einer Welle von Massendemonstrationen gegen die geplanten Änderungen des Arbeitsgesetzes, das als »Sklavengesetz« bezeichnet wird. Dazu gehört auch die Erhöhung der Höchstzahl an Überstunden, die ArbeitnehmerInnen pro Jahr leisten können sollen: von 250 auf 400 Stunden



Viktor Orbán

sowie die Lockerung anderer Arbeitsgesetze. ArbeitgeberInnen solle es möglich sein, aufgelaufene Überstunden innerhalb von drei Jahren anstelle von bisher lediglich einem Jahr abzurechnen. Eine weitere Änderung ermöglicht es ihnen, direkt mit den ArbeitnehmerInnen Überstundenabsprachen zu vereinbaren, indem Tarifverträge und Gewerkschaften übergangen werden. Die Massendemonstrationen in Budapest und in anderen Städten waren die heftigsten seit »Fidesz« 2010 wieder an die Macht gekommen ist. Die Proteste wurden von den bisher gespaltenen Gewerkschaften und Oppositionsparteien (einschließlich »Jobbik«) und StudentInnen angeführt.
Am 12. Dezember wurden die Änderung des Arbeitsgesetzes und anderer umstrittener Gesetze unter chaotischen Szenen verabschiedet, als Oppositionsabgeordnete versuchten, das Podium des Parlaments zu blockieren, um deutlich zu machen, dass das Abstimmungsverfahren vollständig gegen die Hausordnung verstoße und ungültig sei.

Bewegung bei der extremen Rechten

Seit 2014 wurde von dem ehemaligen Vorsitzenden und Gründer der »Ungarischen Garden« Gábor Vona, die Transformation von »Jobbik« von einer faschistischen zu einer rechts-konservativen Partei initiiert. Damit würde »Jobbik« in die Mitte rücken und neues Stimmenpotential erschließen – wahrscheinlich auf Kosten von »Fidesz«.
Das findet sich auch im Wahlprogramm wieder. Es trägt den Titel »Sicheres Europa, freies Ungarn!«. Darin wird Wert gelegt auf die »Gewährleistung der Sicherheit, Bewältigung der Migrationsherausforderung, Fokussierung auf die Verringerung des Lohngefälles, Schaffung eines echten Zusammenhalts, Beitritt zur Europäischen Staatsanwaltschaft, Bekämpfung von Fake News und Schutz der endemischen nationalen Minderheiten Europas.« Weiterhin hieß es: »Im Gegensatz zu Fidesz, die eindeutig einen strategischen Schwerpunkt auf die Konfrontation mit der EU und die Herausführung Ungarns aus dieser gelegt hat, strebt Jobbik eine nahtlose Funktion der EU an. Ungarn soll demokratischer und freier werden, ein Land das seinen Bürgern Sicherheit und Berechenbarkeit garantiert.« Anfang Februar 2019 sollen die Wahllisten veröffentlicht werden.
Vonas Initiative blieb nicht ohne Widerspruch. Mitte 2017 trat eine neue nationalistische Koalition an der rechten Seite von Ungarn auf, bestehend aus »Betyársereg« (»Armee der Gesetzlosen«, einer militanten nationalistischen Gruppe und »patriotischen Sportbewegung«) sowie zwei weiteren Gruppen, dem »Érpataki Modell Országos Hálózata« (»Érpatak nationweites Netzwerk«) und dem Verein »Identitárius Egyetemisták Szövetsége-Identitesz« (»Identitárius für Hochschulstudenten«).
Auch aus den Reihen unzufriedener »Jobbik«-Mitglieder ist eine neue radikal-nationalistische politische Kraft, »Mi Hazánk Mozgalom-MHM« (»Unsere Landbewegung«; MHM), hervorgegangen. Treibende Kraft ist László Toroczkai, ein ehemaliger stellvertretender Vorsitzender von »Jobbik« und Bürgermeister von Ásotthalom, den die Partei Anfang Juni ausgeschlossen hatte. Toroczkai ist ein politischer Opportunist und radikaler Nationalist. Zu Beginn der neuen Bewegung forderte er ein »weißes Ungarn« und »die Tricolor statt eines verschmierten Regenbogens«. Toroczkai möchte »Antworten auf wirkliche soziale Probleme«, einschließlich der abnehmenden Geburtenrate Ungarns sowie »der Frage der Einwanderung und Emigration, dem Verhältnis von Ungarn und der EU und der Koexistenz von Ungarn und Zigeunern«.
Der ehemalige stellvertretende Vorsitzende von »Jobbik«, Előd Novák, sowie die ehemalige Sprecherin, Dóra Duró, schlossen sich ebenfalls der MHM an. Nach seinem Ausschluss aus der Parlamentsfraktion gab es wenig Zweifel, dass János Volner, Vizepräsident von »Jobbik«, zusammen mit István Apáti und Erik Fülöp seinen Austritt aus der Partei bekannt geben würde. Keiner von ihnen hat seine parlamentarischen Mandate zurückgegeben. Es war nur eine Frage der Zeit, bis das Trio zu MHM kam. In der Ankündigung seines Austritts bekräftigte Volner, dass »Jobbik« eine inakzeptable »linksliberale Wende« vollzogen habe. Laut Volner fehlt »Jobbiks« bis heute ein »politischer Fokus«. Während die Durchschnittsperson über die Schwerpunkte von »Fidesz« Bescheid wusste (Migration 2018, Senkung der Staatskosten 2014), hatte Vonas Partei diese Botschaft seit acht Jahren nie klarstellen können. Derzeit bemüht Duró sich darum, die Hausordnung des Parlaments zu ändern, um die Gründung einer MHM-Fraktion zu ermöglichen. Diese existierte zum Zeitpunkt der ungarischen Parlamentswahlen nicht.
Von der MHM geht im Moment kaum eine echte Konkurrenz bei der EU-Wahl aus. »Fidesz« baut darauf, dass die neuen extrem Rechten zu einer Schwächung von »Jobbik« führen. Letztendlich ist in einer Nachbarschaft, in der der Widerstand gegen Migration ein alltägliches und beliebtes Thema ist, wenig aufregender als das, was von Orbán täglich gesagt wird.



Flüchtlinge an der Grenze zwischen
Serbien und Ungarn im November 2016

»Traditionelle Familie«

Von einem klaren Rechtsruck ist das Land zwar noch entfernt, aber das rechte Lager übt den Schulterschluss. Und das mit Unterstützung der orthodoxen Kirche.

von Christian Binder und Mihai Varga

Im Dezember 2018 organisierten zwölf religiös-nationalistische Verbände in Bukarest Demonstrationen gegen den UN-Migrationspakt, beziehungsweise laut den VeranstalterInnen gegen die »Kolonialisierung und Islamisierung Rumäniens«. Die Beteiligung, von anfangs wenigen Dutzend und später mehreren hundert TeilnehmerInnen, ist ein Anhaltspunkt für die geringe Mobilisierungsfähigkeit der im Parlament nicht vertretenen extrem Rechten. Umgekehrt deutet die Enthaltung Rumäniens bei der Abstimmung in der UN-Generalversammlung am 19. Dezember auf die rechten Tendenzen der politischen Mitte hin.

Neue Formationen

Treibende Kraft hinter den Demonstrationen ist der Verband »Noua Dreaptă«, Schwesterorganisation der »Partidul Noua Dreaptă« (»Partei Neue Rechte«, ND). Beide werden von Tudor Ionescu geführt. Die Vereinigung hat sich in den vergangenen Jahren besonders als Veranstalter des homophoben »Marsches für die Normalität« sowie durch einige nationalistisch-rassistische Protestzüge in hauptsächlich von der ungarischen Minderheit bewohnten Städten bemerkbar gemacht. Die neofaschistische Partei ND wurde erst im Jahr 2015, nach 15-jährigem Bestehen des Verbandes, gegründet. Im Frühjahr 2017 hatte sie gemeinsam mit der ebenfalls 2015 ins Leben gerufenen »Partidul România Unită« (»Partei Vereintes Rumänien«, PRU) sowie der seit 1991 existierenden »Partidul România Mare« (»Großrumänienpartei«, PRM) die Allianz »Blocul Identității Naționale în Europa« (»Block für Nationale Identität in Europa«, BINE) angekündigt. Somit dürfte erstmals seit dem Systemwechsel 1989 ein Bündnis extrem rechter Parteien an Wahlen teilnehmen – die Europawahl 2019 ist der erste Test.

Wenig Zuspruch

Bei den Lokal- und Parlamentswahlen 2016 hatten die drei BINE-Parteien allerdings überhaupt keine Abgeordneten ins nationale Parlament entsenden können; bei den Kreis- und Lokalräten waren es verschwindend wenige. Versuche, »paramilitärische Truppen« nach dem Vorbild der ungarischen »Jobbik«-Partei und ihrer paramilitärischen »Ungarischen Garde« zu gründen und voranzutreiben, stoßen bisher nur auf wenig Anklang. Eine breitere öffentliche Profilierung gelang nicht einmal im Herbst 2018, als sie eine Kampagne für die »traditionelle Familie« führten: Das angestrebte Referendum, mit dem allein die Ehe zwischen Mann und Frau in der Verfassung verankert werden sollte, scheiterte. Indes zieht sich die Unterstützung für eine Vereinigung mit der Nachbarrepublik Moldau durch alle Parteien und Gesellschaftsschichten, sodass eine Instrumentalisierung durch Rechtsaußenparteien auch in Zukunft unwahrscheinlich ist. Die ältere PRM, die noch im Jahr 2000 mit einem Ergebnis von rund 20 Prozent zweitstärkste Kraft war, verfehlte 2016 mit gerade einmal ein Prozent der Stimmen deutlich den Einzug ins Parlament. Ein Wahlergebnis, das sogar gegen einen Rechtsruck spräche.

Andererseits greifen auch große Parteien der »Mitte« immer öfters Rhetorik und Themen auf, die vor einigen Jahren vor allem im rechten Spektrum anzutreffen waren. Die PRM, und vor allem ihr 2015 verstorbener Anführer Corneliu Vadim Tudor, haben jahrelang mit Verschwörungstheorien sowie einer plumpen Verkürzung politischer und rechtsstaatlicher Fragen auf einen Anti-Mafia- und Anti-Korruptions-Kampf auf sich aufmerksam gemacht. Beides gehört mittlerweile – in abgeschwächter Form – zum Repertoire sowohl des Regierungs- als auch des Oppositionslagers. Ebenfalls wird in politischen Auseinandersetzungen immer öfter das »nationale Interesse« betont.

Richtung ungewiss

Dem wegen zu geringer Wahlbeteiligung abgelehnten Ehe-Referendum stand allerdings der organisatorische Schulterschluss im rechten Lager gegenüber. Die »Koalition für die Familie« – ein Zusammenschluss einiger Dutzend rechtskonservativer Organisationen – sammelte 2016 mit Unterstützung der Rumänisch-Orthodoxen Kirche drei Millionen Unterschriften für die Volksbefragung. Zuvor hatten sogar die meisten wichtigen Parteien mehr oder weniger deutlich ihre Unterstützung zugesagt. Doch statt der Mindestwahlbeteiligung von etwa einem Drittel, konnten die Initiatoren nur 20 Prozent überhaupt zur Stimmenabgabe bewegen – für ein Land, in dem bis ins Jahr 2001 Homosexualität unter Strafe stand, ein unerwartetes Ergebnis. Dennoch war die Unterstützung von Behörden und etablierten Parteien für ultrakonservative oder extrem rechte Gruppen gerade beim Thema der Rechte für sexuelle Minderheiten schon in den Jahren zuvor mehrfach sichtbar. Und angesichts der Einfallslosigkeit bezüglich drängender sozialer, politischer und wirtschaftlicher Reformen durch das gesamte Parteienspektrum hindurch, werden die Rechten auch in Zukunft um Zustimmung buhlen.

Im Schatten der Präsidentschaftswahl

2018 war für die extreme Rechte in Kroatien kein erfolgreiches Jahr. Dennoch gelingt es ihr immer wieder Einfluss auf die öffentliche Debatte zu nehmen. Jüngstes Beispiel ist die Stimmungsmache gegen Flüchtende.

von Danijel Majic



Kolinda Grabar-Kitarović

Ende Oktober 2018 sorgte die kroatische Staatspräsidentin Kolinda Grabar-Kitarović bei der Regierung des Landes für lange Gesichter. Öffentlich hatte sie verkündet, den UN-Migrationspakt nicht unterzeichnen zu wollen. Damit begab sich die 50-Jährige in direkte Opposition zu Premier Andrej Plenković – und das bei einem Thema, das bis dahin in der öffentlichen Debatte in Kroatien kaum eine Rolle gespielt hatte.

Der Premierminister und die Staatspräsidentin gehören derselben Partei an, der konservativen »Hrvatska demokratska zajednica« (»Kroatische Demokratische Union«, HDZ). Zwischen beiden war es bereits zuvor mehrfach zu Unstimmigkeiten gekommen. Doch eine derart offene Konfrontation hatte niemand erwartet. Zumal Grabar-Kitarović sich zuvor niemals ablehnend über den Migrationspakt geäußert hatte. Im Gegenteil: Noch im August hatte Grabar-Kitarović in einem Schreiben an den UN-Generalsekretär Antonio Gutteres betont, sich »außerordentlich« auf die Unterzeichnung dieses »wichtigen Dokumentes« zu freuen.

Präsidentschafts- statt EU-Wahlkampf

Der Hintergrund dieser 180-Grad-Wende Grabar-Kitarovićs in Sachen Migrationspakt wird derweil ersichtlich, wenn man die Art und Weise betrachtet, in der diese öffentlich wurde. Am 31. Oktober veröffentlichte TV-Moderator Velimir Bujanec – dessen Politmagazin »Bujica« sich im letzten Jahrzehnt zu einer Art inoffiziellem Verlautbarungsorgan der extremen Rechten in Kroatien entwickelt hat – auf seinem Facebook-Profil die Erklärung der Staatspräsidentin, die damit auf eine Anfrage seiner Redaktion reagierte.

Dass sich die Präsidentin überhaupt genötigt sieht, auf eine Anfrage der »Bujica«-Redaktion zu reagieren, hat seinen Grund. Velimir Bujanec hatte im Präsidentschaftswahlkampf 2015 massiv für Grabar-Kitarović getrommelt. Ihren knappen Wahlsieg verdankte die HDZ-Politikerin nicht zuletzt auch Stimmen aus dem WählerInnenreservoire der extremen Rechten. Genau jenes Publikum, das Velimir Bujanec bedient. 2019 stehen erneut Präsidentschaftswahlen an. Die Europawahlen im Mai hingegen spielen derzeit in Kroatien keine größere Rolle.

Jahr der Niederlagen

Für die nationalistische Rechte in Kroatien war 2018 kein erfolgreiches Jahr. Zwei sowohl von nationalistischen als auch christlich-fundamentalistischen Organisationen getragene Volksabstimmungsinitiativen erreichten nicht die notwendige Anzahl von Unterstützungsunterschriften. Angedacht war zum einen ein Plebiszit über die Ratifizierung der sogenannten »Istanbuler Konvention« zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen – die von Organisationen wie der ultrakonservativen Vereinigung »Im Namen der Familie« als Mittel zur Verbreitung der »Gender-Ideologie« verunglimpft wurde. Schmerzvoller noch dürfte indes aus Sicht der nationalistischen Rechten das Nichtzustandekommen einer Volksabstimmung über die Änderung des Wahlgesetzes sein.

Nach Vorstellung der InitiatorInnen sollten dadurch nicht nur die Rechte der parlamentarischen RepräsentantInnen ethnischer Minderheiten im kroatischen Parlament massiv beschnitten, sondern auch eine stärkere Gewichtung der sogenannten Vorzugstimmen verankert werden. Mit diesen Stimmen können WählerInnen einzelne KandidatInnen auf den Parteilisten »bevorzugen« und somit Einfluss auf die Reihenfolge der über die Listen gewählten Abgeordneten nehmen.

Das Kalkül dahinter war ersichtlich. Die Initiatoren hofften, nachdem mehrere Anläufe zur Etablierung einer Partei rechts der HDZ gescheitert waren, über die Vorzugsstimmen indirekt Einfluss auf die Ausrichtung der Regierungspartei nehmen zu können.

Neues Thema: Geflüchtete

Obwohl 2015 auch Kroatien zeitweise zum Hotspot der sogenannten »Flüchtlingswelle« wurde und hunderttausende Menschen auf dem Weg durch Westeuropa durch das Westbalkanland zogen, blieb das Thema seitens der kroatischen Rechten bislang relativ unbeachtet. Dies hat sich spürbar geändert, seit rund 5.000 Flüchtende an der kroatisch-bosnischen Grenze bei Bihać festsitzen. Rechte Medien beschwören seitdem regelmäßig eine drohende »Flüchtlingsinvasion«. Deutschland wird dabei gerne als vermeintlich abschreckendes Beispiel ins Feld geführt. Angeblich erlebe die Bundesrepublik eine Welle von Gewaltverbrechen – insbesondere sexualisierter Gewalt. Dieses Narrativ wird inzwischen nicht mehr nur von explizit rechten Parteien bedient. VertreterInnen der Partei »Živi Zid« (»Lebendige Wand«) – die aus einer Bewegung gegen Zwangsräumungen hervorgegangen ist – betreiben ebenfalls offene Hetze gegen die Geflüchteten, indem sie von »Invasoren« sprechen und beispielsweise behaupten, deutsche Medien würden Verbrechen von Asylbewerbern auf Anweisung der Regierung Merkel verschweigen. »Živi Zid« liegt inzwischen in einzelnen Umfragen an zweiter Stelle hinter der HDZ.



Geert Wilders

Herausforderung für Geert Wilders

von John Postma

Die Niederlande haben 26 Sitze im aktuellen Europäischen Parlament. Vier davon gehören der rechten Partei »Partij voor de Vrijheid« (»Partei für die Freiheit«, PVV) an. Sie war die einzige rechtsgerichtete Partei aus den Niederlanden, die 2014 an den Europawahlen teilgenommen hat. Bei den kommenden Wahlen im Mai 2019 bekommt die PVV Konkurrenz. Neben ihr tritt auch die neue aufstrebenden rechte Partei »Forum voor Democratie« (»Forum für Demokratie«, FvD) an.

Programm und Konkurrenz

Bei den nationalen Parlamentswahlen 2017 bekam die PVV von Geert Wilders 20 Mandate und landete auf Platz zwei. Die neugegründete FvD zog mit zwei Mandaten ins Parlament ein (s. drr Nr. 166). Das beherrschende Thema des Wahlkampfes der PVV war der Islam. In ihrem rassistischen Wahlprogramm forderte sie die »De-Islamisierung« der Niederlande, wie zum Beispiel durch die Schließung der Grenzen für EinwanderInnen, das Aussetzen von Aufenthaltsgenehmigungen für AusländerInnen, die Schließung aller Moscheen und Islamschulen sowie ein gesetzliches Verbot des Korans. Auch die anderen Punkte des Wahlprogramms lesen sich wie ein Mix der politischen Agenda der europäischen Rechten: Austritt aus der EU, weniger Steuern, mehr Ausgaben für Militär und Polizei, keine Förderung von Windrädern, Entwicklungszusammenarbeit, Kunst und Rundfunk sowie eine »direkte Demokratie« durch bindende Referenden. Ebenfalls zu den Forderungen gehören »geringere Wohnkosten« und die Rente mit 65 Jahren.

Die FvD bringt ihre Anti-Islam- und Anti-Immigrations-Aussagen subtiler an. Im Wahlkampf liegen ihre Schwerpunkte auf der direkten Demokratie und der nationalen Souveränität der Niederlande. So sollen Referenden über den Verbleib der Niederlande in der »Euro-Zone« und über einen »NEXIT« nach britischem Vorbild abgehalten werden. Auch die anderen Forderungen – neben der EU-Feindschaft – muten wie ein Querschnitt rechter Politik an. In Bezug auf die Asylpolitik will die Partei ein australisches Modell, damit die Niederlande selbst entscheiden können, wer in das Land einreisen darf. In der Außenpolitik steht die »Normalisierung« der Beziehungen mit Russland ganz vorn. Die PVV spielt mittlerweile in den Niederlanden eine wichtige Rolle auf der öffentlichen wie der politischen Bühne. Im kommenden Wahlkampf wird sie bei ihrer Anti-Islam Agenda bleiben, verdankt sie dieser doch ihre politischen Erfolge. Fraglich bleibt, ob die Fokussierung auf dieses eine Thema weiterhin reichen wird. Die konkurrierende FvD gibt sich einen intellektuellen Anstrich. Ihr 1983 geborener Gründer und Vorsitzender, der national-konservative Autor und Jurist Thierry Baudet, hatte eine akademische Laufbahn, bevor er in die Politik einstieg. Zur Zeit ist die FvD eine der am schnellsten wachsenden Parteien in den Niederlanden. Sie hat seit der Gründung 2016 bereits 23.000 Mitglieder gewinnen können.

Stimmungsmache

Während der »Flüchtlingskrise« 2015 gab es viel Widerstand gegen die Ansiedlung von Geflüchteten. Lokale Aktionsgruppen wurden von einfachen Leuten gegründet, aber auch extrem rechte Gruppen tauchten in mehreren Ecken des Landes auf, um gegen Flüchtlinge zu agitieren. Auch wenn sich mittlerweile diese regionalen Aktionsgruppen aufgelöst haben, gibt es noch Gruppen wie PEGIDA. Die negative Atmosphäre gegenüber Flüchtlingen, Muslims und Muslimas ist jedoch geblieben und spiegelt sich politisch in einer Verschiebung nach rechts wieder. Mittlerweile geben auch VertreterInnen der regierenden Liberalen der »Volkspartij voor Vrijheid en Democratie« (»Volkspartei für Freiheit und Demokratie«, VVD) anti-muslimische Statements ab. Mitte 2018 wurde ein Gesetz zum Verbot der Burka in öffentlichen Einrichtungen und Gebäuden verabschiedet. Geert Wilders hatte bereits 2005 das Verbot gefordert; seinerzeit gab es – im Gegensatz zu heute – viel Widerstand gegen diesen Vorschlag.

Internationale Zusammenarbeit

Die PVV ist im Europaparlament Teil der extrem rechten Fraktion »Bewegung für ein Europa der Nationen und der Freiheit«, die auch mit ausländischen Parteien wie »Front National« und »Vlaams Belang« kooperiert. Ihr Vorsitzender Wilders pflegt Kontakte zu äußerst konservativen und rechten Organisationen in den USA. Die FvD ist international bei weitem nicht so gut vernetzt. Ihr Vorsitzender Thierry Baudet führte im Oktober 2017 ein langes Gespräch mit Jared Taylor, dem amerikanischen »Alt-Right«-Aktivisten und Inhaber der Website »American Renaissance«, nachdem dieser seine Rede auf einer niederländischen »Alt-Right«-Konferenz 2017 gehalten hatte. Von Medien damit konfrontiert, erwiderte Baudet, er sei an den Ansichten und Argumenten von Jared Taylor interessiert.

Normalisierung

Die Medien in den Niederlanden sehen die extrem rechten Parteien als politische Akteure. Die PVV wird von ihnen wie alle anderen Parteien behandelt, nicht nur, weil sie die PVV nicht »dämonisieren« wollen, sondern auch weil sie die zweitgrößte Partei der Niederlande ist. Auch die FvD ist Teil des Mediendiskurses. Die PVV wird mit großer Sicherheit in der kommenden Legislaturperiode im Europäischen Parlament vertreten sein. Bei der FvD bleibt abzuwarten, ob sie ihre bisherigen politischen Erfolge weiterführen oder sogar ausbauen kann.

Rechts färbt ab

von Anne Jessen



Bei den Wahlen zum EU-Parlament 2014 konnte die 1995 gegründete rechte »Dansk Folkeparti« (»Dänische Volkspartei«, DVP) ihre Mandate auf vier verdoppeln. Damit hat sie nahezu ein Drittel der für Dänemark vorgesehenen 13 Mandate im Europaparlament. Seit 2014 gehört die DVP der EU-skeptischen Fraktion »European Conservatives and Reformists« (ECR) an. Bereits nach den EU-Wahlen 2009 wollte die DVP dieser Fraktion beitreten. Damals wurde sie jedoch zusammen mit der italienischen »Lega Nord« abgewiesen, weil beide Parteien als extrem rechts eingestuft wurden; die DVP schloss sich daraufhin der »Europe for Freedom and Democracy« (EFD) an.

Rechts von der DVP hat sich eine neue Partei gebildet, die sich »Nye Borgerlige« (»Neue Bürgerliche«, NB) nennt. Die Gründer und Mitglieder der Partei kommen aus dem national-konservativem Spektrum. Ihr Ziel ist, dass alle Muslime Dänemark verlassen, da sie nicht dem dänischen Kulturkreis angehören würden. Die NB strebt einen Asylstopp an, und will, dass Dänemark die EU verlässt und sich aus internationalen Vereinbarungen und Verträgen zurückzieht. Die Partei kandidiert 2019 zum ersten Mal zur dänischen Parlamentswahl. Den bisherigen Prognosen zufolge könnte sie zwei Mandate erhalten.

Eine außerparlamentarische antimuslimische Gruppe ist die von der deutschen PEGIDA inspirierte »For Frihed« (»Für die Freiheit«), die es seit 2015 gibt. Einmal im Monat demonstriert sie in Kopenhagen gegen den Islam. Viele sind es nicht, die zu den Demonstrationen kommen, meist sind es um die 50 Personen. Ab und zu nehmen bekannte Mitglieder der DVP teil. Eine weitere rechte Gruppierung existiert seit November 2017: »Generation Identitär«. Sie verfolgt dieselbe Strategie wie die identitären Gruppen in anderen Ländern: Mit Aktionen, die auf mediale Aufmerksamkeit abzielen, wird der Erhalt der »europäischen weißen Kultur« proklamiert. Militante Neonazigruppen sind in Dänemark momentan wenig sichtbar und aktiv. Es gibt Kontakte zum reaktivierten internationalen »Combat 18« und eine Zusammenarbeit mit der in Schweden am aktivsten tätigen »Nordiska Motståndsrörelsen« (»Nordische Widerstandsbewegung«).

Wie weit die Gesellschaft auch in Dänemark nach rechts gerückt ist, offenbarten die Parlamentswahlen von 2015. Aus diesen ging die DVP mit 21,1 Prozent als zweitstärkste Kraft hervor. Sie stützt die Minderheitenregierung (»Venstre«, »Konservative Volkspartei« und »Liberal Alliance«) und übt mit ihren rassistischen Ansichten einen starken Einfluss auf die Politik und Gesetzgebung aus – insbesondere auf die AusländerInnen-, Flüchtlings- und Integrationspolitik. Die konservativ-liberale Integrationsministerin Inger Støjberg (»Venstre«) macht mit der DVP einen glänzenden Paarlauf. Ihre Agenda ist es, die internationalen Konventionen und die Menschenrechtserklärungen in Frage zu stellen. Am liebsten würden sie Dänemark von diesen internationalen Verpflichtungen entbinden. Beispielhaft für eine knallharte AusländerInnenpolitik ist die Etablierung eines »Ausreisecenters« für ausgewiesene AusländerInnen und Asylsuchende auf einer kleinen unbewohnten Insel in der Ostsee. Dorthin werden sie verbracht, wenn sie eine Straftat begangen haben, jedoch nicht in ihre Heimatländer abgeschoben werden können, weil die Länder sie entweder nicht aufnehmen wollen oder die Menschen bei der Rückkehr in Lebensgefahr sein könnten. Der Ministerin zufolge sollen den ausgewiesenen Menschen auf der öden Insel so schlechte Bedingungen geboten werden, dass sie Dänemark freiwillig verlassen oder überhaupt erst gar nicht ins Land einreisen.

Geflüchtete, die eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen, müssen drei Jahre warten, bis ihre Familien nachziehen können. Zur Zeit nimmt Dänemark keine Quotenflüchtlinge auf – bis jetzt kamen jährlich 500. Die knappen Leistungen, die die Geflüchteten bisher zum Leben erhalten haben, werden 2019 noch mehr gekürzt. Der Name des Geldes wird von »Integrationsleistung« in »Heimkehrleistung« umbenannt. Ein klares und zynisches Signal: Hier bist du nicht willkommen.

Auch der jüngst veröffentlichte so genannte »Ghettoplan« – initiiert von der Regierung und unterstützt durch DVP und Sozialdemokraten – reiht sich in eine Strategie der Ausgrenzung ein. In diesem Plan werden viele Wohnviertel als Ghettos eingestuft, wenn nach Ansicht seiner InitiatorInnen zu viele MigrantInnen, zu viele Arbeitslose und zu viele Kriminelle dort wohnen. Wohnhäuser sollen abgerissen, MieterInnen zwangsumgesiedelt und nicht-dänische Kinder in Kindergärten außerhalb des als Ghettos stigmatisierten Viertels betreut werden. Darüber hinaus werden strafrechtlich relevante Vergehen von BewohnerInnen eines solchen Stadtteils mit dem doppelten Strafmaß sanktioniert. Die Gleichheit vor dem Gesetz gilt demnach nicht. Alle bürgerlichen Parteien stimmen dieser harten Linie zu – auch die Sozialdemokraten.

Spätestens im Juni 2019 sollen Parlamentswahlen stattfinden – im selben Zeitraum wie die Wahl zum Europaparlament. Das immer wiederkehrende Thema bei den Wahlen ist die Flüchtlings- und Migrationsfrage. Und hier sind sich die zentrum-rechten Parteien einig.

Der stärkste und besorgniserregendste Angriff auf die Menschenrechte und -würde gegenüber Geflüchteten und MigrantInnen kommt in Dänemark nicht mehr von den Neonazi-Splittergruppen auf der Straße, sondern von ganz oben: dem Zusammenwirken von Regierung, DVP und anderen nationalistisch-konservativen Parteien und Gruppen. Ihre nationalen Themen über Flucht und Migration werden mit Sicherheit auch im Wahlkampf um Mandate im Europaparlament einen zentralen Platz einnehmen.

Die kleine Insel

von Lucius Teidelbaum

Der Inselstaat Malta ist einer der südlichsten Vorposten der Europäischen Union im Mittelmeer. Die kleine Inselgruppe südlich von Italien wird von den meisten Menschen vor allem als Urlaubsziel wahrgenommen. Das änderte sich ab Mitte Oktober 2017 – nach dem Mord an der Journalistin Daphne Caruana Galizia, die zu Korruption, Geldwäsche und organisiertem Verbrechen recherchiert hatte.
Das dicht bevölkerte Malta hat 433.300 EinwohnerInnen und ist mehrheitlich katholisch. Die katholisch-konservative Prägung hat Folgen: Malta ist das einzige Land in der Europäischen Union, das Schwangerschaftsabbrüche in allen Fällen verbietet. Ohne Ausnahme, selbst dann, wenn das Leben der Frau auf dem Spiel steht.
Die Amtssprache Maltesisch ist mit dem Arabischen nah verwandt, Schriftsprache ist aber Latein. Englisch ist weit verbreitet, was auch an der kolonialen Vergangenheit liegt. Die beiden Hauptinseln Malta und Gozo waren lange Zeit ein strategisch wichtiger Stützpunkt des britischen Empire im Mittelmeer. Malta wurde erst 1964 unabhängig und gehört bis heute zum Commonwealth. Bis 1979 waren britische Soldaten auf der Insel stationiert. Erst seit 2004 ist Malta EU-Mitgliedsstaat.

Eine Insel, zwei Parteien
Traditionell wetteifern auf Malta die sozialdemokratische »Partit Laburista« (»Malta Labour Party«) und die konservative »Partit Nazzjonalista« (»Nationalist Party«) um die Regierungsmacht. Die Parteibindung der BewohnerInnen ist im Allgemeinen noch sehr stark, wodurch es neue Parteien schwer haben, sich zu etablieren. Wie bei Inselstaaten häufig, gibt es in der politischen Auseinandersetzung Sonderdiskurse. Auf Malta etwa über die traditionelle Jagd auf Zugvögel, die im Herbst aus Europa die Route über die Insel nehmen. Daneben spielt auch der Umgang mit Bootsflüchtlingen eine Rolle, die ähnlich wie auf dem benachbarten italienischen Lampedusa auch auf Malta landen, um hier Zuflucht zu finden. Vor dem Bürgerkrieg kooperierte Malta mit dem Regime Gaddafis in Libyen zum Zweck der Flüchtlingsabwehr.
Im Juni 2011 eröffnete die EU in Malta das »Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen«, das die autoritäre EU-Asylpolitik umsetzt, die Mitgliedstaaten berät und unterstützt. Die zeitweise mehreren tausend Geflüchteten werden in vom maltesischen Militär verwalteten Internierungslagern festgehalten, deren Lebensbedingungen von Menschenrechtsorganisationen und dem Europäischen Parlament kritisiert werden.
Malta schloss sich der harten Linie der Flüchtlingsabwehr der EU an und sperrte im Juni 2018 seinen Hafen für Schiffe von NGOs, die Flüchtlinge aus dem Meer retten.

Auf Parteiebene versucht die im Jahr 2000 gegründete Kleinstpartei »Imperium Europa« den beiden etablierten Parteien bei den EU-Wahlen Konkurrenz zu machen (s. drr Nr. 147). Angeführt wird sie vom Holocaustleugner Norman Lowell. Er schrieb 2006 auf seiner Website: »Einwanderer, haut ab, sonst bringen wir euch um.« Inhaltlich orientiert sich »Imperium Europa« an den griechischen Neonazis von der »Goldenen Morgenröte«. Ziel ist ein weißes Europa mit Latein als Verkehrssprache.
Die Partei ist verbunden mit der Organisation »Viva Malta«, die sich um das englischsprachige »Malta´s only free-speech forum« herum gruppiert. Beide orientieren sich am historischen Faschismus. Auch das Parteilogo, ein Kreis mit Blitz, ist ein klarer Hinweis auf diesen ideologischen Vorfahren. Lowells persönliches Vorbild ist der auf Malta geborene Carmelo Borg Pisani (1914-1942), der sich während seines Studiums in Rom dem italienischen Faschismus anschloss und 1942 als Spion von den Briten auf Malta enttarnt, verhaftet und exekutiert wurde.
Dem Neofaschisten Lowell war mit seinem »Imperium« zwar noch kein Mandat vergönnt, aber er konnte seine Stimmerfolge ausbauen. Bereits dreimal trat er zu den EU-Wahlen an: 2004 mit 1.603 Stimmen (0,64 Prozent), 2009 mit 3.559 Stimmen (1,47 Prozent) und 2014 mit 6.761 Stimmen (2,68 Prozent). Ob er 2019 wieder antritt, ist ungewiss.
Zu nationalen Wahlen in Malta tritt die im April 2016 gegründete extrem rechte Partei »Moviment Patrijotti Malti« (»Maltesische Patriotische Bewegung«) an. Bei den nationalen Wahlen 2017 erreicht der Parteivorsitzende Henry Battistino 1.117 Stimmen (0,36 Prozent). In der Dokumentation »Defend Malta« von »Ein Prozent« kommt auch Battistino zu Wort.

Kleine Insel – große Anziehungskraft
Malta fungierte teilweise als Stützpunkt der europäischen Rechten. Die 2011 gegründete rechte »European Alliance for Freedom« (EAF) hatte ebenso wie ihre Stiftung »European Foundation for Freedom« (EFF) ihren offiziellen Sitz auf Malta. Von 2013 bis 2016 fanden auch mindestens drei EAF-Konferenzen auf Malta statt. Die 2010 gegründete und 2017 aufgelöste EAF war ein Sammelbecken vor allem extrem rechter Parteien. Aber auch die euroskeptische »Maltese Labour Party« war Mitglied; Bindeglied war vor allem ihre EU-Ablehnung. Von der Mittelmeerinsel aus betrieb auch zeitweise Paul Ray, genannt »Richard Lionheart«, das Blog »Lionheart«. Ray hatte das Blog 2007 gegründet, 2009 gehörte Ray zu den Mitgründern der »English Defence League«. Er soll Anders Breivik inspiriert haben.

Die grüne Insel

Ein Blick auf die Republik Irland und auf Nordirland

von Uschi Grandel

Über die politische Lage auf der grünen Insel ist bei uns im Allgemeinen wenig bekannt. Dabei ist die Verfasstheit der irischen Gesellschaft gerade im Hinblick auf Rassismus und Fremdenfeindlichkeit besonders interessant, weil IrInnen über Jahrhunderte selbst oft ihr Land aus Not oder als politische Flüchtlinge verlassen mussten. Nach der Finanzkrise von 2008 kehrten mehr als 200.000 Menschen Irland aus Not den Rücken. Zum anderen hat die Debatte um den Brexit die Aufmerksamkeit wieder auf die Tatsache gelenkt, dass auf der irischen Insel zwei Staaten existieren, die Republik Irland mit knapp fünf Millionen EinwohnerInnen und Nordirland mit 1,7 Millionen. In Nordirland tobte über Jahrzehnte ein bewaffneter Konflikt, der durch das Friedensabkommen von 1998 militärisch beendet wurde, dessen politische Ursachen aber noch nicht überwunden sind.

Schatten der Vergangenheit

Die Republik Irland wurde 1937 geschaffen und 1949 offiziell ausgerufen. Sie bildete sich aus dem Freistaat, den IrInnen im Unabhängigkeitskrieg von 1919 bis 1921 gegen Großbritannien erkämpft hatten. Allerdings hatte die britische Regierung unter Androhung von erneuter militärischer Gewalt die irische Regierung gezwungen, einer Abspaltung des nordöstlichen Teils der irischen Insel zuzustimmen. Seither ist »Nordirland« Teil des »Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland«.

Im »Süden«, wie Irland ohne den nordöstlichen Zipfel der Insel oft genannt wird, bilden bis zum heutigen Tag jeweils eine der beiden Parteien »Fianna Fáil«(»Soldaten des Schicksals«) und »Fine Gael« (»Stamm der Iren«) mit wechselnden kleineren Koalitionspartnern die Regierung der Republik Irland. Aktuell ist »Fine Gael« stärkste Partei mit Leo Varadkar als Regierungschef. Ihr erster Präsident Eoin O'Duffy schuf als glühender Mussolini-Verehrer die Organisation der »Blueshirts« (»Blauhemden«), die als eine von drei Gründungsorganisationen 1933 in »Fine Gael« aufging. »Blueshirts« beteiligten sich auf der Seite des Putschisten und späteren Diktators Francisco Franco am spanischen Bürgerkrieg. Heutzutage ist »Fine Gael« eine konservative und neoliberale Partei.

Am rechten Rand finden sich nur kleinere Gruppen, die nicht in nationalen oder lokalen Parlamenten vertreten sind und auch auf europäischer Ebene kaum eine Rolle spielen. Einzelpersonen des rechten Randes sind aber aktiv und tauchen immer wieder in unterschiedlichen Organisationen auf. So trat Justin Barrett seit Ende der 1990er Jahre bei der Anti-Abtreibungs-Organisation »Youth Defence« in Erscheinung. 2016 gründete er die »National Party Ireland«. Barrett hat Beziehungen zur italienischen »Forza Nuova« sowie zur deutschen NPD und ist in der Vergangenheit mehrfach als Redner auf Veranstaltungen beider Parteien aufgetreten.

»Identitäre« und »Pegida Ireland«

Am 22. Juli 2015 wurde »Identity Ireland« von Gary Allen, Peter O'Loughlin und Alan Tighe gegründet. Sie bestritten, das Gründungsdatum der islam- und migrationsfeindlichen Partei bewusst auf den vierten Jahrestag des Attentats des norwegischen Faschisten Anders Behring Breivik gelegt zu haben. Peter O'Loughlin nahm an den Europawahlen 2014 teil, den Nachwahlen in Carlow-Kilkenny in 2015 und an den Wahlen zum irischen Parlament Dáil 2016. Er erreichte zwischen 183 (0,36 %) und 930 (1,4 %) der Erststimmen. »Identity Ireland« hat personelle Überschneidungen mit der »Immigration Control Platform«, die seit 1998 existiert. Einzelne ihrer AktivistInnen kandidierten zwischen 2002 und 2011 auf verschiedenen Ebenen, jedoch ohne Erfolg. Am 6. Februar 2016 misslang Peter O'Loughlin von »Identity Ireland« der Versuch, in Dublin »Pegida Ireland« zu gründen. Eine starke Gegendemonstration verhinderte das Treffen. Die Europaabgeordnete der irischen Linkspartei »Sinn Féin«, Lynn Boylan, rief dabei zu extremer Wachsamkeit angesichts rechter Umtriebe auf: »Wir müssen sehr aufpassen, dass sich rassistische Politik nicht im Mainstream breit macht. Das gilt auch im Zusammenhang mit der Diskriminierung der Traveller. (…) Jede/r hat die Verantwortung, (…) Stellung zu beziehen, (…).« »Sinn Féin« ist eine gesamtirische Partei und gehört zur irisch-republikanischen Bewegung, deren Ziel ein vereintes Irland und eine gleichberechtigte Gesellschaft ist. Mit den Europawahlen 2014 entwickelte sie sich in der Republik Irland zur stärksten Oppositionspartei.

Am Rande der Demonstration wurden die wenigen PEGIDA-SymphatisantInnen, die sich eingefunden hatten, von AntifaschistInnen verfolgt. Sie flüchteten sich in Geschäfte und wurden später von der irischen Polizei in Handschellen abgeführt.

Generell hat sich die Gesellschaft in der Republik Irland in den vergangenen Jahren in eine progressive Richtung entwickelt. Sichtbares Zeichen sind die Referenden zur Gleichstellung der LGBT-Community und zur gleichgeschlechtlichen Ehe sowie das Referendum zur Abschaffung des Abtreibungsverbots. Die Themen wurden intensiv in der Öffentlichkeit diskutiert und mit großer Mehrheit von der irischen Bevölkerung angenommen. Bei den Europawahlen von 2014 holten linke KandidatInnen verschiedener Parteien insgesamt fünf Sitze, das ehemals beherrschende bürgerliche Lager sechs Sitze, der rechte Rand ging leer aus.



Jolene Bunting

Entrechtung als Staatsdoktrin

In Nordirland stellt sich die Situation komplett anders dar. Die Gründung eines eigenen Staates »Nordirland« war schon 1920 vom britischen Parlament gegen den erklärten Willen der großen Mehrheit der irischen Bevölkerung beschlossen worden. Der Grenzverlauf wurde so gewählt, dass der irisch-katholische Anteil der Bevölkerung möglichst klein und gegenüber der protestantischen Bevölkerung in der Minderheit bleiben sollte. Denn für die nordirische Machtelite war die irische Bevölkerung von Anfang an der Feind im Innern. Sie konstruierte Nordirland als »protestantischen Staat für ein protestantisches Volk« und entrechtete und unterdrückte systematisch die irisch-katholische Hälfte der Bevölkerung. Ein ideologisches Mittel war der »Sectarianism«, eine Form des Rassismus, in der Iren, ihre Sprache, Traditionen und die katholische Religion als minderwertig und staatsbedrohend klassifiziert wurden. Als eine starke Bürgerrechtsbewegung, die sich in den irischen Vierteln gebildet hatte, aber auch progressive StudentInnen einschloss, Ende der 1960er Jahre für gleiche Rechte auf die Straße ging, wurde sie von pro-britischen paramilitärischen Organisationen und von der Polizei angegriffen. Als sich in den irischen Vierteln die »Irish Republican Army« (IRA) neu bildete, setzte London die britische Armee in Nordirland ein und ersetzte 1972 die 50-jährige Alleinherrschaft der »Ulster Unionist Party« durch ein Nordirlandministerium im britischen Kabinett.

In den nächsten Jahrzehnten galt die Politik Großbritanniens nicht der Schaffung einer gleichberechtigten Gesellschaft in Nordirland, sondern der Unterdrückung des Aufstands in den irischen Vierteln. Dazu setzte London neben der Polizei, der britischen Armee, sowie diversen britischen Geheimdiensten auch auf pro-britische Paramilitärs, die sich selbst »Loyalisten« nennen. Ihr Kampfschrei war »No surrender – Keine Kapitulation«. Noch heute behaupten pro-britische Hardliner, die Iren wollten die britische Identität vernichten. Die heute tonangebende Partei in den pro-britischen Vierteln ist die »Democratic Ulster Party« (DUP), eine Mischung aus rechtem Rand und erzkonservativer Haltung, die aktuell die Minderheitsregierung von Theresa May stützt. Die DUP wurde 1971 von Ian Paisley gegründet, der in den 1950ern bereits die »Free Presbyterian Church« als fundamentalistische und antikatholische Abspaltung der Presbyterian Church gegründet hatte. Die DUP befeuerte während des Konflikts den Hass auf alles Irische, sei es Tradition, Lebensweise oder Sprache und auf Katholiken.

Das Friedensabkommen von 1998 beendete den bewaffneten Konflikt. Sein zentraler Teil ist ein Programm zur Demokratisierung Nordirlands und zur Schaffung einer gleichberechtigten Gesellschaft. Eine Allparteienregierung mit Minderheitenschutz sollte verhindern, dass die pro-britische Mehrheit die irische Minderheit (und auch andere Minderheiten in Nordirland) erneut entrechtet. Erst 2007 war die DUP bereit, in die Regierung einzutreten. Sie weigert sich bis heute, Themen des Friedensabkommens, wie zum Beispiel die Formulierung einer allgemeinen Menschen- und Bürgerrechtscharta, umzusetzen.

Anfang 2017 brachte die Linkspartei »Sinn Féin« (SF), die mit 27,9 Prozent der Erststimmen bei den letzten Regionalwahlen inzwischen in Nordirland fast die Stärke der DUP (28,1 %) erreicht hat, die Regierung zu Fall. Grund war die Weigerung der DUP, sich an vereinbarte Gesetzesvorhaben zu halten und ein Korruptionsfall, in den die nordirische Regierungschefin Arlene Foster (DUP) verwickelt war.

Aus Protest gegen den Eintritt der DUP in die Regionalregierung hatten sich Hardliner vom rechten Rand der DUP abgespalten und die Partei »Traditional Unionist Voice« (TUV) gegründet. Bei der Europawahl 2014 erhielt ihr Vorsitzender Jim Allister 12 Prozent der Stimmen, schaffte es jedoch nicht auf einen der drei Abgeordnetensitze, die Nordirland im Europaparlament zustehen. Martina Anderson (SF) erzielte mit 25 Prozent der Stimmen das beste Ergebnis. Gewählt wurden ebenfalls Diane Dodds (DUP, 20,9 %) und Jim Nicholson (UUP, 13,3 %). Mit Jolene Bunting saß seit 2014 erstmalig eine Stadträtin der TUV im Belfaster Rathaus. Sie verließ aber die Partei und knüpfte engere Verbindungen zum englischen rechten Rand. 2017 half sie der rechtsradikalen englischen Organisation »Generation Identity«, in Belfast Fuß zu fassen. Seither gab es verschiedene Aktivitäten der Gruppe. Unter anderem nahmen sie im Juni 2018 an einer »Free Tommy Robinson«-Demonstration teil. Tommy Robinson ist Gründer der »English Defence League«, einer Hooligangruppe am rechten Rand mit Verbindungen zu loyalistischen nordirischen Paramilitärs.

Chaos regiert die britische Rechte

von David Williams

Am 23. Juni 2016 stimmte das Vereinigte Königreich (UK) mit einem knappen Vorsprung von 51,9 Prozent für den Austritt aus der Europäischen Union (EU). Zwei Jahre später ist das Land von politischem Stillstand gezeichnet.

Da sich die politische Lage fast täglich ändert, ist es schwer abzusehen, wer von der Abstimmung, die EU zu verlassen, politisch profitieren könnte. Es scheint, als würde die Abstimmung die Spaltungen innerhalb der »Tories« verstärken anstatt diese zu überwinden. Es gab jedoch klare Verlierer. Ironischerweise begann die «UK Independence Party« (UKIP), die sich seit ihrer Gründung im Jahr 1993 lautstark für den Austritt aus der EU einsetzte, nach der gewonnenen Abstimmung zu zerfallen.

Das Aushängeschild und Gesicht der Partei, Nigel Farage, trat als Vorsitzender zurück, um eine lukrative Karriere als Experte bei «Fox News« zu beginnen. »Mr. Brexit« wurde auch zu einem beliebten und regelmäßigen Gast bei Veranstaltungen der «Republikanischen Partei«, gemeinsam mit dem damals neu gewählten US-Präsidenten Donald Trump. Mitglieder und WählerInnen begannen, die Partei in großer Zahl zu verlassen. In ihrer Lesart hatte die Partei ihr Hauptziel erreicht. Die UKIP holte zudem ein Skandal über offen rassistische Äußerungen der Freundin des neuen, verheirateten UKIP-Vorsitzenden Henry Bolton ein. Der lehnte allerdings einen Rücktritt trotz des Schadens, den er seiner Partei zugefügt hatte, ab.

Neuausrichtung

Der Streit lenkte die Partei von der Aufgabe ab, sich als Anlaufstelle für Anti-EU-AktivistInnen aufzubauen. Weiterhin sinkende Mitgliederzahlen und eine schwere Finanzkrise zwangen Bolton jedoch letztendlich zum Rücktritt. Gerard Batten, ein langjähriger UKIP-Abgeordneter im Europäischen Parlament, übernahm zunächst für ein Jahr die Leitung der Partei. Seine erste Aufgabe bestand darin, UKIP vor dem Bankrott zu retten, was ihm auch gelang. Mittlerweile scheint er fest auf seiner Position zu sitzen. Batten ist ein eingefleischter «Anti-Muslim«-Aktivist. In den letzten Jahren spielte er eine zentrale Rolle bei einer Reihe von »Counter-Jihad«-Initiativen. Dies wurde auch bald zum neuen Kernthema der UKIP-Politik. Batten versucht, die angeschlagene Partei wiederzubeleben, indem er UKIP neu ausrichtet, um gegen den »Islam« zu kämpfen, nachdem der ursprüngliche Gegner EU abhandengekommen ist. Symptomatisch für den neuen Kurs waren Battens häufige Besuche bei öffentlichen Versammlungen gegen Muslime und eine zunehmende Allianz mit »Tommy Robinson« (richtiger Name Stephen Yaxley-Lennon), dem ehemaligen Anführer der rassistischen »English Defence League« (EDL). Entgegen den Einwänden seiner eigenen Mitglieder ernannte Batten Robinson zum offiziellen »Berater« zum Thema »muslimische Vergewaltigungsbanden« und die Gefängnisreform.

Wütend darüber, dass eine enge Verbindung mit Robinson seine eigene Form der Anti-Immigrationspolitik beeinträchtigen könnte, trat Farage nach 25-jähriger Parteimitgliedschaft aus der UKIP aus und bezeichnete Batten als »besessen« vom Islam. Zahlreiche Abgeordnete von UKIP und führende ParteifunktionärInnen folgten seinem Beispiel und schwächten somit die Partei noch weiter.

»Brexit Betrayal«

Der Schwerpunkt vieler UKIP-Aktivitäten – und ganz allgemein der extremen Rechten – lag auf einer Reihe von Aufmärschen zum «Brexit Betrayal« (»Brexit-Verrat«). Diese richten sich gegen jegliches Abkommen mit der EU, bei dem Großbritannien, in welcher Form auch immer, an europäische Institutionen gebunden ist sowie gegen die Bewegungsfreiheit zwischen Europa und Britannien. Die größte dieser Demonstrationen, die Anfang Dezember im Zentrum von London stattfand, hatte je nach Berichten zwischen 3.000 und 5.000 TeilnehmerInnen aus vielen rechten und extremen rechten Gruppen, einschließlich der »Generation Identity«.



Gerard Batten

Die im Vorfeld von den OrganisatorInnen genannten hohen Zahlen wurden allerdings nicht erreicht. Mehrere von den Medien befragte TeilnehmerInnen waren zudem nicht zufrieden damit, dass die Veranstaltung zur »The Tommy Robinson Show« wurde, was sie – wahrscheinlich zu Recht – als Ablenkung von ihrer Sache empfanden. Das Scheitern des »Brexit Betrayal«-Marsches – die geschwächte neofaschistische Szene war bei all diesen Entwicklungen übrigens nahezu unsichtbar – unterstreicht die zunehmende Marginalisierung von UKIP. Ohne ihren charismatischen Ex-Führer Farage an der Spitze scheint es trotz einiger kürzlich durchgeführter Meinungsumfragen, die auf aktivierbares WählerInnen-Potential hindeuten, kaum eine Chance für ein politisches Comeback zu geben.

Angesichts der Wahrscheinlichkeit, dass es zu einem »No Deal Brexit« kommt, bereiten sich rechte und euroskeptische PolitikerInnen innerhalb der »Konservativen Partei« und der UKIP darauf vor, die politische Situation, für die sie mehr als alle anderen die Verantwortung tragen, auszunutzen. Obwohl es noch zu früh ist, um vorauszusagen, ob sie bei den kommenden Wahlen profitieren werden, scheint es sicher, dass ihre hetzerische Rhetorik, die ihre GegnerInnen als »Verräter« bezeichnet, die den »Volkswillen verraten«, ein Erbe ist, das die britische politische Debatte für die nächsten Jahre vergiften wird.



»Grazie, io non mollo« Matteo Salvini

Neuer Führerkult

Italiens starker Mann Matteo Salvini eint das rechte Lager

von Jens Renner

Anfang Dezember 2018 erlangte das von Innenminister Matteo Salvini (»Lega«) eingebrachte »Sicherheitsdekret« (»decreto sicurezza«) Gesetzeskraft. KritikerInnen sehen darin ein Musterbeispiel für staatlichen Rassismus, auch die katholische Bischofskonferenz spart nicht mit Kritik. Denn nach den neuen Bestimmungen entfällt der humanitäre Schutz für Geflüchtete, zehntausende MigrantInnen werden in die Illegalität gedrängt und Ausreisepflichtige können bis zu sechs Monate in Abschiebezentren interniert werden. Durch die Räumung besetzter Häuser und Camps von Roma droht Tausenden die Obdachlosigkeit – und das alles im Namen der »Sicherheit«. Als Amnesty International dagegen öffentlich protestierte, konterte Salvini, seine Politik richte sich »nur gegen Kriminelle, nicht gegen Asylsuchende«. Die Mehrheit der ItalienerInnen scheint zufrieden mit der Regierung, in der Premierminister Giuseppe Conte nur die Rolle des Moderators spielt. Italiens starker Mann ist Salvini, der zweite Vizepremier neben Luigi Di Maio von der »Fünf-Sterne-Bewegung« (»Movimento Cinque Stelle«, M5S). Bei den Parlamentswahlen im März 2018 lag die »Lega« mit 17,4 Prozent der Stimmen noch deutlich hinter der M5S, die mit 32,7 Prozent stärkste Partei wurde. Nach aktuellen Umfragen liegen beide Koalitionäre etwa gleichauf bei 30 Prozent. Leichte Unzufriedenheit unter ihren WählerInnen resultiert allenfalls aus der Erkenntnis, dass diverse soziale Versprechen – Steuersenkungen und vor allem ein »Bürgereinkommen« für die Ärmeren – auch aufgrund des Vetos der EU-Kommission kaum finanzierbar sein werden. In der Frage der Migrationsabwehr und der Diskriminierung von Minderheiten aber haben die Regierung und namentlich Salvini eine deutliche Mehrheit hinter sich.

»Casa Pound«: alte Werte, moderne Performance

Militante FaschistInnen können sich in diesem Klima fast ungehindert austoben. Das gilt besonders für die am besten organisierte Truppe, die Bewegung »Casa Pound Italia« (CPI). Benannt ist sie nach dem US-amerikanischen Schriftsteller und Mussolini-Bewunderer Ezra Pound (1885-1972). Nach eigenen Angaben hat sie 4.000 Mitglieder. Auf ihrem nationalen Fest Anfang September in Grosseto (in der ehemals ›roten‹ Toskana) erklärte CPI-Sekretär Simone Di Stefano: »Italiener zu sein, ist das wichtigste Element, das uns definiert, der Ausgangspunkt für die Neugründung der Nation.« Das Ziel einer Wiedergeburt der geknechteten Nation gehört zu den klassischen Motiven faschistischer Ideologie. Auch die »Faschisten des dritten Millenniums«, so die Selbstbezeichnung der CPI, halten daran fest.

Zu ihren wichtigsten ideologischen Bezugspunkten gehört das im November 1943 beschlossene »Manifest von Verona«. Das 18 Punkte umfassende Pamphlet sollte die Bevölkerung der »Repubblica Sociale« von Salò für die Fortsetzung des Krieges an der Seite Nazi-Deutschlands begeistern. Ein Mittel dazu war soziale Demagogie – das Versprechen von Mitbestimmung und Gewinnbeteiligung in den Betrieben, zum Wohle der Nation und jedes einzelnen »Arbeitersoldaten«.

Das Bekenntnis zu den »revolutionären Werten« des historischen Faschismus kombiniert CPI mit moderner Performance: RechtsRock, HipHop und Streetart; auch linke Ikonen wie Che Guevara oder Subcomandante Marcos werden für die »nationale Sache« vereinnahmt. Bei ihren Fernsehauftritten bemühen sich CPI-Kader als »bravi ragazzi« (»gute Jungs«) zu erscheinen – oft mit Erfolg, weil die ModeratorInnen auf kritische Nachfragen verzichten. Generell scheut die Gruppe keineswegs das Licht der Öffentlichkeit. Ihr Hauptquartier in Rom, die »Casa Pound«, liegt unweit des Bahnhofs Termini in dem migrantisch geprägten Esquilino-Viertel. Mitglieder diverser extrem rechter Gruppierungen haben es 2003 besetzt. Seitdem wird es vom Staat geduldet. Auch in anderen Großstädten verfügt CPI über zentral gelegene Quartiere, die zugleich als Sammelpunkt und Rückzugsort der Schläger dienen.

Signale an rechtsaußen

Salvini umwirbt den rechten Rand ganz offen. Nicht zufällig postete er am 29. Juli, Mussolinis Geburtstag, auf Facebook den in der faschistischen Rhetorik beliebten Satz »Molti nemici, tanto onore« (»Viel Feind, viel Ehr«); drei Tage vorher hatte er sich auf dem gleichen Wege bei seinen UnterstützerInnen bedankt: »Grazie, io non mollo« (»Danke, ich weiche nicht«), ein weiterer Standardsatz aus dem Repertoire des Duce. Salvinis demonstrative Nähe zu Mussolinis Erben hat auch taktische Gründe. Sollte die »Lega« bei den Europawahlen – mit Hilfe der Stimmen von rechtsaußen – stärkste Kraft werden, könnte sie in Italien eine Regierungskrise und Neuwahlen provozieren. Dann würde womöglich eine noch radikalere Koalition die Regierungsgeschäfte übernehmen: mit Silvio Berlusconis Partei »Forza Italia«, Giorgia Melonis »Fratelli d'Italia« und Salvini als Premierminister. Bei einer Massenkundgebung am 8. Dezember 2018 auf der Piazza del Popolo in Rom ließ er sich von Zehntausenden als Retter der Nation feiern – der Führerkult funktioniert auch ohne die faschistische Symbolik, wie den römischen Gruß und schwarze Hemden. Brandgefährlich ist er in jedem Fall.

Estland, Lettland, Litauen

von Ute Weinmann

Die drei baltischen Staaten befinden sich in einem Dilemma. Eigentlich sind es sogar mehrere. Sie sind lange genug Mitglied in der Europäischen Union (EU), um deren Vorteile ausgiebig in Anspruch zu nehmen, aber auch, um Skepsis an den Tag zu legen. Nur ein Drittel der Bevölkerung, oder wie in Estland sogar noch weniger, ist der Ansicht, die EU entwickle sich in die richtige Richtung. Andererseits sieht über die Hälfte der EinwohnerInnen keine Alternative zur EU und ist sich sicher, dass ein Austritt keine sinnvolle Option für Problemlösungen auf nationaler Ebene darstellt. Zudem spielen im Baltikum ideelle und politische Faktoren eine tragende Rolle, die in dieser Form in anderen Teilen Europas nicht existieren. Zum einen ist es die geographische Nähe zu Russland einschließlich daraus resultierender historischer Altlasten, die in eine Art wehrhaften Antikommunismus münden, und zum anderen ein den inneren Diskurs prägender hoher russischer Bevölkerungsanteil. In Estland stellt die russische Minderheit ein Viertel der Bevölkerung, in Lettland sogar 27 Prozent. In Litauen sind es lediglich sechs Prozent. Zum anderen kommt EuroskeptikerInnen die enge Verbundenheit des Baltikums mit den USA zugute inklusive der weitverbreiteten Überzeugung, allein die NATO biete der Region eine effektive Verteidigungsstruktur.

Estland

Für Estland mit seinen gerade mal 1,3 Millionen EinwohnerInnen bringt der Brexit einen unverhofften Präsenzgewinn im weit entfernten Europaparlament. Statt sechs dürfen im Mai 2019 gleich sieben Abgeordnete gewählt werden. Auch die Bevölkerungszahl ist im letzten Jahr um immerhin 3.000 Menschen angestiegen. Möglich wurde dies keinesfalls durch geringe Sterbe- oder hohe Geburtenraten, sondern allein durch die Zuwanderung von 5.000 Menschen. Dies mag nach wenig klingen, auch prozentual gesehen liegt Estland damit weit hinter Deutschland zurück. Im Rahmen von EU-Vereinbarungen nahm Estland 206 Geflüchtete auf. Jetzt sollen aus der Türkei weitere 80 folgen, damit sieht die Regierung allerdings ihre Verpflichtungen gegenüber Brüssel erschöpft.

Viele Geflüchtete haben das Land wieder verlassen, der Rest dürfte kaum auffallen. Dennoch bleibt das Flüchtlingsthema im Fokus estnischer NationalistInnen unterschiedlicher Couleur und Herkunft. 2016 machte eine in Finnland gegründete Bürgerwehr von sich reden, die auch in Estland AnhängerInnen fand. Sogenannte »Odin-Krieger« inszenierten sich als Schutztruppe gegen vermeintliche Übergriffe durch kriminelle AsylbewerberInnen. Zumindest einige der »Krieger« sollen jedoch selbst einen kriminellen Hintergrund haben. Im Sommer 2018 begannen sie nach längerer Abwesenheit erneut, in Straßen in Tallinn und anderen estnischen Städten zu patrouillieren, nun allerdings als selbsternannte Ordnungsmacht, die vorrangig das Verhalten Jugendlicher in der Öffentlichkeit kontrolliert. Zwar distanzierte sich die Regierung von der Initiative, doch sprechen sich in Estland eine ganze Reihe von Parteien und Vereinigungen offen gegen Migration aus und sorgen für ein zunehmend migrationsfeindliches Klima. Zudem lehnte die Regierung zunächst die Unterzeichnung des UN-Migrationspaktes ab und lenkte erst nach einem anderslautenden Parlamentsvotum ein.

Im März 2019 stehen in Estland Parlamentswahlen an, welche die Gemüter weitaus mehr bewegen als die zwei Monate später folgenden Europawahlen. Je näher der Termin rückt, desto heftiger fallen die gegenseitigen Vorwürfe im rechtskonservativen Lager aus, wobei im Mittelpunkt tatsächliche oder vermeintliche Vorteilsnahme für russische Interessen steht. Die der Regierungskoalition angehörige »Isamaa« (»Vaterlands-Partei«) beschuldigte die rechtspopulistische »Eesti Konservatiivne Rahvaerakond« (»Estnische Konservative Volkspartei«, EKRE) im Sinne des Kremls zu agieren. Deren Vorsitzender Mart Helme konterte, die politische Konkurrenz sehe wohl die eigenen Pfründe davonschwimmen, angesichts hervorragender Umfragewerte der EKRE um die 18 Prozent. Im Parlament stellt die EU-kritische Partei derzeit noch die kleinste Fraktion, bei den EU-Wahlen 2014 erlangte sie gerade mal vier Prozent. Dies könnte sich jetzt ändern. Im Übrigen tritt die EKRE und ihre Jugendorganisation »Blaue Auferweckung« auch häufig als Demonstrationsveranstalterin in Erscheinung.

Lettland

Mitte März 2018 ging in Lettlands Hauptstadt Riga zum wiederholten Mal der »Marsch der Legionäre« über die Bühne. Mehrere Hundert TeilnehmerInnen fanden sich ein, darunter einige Hochbetagte, die in den Verbänden der lettischen Waffen-SS auf Seiten der Wehrmacht gekämpft hatten. Dieser Marsch ist längst zum – von den Behörden genehmigten – Ritual geworden, an dem sich kaum jemand stört. Am 18. November fand wie jedes Jahr seit 2003 der ebenfalls bereits traditionelle Fackelzug statt. Anlässlich der 100-jährigen Unabhängigkeit Lettlands 2018 beteiligten sich daran 25.000 Menschen, deutlich mehr als sonst. Als Veranstalterin fungierte in beiden Fällen die rechte Partei »Nacionālā apvienība« (»Nationale Allianz«), die nach den Parlamentswahlen 2014 in die Regierungskoalition eintrat.

Präsenz zeigt dabei auch regelmäßig die nationalistische Gruppierung »Tēvijas sargi« (»Vaterlandswächter«). Im Frühjahr rief sie dazu auf, die Folgen der Besatzung zu beseitigen und im Land endlich aufzuräumen. Die Polizei sah darin keinen Verstoß gegen geltendes Recht, was der Ko-Vorsitzende des lettischen antifaschistischen Komitees, Josif Koren, heftig kritisierte. Seiner Ansicht nach sei in Lettland jede Form des Nationalismus willkommen. Vor fünfzehn Jahren hätten er und andere Organisationen sich noch über umtriebige extrem rechte Jugendgruppierungen beschwert, die seien jetzt aber längst ins politische Establishment aufgestiegen. Im Herbst 2017 organisierte »Tēvijas sargi« einen »Spaziergang« zum östlich von Riga gelegenen Flüchtlingszentrum Mucenieki. Die Drohgebärde vor der Unterkunft war unzweideutig, rief in sozialen Netzwerken jedoch Unmut hervor. Eine Flashmob-Aktion verfolgte das Ziel, die eifrigen Verteidiger nationaler Interessen Lettlands kollektivem Spott auszusetzen.

Migration ist eines der Hauptthemen lettischer NationalistInnen und beschäftigt die Gesellschaft auch über deren Reihen hinaus. Debatten bringen dabei eklatante Widersprüche zutage. So richtet sich Kritik beispielsweise gegen die durch den Wegfall von Visabeschränkungen für UkrainerInnen bedingte Arbeitsmigration. Andererseits soll Lettland mit seiner durch Abwanderung schrumpfenden EinwohnerInnenzahl, die unter zwei Millionen gefallen ist, wieder an Bevölkerung zunehmen, was allein durch Lockangebote an die lettische Diaspora nicht zu bewerkstelligen ist. NationalistInnen beschäftigt gleichzeitig die Frage, wie mit der starken russischen Minderheit umzugehen ist. In diesem Zusammenhang steht vermutlich ein Besuch führender Kader der ukrainischen Partei »Swoboda« (»Freiheit«) und von Olena Semenyaka vom Freiwilligen-Bataillon »Asow«, zuständig für Pressearbeit und internationale Vernetzung, Mitte September 2018. Einen offiziellen Charakter erhielt ihr Aufenthalt durch eine Veranstaltung in der ukrainischen Botschaft in Riga im Beisein einer lettischen Staatsvertreterin. Austausch fand außerdem mit der »Nationalen Allianz« statt.

Anfang Oktober wurde in Lettland ein neues Parlament gewählt. Als Siegerin ging die sozialdemokratische »Saskaņa«-Partei (»Harmonie«-Partei), die bis vor einiger Zeit durch einen Kooperationsvertrag mit der russischen kremlnahen Partei »Einiges Russland« verbunden war, mit knapp zwanzig Prozent hervor. Doch die Koalitionsbildung gestaltet sich schwierig. Die »Nationale Allianz« musste einen Stimmverlust hinnehmen und erreichte statt über sechzehn Prozent nur noch elf. Ob es bei den Europawahlen im Mai 2019 wieder für einen Sitz reicht bleibt abzuwarten.

Litauen

Flüchtlingspolitik zählte bei den letzten Parlamentswahlen 2016 in Litauen nicht zu den relevanten Themen, wenngleich auch dort nur eine geringe Bereitschaft besteht, Geflüchtete aufzunehmen. Einzig die »Darbo partija« (»Arbeitspartei«), einst von einem litauischen Millionär russischer Herkunft gegründet und bis 2016 in der Regierungskoalition vertreten, bediente im Wahlkampf bestehende Ressentiments. Geholfen hat es der Partei wenig, sie scheiterte in jenem Jahr an der Fünfprozenthürde. Im Europaparlament ist sie derzeit mit einem Sitz vertreten. Im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen jedoch nicht die Europawahlen, sondern die ebenfalls für Mai 2019 angesetzten Präsidentschaftswahlen. Befürchtungen, Russland könnte die kommende europäische Abstimmung beeinflussen, sind zwar auch in Brüssel zu vernehmen. In Litauen hingegen gehören derlei Argumentationen bereits zum festen Repertoire der politischen Führungsriege, die mit ihren Aversionen gegen den ungeliebten Nachbarstaat nicht zurückhält. Dies geht inzwischen soweit, dass sich konservative Kräfte gegenseitig beschuldigen, im Sinne des Kreml zu agieren.

Im November begannen Lehrkräfte mit Streikaktionen gegen ein neues Lohnsystem im Bildungsbereich, was zur Absetzung der amtierenden Bildungsministerin führte. Die litauische Präsidentin Daļa Grībauskaite kritisierte die Regierung für ihre harte Haltung, der ihr nahestehende christdemokratische »Tėvynės Sąjunga« (»Vaterlandsbund«) unterstützte sie und forderte von der Regierung eine Aufschiebung der Haushaltsentscheidungen für 2019, bis die Frage einer möglichen Lohnerhöhung für Lehrkräfte geklärt sei. Regierungschef Saulius Skvernelis, von der regierenden »Lietuvos valstiečių ir žaliųjų sąjunga« (»Bund der Bauern und Grünen«), wandte sich daraufhin an den litauischen Staatsschutz mit einem Antrag zur Überprüfung der Christdemokraten hinsichtlich einer möglichen Kooperation mit Moskau.

Zur extremen Rechten zählt der »Lietuvių tautininkų sąjunga« (»Bund der litauischen Nationalisten«), dessen WählerInnenschaft bei der letzten Wahl mit zwei Prozent jedoch recht klein ist und der sich damit kaum Chancen ausrechnen darf, eine tragende politische Rolle zu spielen. Gleichzeitig zeichnen sich sämtliche konservative Parteien in Litauen durch einen ausgeprägten Nationalismus aus und grenzen sich nicht nach Rechts ab, zumal extrem rechte Kleinstparteien dort Aufnahme gefunden haben. Einen Rechtsruck, wie er in vielen westeuropäischen Ländern zu beobachten ist, haben Litauen und mit ihm auch die anderen baltischen Staaten längst vollzogen.

Krise und geringe Wahlbeteiligung

Die Slowakei erlebte bei den Nationalratswahlen 2016 einen Rechtsruck, der auch bei den Europawahlen möglich erscheint. Die extrem rechten Parteien konnten zuletzt deutlichen Zulauf verbuchen.

von Lara Schultz

Gemessen an der Anzahl der EinwohnerInnen ist die Slowakei das zehntkleinste Land der EU. Rund 4,4 Millionen Menschen sind wahlberechtigt. Jedoch nur 560.000 haben bei der Europawahl 2014 ihre Stimme abgegeben. Das entspricht einer Wahlbeteiligung von 13 Prozent und zugleich dem historisch niedrigsten Wert aller Länder bei allen Europawahlen. Um einen der 13 Sitze zu bekommen, genügte eine niedrige fünfstellige Stimmenzahl. So reichten József Nagy knapp 15.000 Stimmen, um für die liberal-konservative Partei »Most–Híd« (»Partei der Zusammenarbeit«, M-H) ins Europaparlament einzuziehen.

Für die niedrige Wahlbeteiligung – die um ein Vielfaches niedriger war als die Beteiligung an Parlaments- oder Regionalwahlen – gibt es keine einheitliche Erklärung. Ein Grund könnte darin liegen, dass für den Europawahlkampf den Parteien keine finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, es folglich so gut wie keine Wahlkampagnen gab. Zahlreiche Parteien, darunter auch die stimmenstärkste Partei, die sozialdemokratische »Smer – sociálna demokracia« (»Richtung – Sozialdemokratie«, Smer-SD), hatten zudem kein Wahlprogramm. Ein solches ist in der Slowakei – auch bei nationalen oder regionalen Wahlen – nicht vorgeschrieben, so dass die WählerInnen mitunter gar nicht sicher sein können, für welche Politik sie ihr Kreuz machen.

Bereits 2004, bei der ersten Europawahl in der Slowakei, war die Wahlbeteiligung mit 17 Prozent die niedrigste innerhalb der EU. Für die Wahlen 2009 initiierte die Slowakei daraufhin ein vom Europäischen Parlament finanziertes Projekt, das gerade junge Menschen und ErstwählerInnen zur Stimmabgabe ermutigen sollte. Das Projekt umfasste – wenig innovativ – eine Studie zur Erforschung von Gründen für die fehlende Wahlmotivation, ein Quiz für SchülerInnen und ein Europaparlament-Simulationsspiel für Studierende. Sogenannte U18-Wahlen oder Wahlsimulationen an Schulen zeigten, dass gerade junge Menschen fast überall verhältnismäßig stark dazu tendieren, extrem rechte Parteien zu wählen. Zur EU-Wahl 2014 wurde bei solchen Pseudowahlen die extrem rechte »Kotleba – Ľudová strana Naše Slovensko« (»Kotleba – Volkspartei Unsere Slowakei«, ĽSNS) des Neonazis Marián Kotleba zweitstärkste Partei und hätte demnach drei Sitze im Europaparlament bekommen. Real erlangte die Partei jedoch nur 1,8 Prozent und verpasste den Einzug ins Parlament ebenso deutlich wie die extrem rechten Parteien »Národ a Spravodlivosť – naša strana« (»Volk und Gerechtigkeit – unsere Partei«, NaS) und die »Christliche Slowakische Volkspartei« (seit 2016: »Slovenská národná strana«, »Slowakische National Partei«, SNS). Dies dürfte sich jedoch 2019 ändern. Nach aktuellen Prognosen, die jedoch auf Wahlumfragen zum Nationalrat beruhen und somit nur bedingt übertragbar sind, könnte die extreme Rechte drei von 14 Sitzen im Europaparlament bekommen – jeweils einen Sitz für die SNS, die ĽSNS und die erst Ende 2015 gegründete Partei »Sme Rodina« (»Wir sind eine Familie«).

Rechtsruck 2016

Bereits bei der Nationalratswahl 2016, der siebten seit der slowakischen Unabhängigkeit 1993, war ein deutlicher Rechtsruck zu spüren. Zwar wurden die Sozialdemokraten der Smer-SD stärkste Partei und erlangten 49 von 150 Sitzen, 15 Sitze entfielen jedoch auf die »Slowakische Nationalpartei« (SNS), 14 auf die ĽSNS und elf auf »Sme Rodina«. Die extreme Rechte, die nach der Wahl 2012 nicht im Parlament vertreten war, verfügt somit aktuell über 26 Prozent der Mandate im Nationalrat. Die SNS ist gar, gemeinsam mit Smer-SD und Most–Híd, in Regierungsbeteiligung. Bereits von 2006 bis 2010 regierte Smer-SD unter Führung des als »sozial-national« geltenden Robert Fico, gemeinsam mit Neonazis. In Ficos erster Amtszeit wurde das Gesetz zur Rehabilitierung des faschistoiden Priesters und Chefideologen der »Hlinkas Slowakischen Volkspartei«(HSĽS) aus den 1920er und 1930er Jahren, Andrej Hlinka, erlassen.

Auftragsmorde und Regierungskrise

Die jetzige Koalition überstand einige Regierungskrisen. Auch jene um die bis heute nicht endgültig aufgeklärten Morde an dem Investigativjournalisten Ján Kuciak und der Archäologin Martina Kušnírová. Kuciak arbeitete vor seinem gewaltsamen Tod zu Verbindungen slowakischer Politiker zur organisierten Kriminalität und war an der Auswertung der Panama Papers beteiligt. Die auf die Enthüllungen über Verbindungen der Regierung zur italienischen Mafia folgenden landesweiten Proteste führten zu einer politischen und gesellschaftlichen Krise und dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Robert Fico, des Innenministers Robert Kalinák und des Landespolizeichefs Tibor Gaspar. Unter den im Oktober 2018 verhafteten Verdächtigen sollen zwei ehemalige Polizisten und ein Berufssoldat sein. Über die Verantwortlichen im Hintergrund besteht nach wie vor Unklarheit. Auftragsmorde sind wahrscheinlich. Der Regierung und Smer-SD haben die Enthüllungen jedoch nicht weiter geschadet.

Klein, aber gemein

von Peter Steiniger


SAPO

Poligrafo

Mário Machado na TVI: Fact-Checking às declarações do ex-líder dos skinheads (COM VÍDEO)

Screenshot von »Poligrafo« zu Mário Machados Auftritt im TV

Im westlichsten Land Europas ist die extreme Rechte auf der politischen Bühne nur eine Randerscheinung. 45 Jahre nach der Nelkenrevolution, die am 25. April 1974 dem klerikal-faschistischen Salazar-Regime nach 48 Jahren ein Ende bereitete, besitzt keine Gruppierung aus diesem Spektrum einen nennenswerten Rückhalt in der Bevölkerung. Doch auch das Ansehen der etablierten Politik ist beschädigt. Dazu beigetragen haben Korruptionsfälle und große Skandale um die Banken Espirito Santi und BPN Paribas. Die Folgen der Wirtschaftskrise und der Kürzungen nach Brüsseler Vorgaben von Anfang des Jahrzehnts sind längst nicht bewältigt. Die von drei Linksparteien tolerierte, seit November 2015 im Amt befindliche Regierung des Sozialisten António Costa hat eine Politik der kleinen Schritte eingeleitet, um den sozialen Zusammenhalt wieder zu stärken.

Portugal ist geprägt von einer langen Geschichte der Auswanderung. In den vergangenen Jahren verließen erneut Hunderttausende das Land, um anderswo ihr Glück zu suchen. Gleichzeitig ist Portugal seit den 1990er Jahren zu einem Einwanderungsland geworden. Das schafft Empathie. Besonders Menschen aus Brasilien, der Ukraine und den früheren portugiesischen Kolonien in Afrika sind hier sesshaft geworden. Viele der Schwarzen, die bereits in den 1970ern kamen, erlebten Armut und Stigmatisierung. Öffentlich in Erscheinung treten RassistInnen und FremdenfeindInnen jedoch wenig.

Kriminelles Milieu

Seit 2017 lässt sich in Portugal eine deutliche Zunahme von Aktivitäten der extremen Rechten beobachten. Das stellt der im vergangenen März dem Parlament von den Behörden vorgelegte »Jahresbericht zur Inneren Sicherheit« fest. Demnach wachsen entsprechend Organisationen, knüpfen engere internationale Kontakte und betreiben verstärkt Propaganda in den sozialen Netzwerken im Internet. Aufmerksamkeit erregte bereits Ende 2016 die Verhaftung von 17 Personen wegen rassistischer Übergriffe. Sie gehören dem portugiesischen Ableger der 1986 in Dallas in den USA gegründeten Vereinigung neonazistischer Skinheads, den »Hammerskins«, an. Ihre Ideologie baut auf der Vorstellung einer »weißen Überlegenheit« auf. Die rechte Unterwelt finanziert sich zum Teil durch das Sicherheitsgewerbe wie auch durch kriminelle Aktivitäten. Mitglieder rekrutiert sie nicht zuletzt aus der Ultra-Bewegung von Fußballfans und dem Milieu des Motorradclubs »Bandidos«. Neu in Erscheinung treten die Gruppen »Red & Gold« sowie »Nova Ordem Social« (»Neue soziale Ordnung«). Der Chef der letzteren, Mário Machado, war am 10. Juni 1995 beteiligt am Totschlag des jungen Kabverdiers Alcino Monteiro durch eine Gruppe rechter Skinheads, die damals in Lissabons Ausgehviertel Bairro Alto den Nationalfeiertag als »Tag der Rasse« zelebrierte. Wegen dieser Tat sowie Raub, Entführung, illegalem Waffenbesitz, Körperverletzung und weiterer Delikte verbrachte Machado insgesamt zehn Jahre im Gefängnis. Am 3. Januar 2019 bekam der Führer von »Nova Ordem Social« beim privaten portugiesischen Fernsehsender TVI einen großen Auftritt. »Brauchen wir einen neuen Salazar?«, lautete das Thema des Gesprächs, zu dem er geladen war. In einem Offenen Brief protestieren mehr als 300 bekannte Persönlichkeiten und Initiativen dagegen, dass dem Faschisten für seine Positionen – sie so »normalisierend und legitimierend« – eine Bühne geboten wurde.

Vorbild Bolsonaro

Portugals Verfassung verbietet an sich die Zulassung von rassistischen Organisationen oder solchen, »die sich eine faschistische Ideologie zu eigen machen«. Ewiggestrigen bietet die »Nationale Erneuerungspartei« (»Partido Nacional Renovador«, PNR) dennoch eine politische Heimat. In ihrem Programm vermengt diese übersteigerten Nationalismus mit dem Wunsch nach einem starken Staat und sozialen Forderungen. Die PNR behauptet, dass eine Invasion von EinwanderInnen für niedrige Löhne und steigende Kriminalität verantwortlich sei. Die Fremden bedrohten »die Identität, die Souveränität, die Sicherheit und das künftige Überleben von Portugal«. Zum Repertoire gehören Antisemitismus, Islam- und Frauenfeindlichkeit. Die Vergabe der Staatsbürgerschaft möchte die Partei an das Abstammungsprinzip binden. Bei der Parlamentswahl vor vier Jahren blieb die PNR wie bisher stets ohne Mandat. Die Partei versucht nun, von der aktuellen braunen Welle im großen Schwesterland Brasilien zu profitieren. Auf Großplakaten beglückwünschte sie Jair Bolsonaro zu seinem Sieg bei der Präsidentschaftswahl. Sie greift dieselben Parolen auf: gegen die Korruption, den »kulturellen Marxismus« und die »Gender-Ideologie«. Zu Bolsonaros Erfolg trug auch die brasilianische Diaspora in Portugal bei. In Lissabon gingen bei der Stichwahl am 29. Oktober 60 Prozent der Stimmen an den Faschisten. Vor dem Wahllokal in der Juristischen Fakultät in Lissabon gab es Übergriffe von Bolsonaro-AnhängerInnen auf linke WählerInnen.

Bei der Europawahl in Portugal am 26. Mai dürfte die PNR erneut leer ausgehen. Die beiden letzten Wahlen zum Europäischen Parlament waren für die Partei kein Erfolg – sie erhielt jeweils weniger als ein halbes Prozent der gültigen Stimmen. Um einen der 21 dem Land zustehenden Sitze zu erhalten, muss eine Liste etwa 4,5 Prozent erreichen.

Dazwischen

Auf der Landkarte erscheint Slowenien als kleine Insel des Linksliberalismus, umgeben von Nachbarländern, in denen Rechte an der Regierung beteiligt sind.

von Krsto Lazarević



Allerbeste Freunde: Janez Janša und Viktor Orbán

In Slowenien steht der Premierminister und Ex-Komiker Marjan Šarec einer labilen Mitte-Links-Minderheitsregierung aus fünf Parteien vor, die von »Levica« (»Linke«) toleriert wird. Nach den Parlamentswahlen im Juni titelte jedoch die Deutsche Presse-Agentur »Rechtsruck in Slowenien«. Viele deutsche Medien übernahmen diese Interpretation. Wer nur die deutschen Medien verfolgte, hätte glauben können, Slowenien werde zu einem neuen Ungarn oder Polen.
Der Eindruck des Rechtsrucks entstand vermutlich dadurch, dass die nationalkonservative »Socialdemokratska stranka Slovenije« (»Slowenische Demokratische Partei«, SDS) mit 24,9 Prozent der Stimmen stärkste Partei wurde. Damit hat die SDS zwar die Wahlen gewonnen, die Rechte, in Gänze betrachtet, ging mit Blick auf die Mehrheitsverhältnisse jedoch nicht als Gewinnerin hervor. Und letztlich gelang es der SDS nicht, einen Koalitionspartner zu finden. Im zersplitterten politischen System Sloweniens verteilen sich die 90 Sitze im Parlament aktuell auf neun Parteien. Die linken und liberalen Kräfte sind zusammengenommen – traditionsgemäß – deutlich stärker als die rechten Parteien. Im Gegensatz zu anderen jugoslawischen Nachfolgestaaten wie Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Serbien waren nationalistische und illiberale Stimmen in Slowenien immer in der Minderheit.
Die einzige Partei, die in Erwägung zog mit der SDS zu koalieren, ist die extrem rechte »Slovenska nacionalna stranka« (»Slowenische Nationale Partei«, SNS), die mit 4,17 Prozent der Stimmen ganz knapp den Einzug ins Parlament schaffte und dort vier Sitze bekam. Doch selbst die extreme Rechte im slowenischen Parlament unterscheidet sich von jener der Nachbarländer. Während die extreme Rechte in Kroatien, Österreich, Ungarn und Italien die Rolle der Faschisten und Nationalsozialisten im Zweiten Weltkrieg verharmlost bis glorifiziert, bekennt sich die SNS zum antifaschistischen »Volksbefreiungskampf« gegen den Nationalsozialismus. Der Parteivorsitzende Zmago Jelinčič ließ gar eine Statue Titos in seinem Garten aufstellen. Es ist folglich nicht das Geschichtsbild, dessentwegen man die SNS als extrem rechts einstufen muss, sondern ihre Hetze gegen Roma, Geflüchtete und andere Minderheiten.

Janez Janša – Der Viktor Orbán Sloweniens

Obwohl zu Zeiten der Balkanroute hunderttausende Geflüchtete durch das kleine Land reisten, hat sich der WählerInnenanteil der (extrem) rechten Parteien nur gering erhöht. Einen Rechtsruck gab es vor allem innerhalb der SDS. Ihr Vorsitzender Janez Janša macht keinen Hehl daraus, dass er den ungarischen Premierminister Viktor Orbán als sein großes Vorbild sieht. Sein Wahlkampf basierte darauf, in der Bevölkerung Angst vor Geflüchteten zu schüren – in einem Land, in dem es so gut wie keine Geflüchteten gibt. Doch mit flüchtlingsfeindlicher Rhetorik kann man bislang in Slowenien keine Erdrutschsiege feiern.
Dennoch war das Thema im Wahlkampf präsent, nicht zuletzt aufgrund der von Viktor Orbán in Südosteuropa betriebenen Außenpolitik und seiner offensiven Unterstützung nationalistischer Kräfte in Slowenien und Mazedonien. Im slowenischen Wahlkampf hielt er eine Rede, bei der er sagte: »Wenn Europa sich der Masseneinwanderung ergibt, dann werden wir unseren Kontinent verlieren.« Mit diesem Bild versuchte Orbán zu suggerieren, Slowenien stehe vor den wichtigsten Wahlen seiner Geschichte und nur sein Freund Janez Janša könne das Land noch retten. So betonte Orbán zum Schluss seiner Rede: »Ich glaube von ganzem Herzen, wenn Janez Janša gewinnt, wenn die SDS gewinnt, wird es das Überleben der slowenischen Nation garantieren.«
Auch die ungarischen Staatsmedien unterstützten Janša. Viele unabhängige Medien in Ungarn wurden in den vergangenen Jahren geschlossen oder von regierungsnahen Unternehmen aufgekauft. Die von »Fidesz« beeinflussten Medien helfen dem ungarischen Ministerpräsidenten bei seiner Außenpolitik in Südosteuropa.

Unterschiedliche Herkunft – gleiche Entwicklung

Orbán und Janša einen viele ihrer heutigen Positionen – ihr politischer Weg dorthin unterscheidet sich jedoch deutlich. Während Viktor Orbán vor langer Zeit als Liberaler galt, der gegen die kommunistischen Apparatschiks kämpfte, war Janez Janša in den 1980er Jahren selbst Mitglied der kommunistischen Jugendorganisation Sloweniens. Nach der Unabhängigkeit schloss sich Janša der »Socialdemokratska stranka Slovenije« (»Sozialdemokratische Partei Sloweniens«, SDSS) an und wurde 1993 ihr Vorsitzender. Die gesamte Partei konzentriert sich seitdem auf seine Person und änderte 2003 ihren Namen in SDS. Die Ausrichtung wurde konservativer und wirtschaftsliberaler. Zwischen 2004 und 2008 sowie von 2012 bis 2013 gelang es Janez Janša zum Ministerpräsidenten Sloweniens gewählt zu werden, ehe 2013 seine Regierung wegen Korruptionsvorwürfen gegen ihn zerbrach. Die SDS und ihre Funktionäre sind inzwischen so weit nach rechts gerückt, dass sich keine KoalitionspartnerInnen mehr finden. Mit ihren wirren Verschwörungstheorien und den Angriffen auf Minderheiten und Geflüchtete ist die Partei nunmehr mit der ungarischen »Fidesz« vergleichbar.



Flüchtlingsfamilie im September 2015
am Grenzübergang Bregana in Kroatien

Neuer Name, große Chance

Der »Rassemblement National« wird mit großer Wahrscheinlichkeit stärkste französische Partei bei der diesjährigen Europawahl. Für diesen Fall schmiedet Marine Le Pen bereits Pläne für eine neue, rechte Fraktion im EU-Parlament. Welche Bedeutung die »Gilet jaunes« für die Wahl haben, ist derzeit noch unklar.

von Bernard Schmid

Am 13. Januar 2019 fand im Pariser Veranstaltungssaal »La Mutualité« die Vorstellung der zwölf SpitzenkandidatInnen des »Rassemblement National« (»Nationale Sammlung«, RN) für die kommende Wahl des Europaparlaments statt. Seit dem 1. Juni 2018 ist RN der Name des früheren »Front National« (FN). Im Vorfeld wurde mit Spannung erwartet, ob VertreterInnen der andauernden sozioökonomischen Protestbewegung »Gilet jaunes« (»Gelbwesten«) auf der Liste stehen würden. Umfragen sagen voraus, dass der RN mit 21 bis 24 Prozent bei dieser Wahl zur stärksten Partei in Frankreich werden dürfte. Das wären je nach Umfrage voraussichtlich zwischen einem und sechs Prozent mehr als für die Liste von Emmanuel Macrons Regierungspartei »La République en marche« (»Die Republik in Bewegung«, LREM).

Die Antwort auf die aufgeworfene Frage lautet letztendlich »Nein«. Es scheint dem RN nicht gelungen zu sein, die bislang keiner Partei angehörenden VertreterInnen der mehrmonatigen Proteste für eine Kandidatur auf seiner Liste zu gewinnen. Oder er sah davon ab, weil ihm das Risiko zu groß erschien, der »Vereinnahmung« angeklagt und dadurch diskreditiert zu werden. An der Basis ist die neofaschistische Partei in der Protestbewegung – die heterogen zusammengesetzt ist, und an der auch ein Teil der Linken sowie eine Minderheit der Gewerkschaften teilnimmt – durchaus vertreten. Als beispielsweise am ersten Tag der mit der »Gelben Westen«-Bewegung assoziierten Verkehrsblockaden am 17. November 2018 ein Kommunalparlamentarier in Etaples-sur-Mer durch einen Verkehrsunfall an einem Blockadepunkt verletzt wurde, stellte sich heraus, dass es sich um einen Mandatsträger des RN handelte: Francis Leroy. Ein PKW war auf das von den Protestierenden errichtete Verkehrshindernis aufgefahren.

»Wir sind alle Gelbwesten-Träger!«, mit diesen Worten rechtfertigte RN-Chefin Marine Le Pen die Abwesenheit von Protest-RepräsentantInnen aus der »Zivilgesellschaft«. Keine »Gilet jaunes«; weder auf dem Podium noch auf der Liste. Unterdessen ist dem RN ein prominenter Fang geglückt: der frühere Minister Thierry Mariani, der nun auf einem prominenten Listenplatz für die extreme Rechte unter Marine Le Pen kandidiert. Mariani war zuvor ein herausgehobener Vertreter des rechten Flügels der Konservativen und amtierte unter Präsident Nicolas Sarkozy zwei Jahre lang (2010 bis 2012) als Verkehrsminister.

Europatournee im Wahlkampf

Den Wahlkampf zur kommenden Europaparlamentswahl 2019 startete Marine LePen nicht erst mit der Vorstellung der KandidatInnen auf den aussichtsreichsten Listenplätzen. Vielmehr begann sie mit einer kleinen Rundreise, die sie im Herbst 2018 unter anderem nach Rom und Sofia führte. Am meisten Beachtung fand dabei ihr Auftritt in Rom am 8. Oktober 2018. Formal eingeladen hatte sie die »Unione Generale del Lavoro« (»Allgemeine Arbeiterunion«, UGL). Tatsächlich handelt es sich bei dieser vor allem um eine Art Satellitenorganisation der hauptsächlich in Norditalien verankerten »Lega«, der rassistischen und ursprünglich auch regionalistischen, ja einstmals separatistischen Partei des seit Juni 2018 amtierenden Innenministers Matteo Salvini.

Anlässlich ihrer beider Teilnahme an der Konferenz mit anschließender Pressekonferenz präsentierte Salvini sich zusammen mit der französischen Gastrednerin vor den italienischen und internationalen Medien. Beide hegen gemeinsam große Ambitionen: Nach den Europaparlamentswahlen wollen sie mit den nationalistischen Rechtsparteien aus mehreren EU-Ländern die dann stärkste Fraktion im Europäischen Parlament aufbauen.

Pläne für neue Fraktion

Auf der rechten Flanke des EU-Parlaments werden tatsächlich die Karten neu gemischt. Denn dort sitzen die Parteien, die rechts von der bürgerlich-konservativen »Europäischen Volkspartei« (EVP) angesiedelt sind, bislang in drei unterschiedlichen Fraktionen. Eine von ihnen wird durch den französischen RN angeführt, die zweite durch die britischen Konservativen oder »Tories«. Eine dritte durch die »Unabhängigkeitspartei des Vereinigten Königreichs« (UKIP). Aufgrund des, jedenfalls nach bisherigen Planungen Ende März 2019 vorgesehenen, Brexit, werden zwei der drei genannten Parteien jedoch aus dem EU-Parlament ausscheiden. Le Pen und Salvini, zu deren Verbündeten im Europaparlament derzeit unter anderen die österreichische »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ) zählt, sehen sich dadurch erheblich im Aufwind. Zumal in der nächsten Legislaturperiode voraussichtlich auch neu dort vertretene Parteien wie die tschechische Partei »Freiheit und direkte Demokratie« (SPD) dazu gehören werden.

Ihren möglichen Wahlerfolg sehen sie allerdings nicht als Auftrag, im Rahmen der bestehenden EU-Institutionen Politik zu betreiben, sondern in deren Überwindung. Anlässlich ihres gemeinsamen Auftritts mangelte es Le Pen und Salvini nicht an harten Worten gegenüber der existierenden Union. Diese bezeichneten sie unter anderem als »Bunker«, bezichtigten sie der »Kerkerlogik« und klassifizierten sie als »ein totalitäres System«, das »für die Ausweitung der Macht einer globalisierten Superklasse und nicht der Völker« errichtet worden sei. Alexander Gaulands Ergüsse in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« von Anfang Oktober 2018 lassen grüßen. Gleichzeitig sprach Matteo Salvini davon, man werde und wolle »das wahre Europa retten«. Gerne auch zusammen mit Viktor Orbán und Wladimir Putin.



Thierry Marian

Alte und neue Verbündete

Die Etappe in Rom war für Marine Le Pen zwar erst der Auftakt ihrer Tour – sie war jedoch symbolisch wohl die wichtigste. Italien galt für die französische extreme Rechte lange Zeit als Land der Träume. Aus Italien kamen das Geld, die Infrastruktur, das Know-How und auch die Plakate, mit denen 1972 der »Front National« gegründet und aufgebaut wurde – in einer Zeit der Schwäche der extremen Rechten in Frankreich, nach ihrer Niederlage im Algerienkrieg sowie ihrer Marginalisierung im Mai 1968. Sponsor und Unterstützer war dabei die italienische neofaschistische Partei »Movimento Sociale Italiano« (»Italienische Sozialbewegung«, MSI), die 1946 in der unmittelbaren Nachkriegszeit gegründet worden war. Nicht zufällig ähnelte der Name dem der »Repubblica Sociale Italiana« (»Italienischen Sozialrepublik«, RSI), die nach dem Ende der faschistischen Zentralregierung in Rom von 1943 bis 1945 bestand. Die MSI existiert in der damaligen Form nicht mehr, ihre ErbInnen sind über mehrere Parteien verstreut. Auf französischer Seite hat sie bei der extremen Rechten mindestens eine sichtbare Spur hinterlassen: Als Parteisymbol benutzt der RN – wie zuvor der FN – die blau-weiß-rote Flamme in den Nationalfarben, die ursprünglich eine pure Adaption des MSI-Symbols darstellte.

Ein weiterer Akteur stand bei dem gemeinsamen Auftritt in Rom zumindest geistig im Raum: Steve Bannon, der US-amerikanische ehemalige Präsidentenberater. Er sieht sich gerne als Ideen- und Stichwortgeber für die europäischen Rechtsparteien. Diesbezüglich erteilten Le Pen und Salvini ihm jedoch eine Abfuhr: Man brauche keinen Hintermann. Wozu ist man auch NationalistIn, wenn man unter Kontrolle eines US-Amerikaners stehen soll? Am darauf folgenden Donnerstag, dem 11. Oktober 2018, traf Marine Le Pen Bannon dann doch noch persönlich. Von ihrem Gespräch wurde bekannt, Bannon habe eingeräumt, bei der von ihm gegründeten Struktur »The Movement« handle es sich nicht um eine Partei im europäischen Sinne. Das bedeutet, dass er sich auf eine Rolle als Ideenlieferant zu Themen wie Immigration und Ökonomie – wo er sich als Vordenker einer »Anti-Davos-Partei«, also gegen das Weltwirtschaftsforum (WEF) und die »Globalisierer« versteht – beschränken werde.

Rolle der »Gelbwesten« noch unklar

Eine Unbekannte befindet sich aus Sicht des RN bislang noch im Spiel – für den Fall, dass eine eigenständige Liste im Namen der Protestbewegung der »Gelbwesten« antreten sollte, könnte dies die Le Pen-Partei rund ein halbes Dutzend Prozentpunkte kosten. Ein solches Szenario wird bislang allerdings vor allem durch die Regierungspartei LREM heraufbeschworen. Es war LREM, die mit eigenen Geldern eine Umfrage in Auftrag gab, die die französische Sonntagszeitung »Le Journal du dimanche« am 9. Dezember 2018 publizierte. Deren Ergebnis: Eine solche Liste würde demnach vor allem die Parteien der extremen Rechten sowie Jean-Luc Mélenchon auf der Linken Stimmen kosten, also die aktivsten Oppositionsparteien schwächen. Dieser Befragung zufolge erhielte in einem solchen Kontext der RN 14 Prozent der Stimmen. Eine – hypothetische – Liste der »Gelbwesten« ihrerseits 12 Prozent, und Mélenchons Wahlplattform »La France insoumise« (»Das widerspenstige Frankreich«, LFI) käme auf neun Prozent der Stimmen.

Allerdings dürfte dies kaum funktionieren, vielmehr würde das Aufstellen gemeinsamer Listen die heterogene Protestbewegung sofort auseinander treiben. Marine Le Pen profitiert unterdessen erkennbar von der neuen innenpolitischen Situation, die seit den jüngsten Protesten eingetreten ist. Einer aktuellen Umfrage zufolge käme Le Pen mit 27 Prozent der Stimmen direkt auf den ersten Platz – statt mit 21,3 Prozent auf den zweiten wie im Frühjahr 2017.

Viele rechte Parteien

Bis zum Ende des Jahres 2018 hatte noch keine extrem rechte Partei aus Tschechien ihre Kandidatur zur Europawahl angekündigt. Aktuellen Wahlprognosen zufolge könnten jedoch die rechtspopulistische ANO bis zu acht und die extrem rechte SPD zwei Sitze bei einem Wahlantritt erlangen.

von Lara Schultz

8,4 Millionen TschechInnen sind aufgerufen, am 23. und 24. Mai 2019 insgesamt 21 Abgeordnete zu wählen. 2014 machten bei der Europawahl jedoch gerade mal 1,5 Millionen von ihrem Wahlrecht Gebrauch – nicht einmal 20 Prozent. Wahlsieger waren damals zwei neue Parteien, die erstmals zur Europawahl antraten. Jeweils rund 16 Prozent der Stimmenanteile bekamen sowohl die rechtspopulistische »akce nespokojených občanů« (»Aktion unzufriedener Bürger«, ANO) des Medienunternehmers Andrej Babiš als auch die konservative Rechtskoalition TOP09 / STAN (»Tradition, Verantwortung, Wohlstand«; 09 steht für das Gründungsjahr, STAN als Abkürzung für Bürgermeister und Unabhängige). Der zumeist als konservativ beschriebenen, rechtslastigen »Partei der freien Bürger« (SSO) gelang es unter ihrem langjährigen Vorsitzenden Petr Mach, der sich politisch zwischen David Hume und Nigel Farage verortete, gerade so die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Die extrem rechten Parteien »Usvít« (»Morgenröte«), »Arbeiterpartei der sozialen Gerechtigkeit« (DSSS), »Pravý Blok« (»Rechter Block«), »Národní Demokracie« (»Volksdemokratie«), »Česká Suverenita« (»Tschechische Souveränität«) und die MonarchistInnen der »Koruna Česká« (»Tschechische Krone«) blieben allesamt deutlich unter fünf Prozent.

Neue extrem rechte Gruppierungen und Parteien seit 2014

Die Parteienlandschaft ist in Tschechien schnelllebig – auch innerhalb des extremen rechten Spektrums. So ist »Usvít« laut Parteibeschluss vom März 2018, keine Partei mehr, sondern ein Verein. Bereits 2015 hatte ihr Gründer, Tomio Okamura, im Zuge eines Richtungsstreits über die Zusammenarbeit mit dem rassistischen »Block gegen den Islam« (BPI) »Usvít« verlassen und die Partei »Svoboda a přímá demokracie« (»Freiheit und direkte Demokratie«, SPD) gegründet. Nachdem sich der »Block gegen den Islam« 2016 aufgelöst hatte, gingen zwei neue Parteien aus ihm hervor. Zum einen der »Block gegen die Islamisierung« (BPI) unter dem Vorsitzenden Martin Konvička. Auf dessen Homepage wird unverhohlen zu Gewalt aufgerufen. Gegen Konvička selbst hatte die Staatsanwaltschaft im Herbst 2015 Ermittlungen aufgenommen. Dem Hochschuldozenten wurde Volksverhetzung vorgeworfen, weil auf seinem Facebookprofil unter anderem angekündigt wurde, man werde Muslime nach einem Wahlsieg »zu Fleischmehl verarbeiten« oder in Konzentrationslager sperren. Das Verfahren wurde im Sommer 2018 in dubio pro reo eingestellt, da die Anklage nicht beweisen konnte, dass Konvička persönlich diese Aussagen online gestellt hatte.

Zum anderen entstand aus dem BPI, analog zur »Alternative für Deutschland«, die Partei »Alternative für die Tschechische Republik« (ApČr). Ihr Vorsitzender, Petr Hampl, ist zudem Mitbegründer des Vereins »Freunde des heterosexuellen weißen Mannes«. Zwar wurden die Aktivitäten der ApČr nach einjähriger Existenz durch das Oberste Verwaltungsgericht der Tschechischen Republik wegen unvollständiger Finanzberichte vorübergehend beendet, inzwischen ist die Partei jedoch wieder aktiv und hetzt in ihrem Programm gegen Migration. Weitere extrem rechte Gruppierungen sind seit der jüngsten Europawahl entstanden und teilweise ebenso schnell wieder verschwunden. Die tschechische »Generace Identity« (»Generation Identität«), bestehend aus Neonazis, die zuvor im DSSS oder bei den »Autonomen Nationalisten« aktiv waren, erlangten nie große Bedeutung. Gleiches gilt für die nach polnischem Vorbild gegründete Gruppierung »Pro Vlast« (»Für das Vaterland«). Zudem lässt sich resümieren, dass es in den vergangenen Jahren in Tschechien keine erfolgreichen Großmobilisierungen der extremen Rechten gab. Ein Grund dafür dürfte in den ständigen Streitereien, Trennungen und Neugründungen der Parteien und Gruppierungen liegen.

Extremismusbericht vs. Einstellungserhebungen

Analog zu den deutschen Verfassungsschutzberichten veröffentlicht das tschechische Innenministerium alljährlich einen »Extremismusbericht«. Gegen die Nennung der SPD im Bericht für 2017 hatte Parteichef Okamura erfolglos geklagt. Allerdings wurde die SPD nicht unter »Rechtsextremismus« aufgeführt, sondern unter der neuen Kategorie »Antimigrantische und antimuslimische Bewegungen«, die laut Definition nicht per se »extremistisch« seien. Dort finden sich allerdings auch »Paramilitärische Gruppierungen und Bürgerwehren«. Während das Innenministerium so militante Nazis verharmlost, zeigen andererseits Einstellungserhebungen, wie weit rassistisches Gedankengut im Land verbreitet ist. Aktuelle Umfragen des Meinungsforschungsinstituts STEM ergaben, dass 71 Prozent der Befragten Angst vor Geflüchteten haben. 86 Prozent befürchten eine Islamisierung des Landes. Bei der Umfrage nach dem beliebtesten Politiker folgt dicht hinter dem ANO-Vorsitzenden und jetzigen Ministerpräsidenten Andrej Babiš, auf Platz drei Tomio Okamura. Stünden zeitnah Parlamentswahlen an, könnte ANO 95 Sitze und somit 50 Prozent der Stimmen erzielen, die SPD käme auf 15 Sitze.

Finger weg!

Ein toxisches Bündnis mit den Rechten

von Helene Kortländer

Auffallend still war es in Europa, als Bulgariens Premier Boiko Borissov seine konservative Partei »Graschdani sa Ewropejsko Raswitie na Balgaria« (»Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens«, GERB) im März 2017 in eine Koalition mit dem extrem rechten Parteienbündnis »Vereinigte Patrioten« führte. »Der Wähler habe nun mal so entschieden«, kommentierte Borissov. Die KollegInnen aus der »Europäischen Volkspartei« schwiegen. Auch in anderen Ländern stellt man sich die Frage, ob ein Pakt mit rechten Parteien bald notwendig sein wird, um konservative Regierungen zu stabilisieren. Bulgarien scheint als Testlabor gerade recht.

Die »Patrioten« habe man unter Kontrolle, wurde Borissov nach seiner Regierungsbildung im März 2017 zitiert. So ganz hat der Premier aber wohl selbst nicht daran geglaubt und ließ die Erfüllung der vierjährigen Amtszeit im Koalitionsvertrag festschreiben. Tatsächlich schienen sich die »Vereinigten Patrioten« schnell erschöpft zu haben: Der geforderte Grenzzaun zur Abwehr von Flüchtlingen – gebaut. Und mit dem »EU-Türkei-Deal« nahm die Zahl der Geflüchteten in Bulgarien ab. Die »Patrioten«, die über Rassismus hinaus kaum ein Programm haben, waren auf verbale Ausfälle gegen die bulgarische Roma-Minderheit und interne Querelen zurückgeworfen. Zwar scheint Borissovs Domestizierungsplan aufzugehen, denn die Umfragewerte des Junior-Partners sanken: Von den neun Prozent bei der Wahl waren bald kaum mehr fünf übrig. Doch dass ein Bündnis, das von der Provokation lebt, nicht derart in den politischen Alltag eingehegt werden kann, hätte Borissov absehen können.

Warnungen hatte es genug gegeben: Insbesondere Valeri Simeonov, Vorsitzender der rechten Bündnispartei »Nazionalen front sa spasenie na Balgarija« (»Nationale Front für die Rettung Bulgariens«), wurde wegen Hassrede verurteilt, nachdem er 2014 Roma als »menschenähnliche Wesen« bezeichnet hatte. Sein Wahlprogramm forderte überdies die Einrichtung von Roma-Reservaten, die »Touristenattraktionen« sein könnten. Auf Parteimitglieder angesprochen, die auf Bildern in sozialen Medien den Hitlergruß zeigten, kommentierte Simeonov, er könne selbst nicht garantieren, dass er bei einem Besuch in Buchenwald in den 1970er Jahren nicht auch »lustige Bilder« gemacht habe. Explosive Statements waren auch von anderen Vertretern der »Patrioten« bekannt. Krasimir Karakachanov konstatierte noch 2008 im Parlament einen bulgarischen Gebietsanspruch auf Mazedonien. Heute ist er Verteidigungsminister. Und Volen Siderov, ebenfalls »Patrioten«-Spitzenpolitiker, drang 2007 mit 50 Mitgliedern seiner Partei in die Redaktion der Zeitung »168 Chasa« ein, die einen Artikel über die mögliche Verwicklung Siderovs in eine Spendenaffäre veröffentlicht hatte. Er machte Schlagzeilen mit rassistischen und antisemitischen Pöbeleien. Im Vorfeld der Wahlen organisierten die »Vereinigten Patrioten« Grenzblockaden, um in der Türkei lebende, muslimische WählerInnen an der Stimmabgabe zu hindern.

Ein Jahr nach der Wahl gelang den »Patrioten« der erste politische Coup – gegen die eigene Regierung. Überraschend verkündeten sie im Dezember 2017, die zur Ratifizierung vorlegte »Istanbul-Konvention« gegen häusliche Gewalt nicht unterstützen zu wollen. Was folgte, war eine beispiellose homophobe und misogyne Kampagne gegen die Konvention, mit der Bulgarien vermeintlich dekadente westeuropäische Konzepte wie die »Ehe für alle« und das »dritte Geschlecht« untergeschoben werden sollten. Borissov entzog sich der Konfrontation, indem er die Konvention dem Obersten Gericht zur Prüfung vorlegte. Dieses beschied deren Unvereinbarkeit mit der Verfassung. Auch darüber hinaus sind geschlechterspezifische Themen eine derart heiße Kartoffel, dass keine Partei sie mehr politisch anfassen möchte. Der Begriff »Gender« – in Bulgarien ein Synonym für »Perverser«.

Seit Anfang Oktober 2018 demonstrierten die Mütter behinderter Kinder in Sofia für staatliche Unterstützung. Auf die Proteste angesprochen, bezeichnete Simeonov sie als »kreischende Weiber«, welche ihre »angeblich kranken Kinder« ohne ein Gramm mütterlichen Gefühls als Instrument ihrer rein materiellen Ziele nutzten. Das ging zu weit: Es kam zu Demonstrationen, in denen die Mütter und die sozialistische Opposition den Rücktritt Simeonovs forderten. 81 Prozent der BulgarInnen unterstützten die Forderung. Borissov distanzierte sich zwar von Simeonovs Kommentar, dessen Rücktritt hingegen könne er nicht erzwingen – dies würde das Ende der Koalition bedeuten. Nach einem Monat Protest trat Simeonov schließlich zurück.

Premier Borissov wirkt beschädigt und hilflos. Die Stabilität, die er in der Koalition gesucht hat, war von Anfang an eine Schimäre. Nicht nur, weil die bulgarische Rechte undiszipliniert und zerstritten ist. Die Provokation bis zur Schmerzgrenze liegt in ihrer institutionellen Logik, denn ohne sie verschwinden die »Patrioten« aus dem Sichtfeld der Öffentlichkeit. Die Regierungsbeteiligung wirkt wie ein Verstärker, bestimmt und verroht den Ton der öffentlichen Debatte, zerstört das ohnehin geringe Vertrauen in staatliche Institutionen und räumt ihnen die Rolle des politischen Saboteurs ein. Borissov hat sich eine regierungsinterne Opposition zugelegt und wird nun von ihr getrieben. Aus Bulgarien kommt ein Signal: Der Pakt mit den Rechten – nicht nachmachen!

Gekürzter Nachdruck aus dem »IPG Journal« (www.ipg-journal.de).

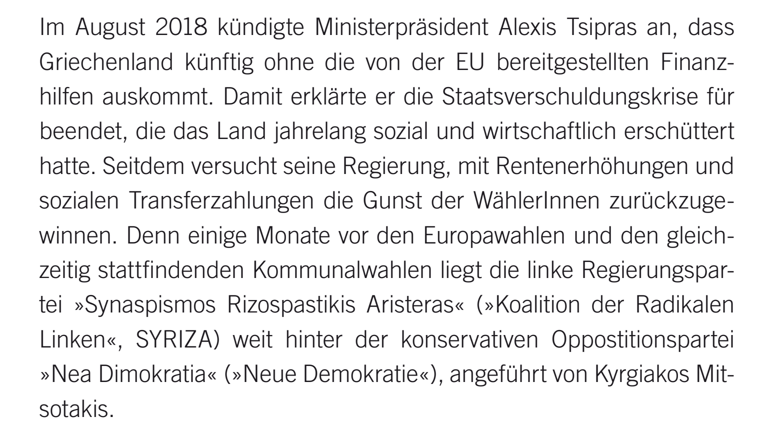
Zwischen Krise und nationalen Fragen



Panos Kammenos

Von dem Nationalismus in der Mazedonienfrage konnte die extreme Rechte noch nicht profitieren.

von John Malamatinas



Im August 2018 kündigte Ministerpräsident Alexis Tsipras an, dass Griechenland künftig ohne die von der EU bereitgestellten Finanzhilfen auskommt. Damit erklärte er die Staatsverschuldungskrise für beendet, die das Land jahrelang sozial und wirtschaftlich erschüttert hatte. Seitdem versucht seine Regierung, mit Rentenerhöhungen und sozialen Transferzahlungen die Gunst der WählerInnen zurückzugewinnen. Denn einige Monate vor den Europawahlen und den gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen liegt die linke Regierungspartei »Synaspismos Rizospastikis Aristeras« (»Koalition der Radikalen Linken«, SYRIZA) weit hinter der konservativen Oppostitionspartei »Nea Dimokratia« (»Neue Demokratie«), angeführt von Kyrgiakos Mitsotakis.

Mobilisierung zur Mazedonienfrage

Letzterer geht vor allem mit nationalistischen Themen am rechten Rand der Gesellschaft auf Stimmenfang. Zehntausende DemonstrantInnen forderten 2018 auf mehreren landesweiten Kundgebungen, den Begriff ‹Mazedonien› nicht in den Namen der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien aufzunehmen. Sie argumentierten, dass dies die griechische Geschichte diskreditiere und zur Destabilisierung der Region beitrage. Zuletzt hatten 1992 derartige Versammlungen stattgefunden – inmitten eines nationalistischen Aufruhrs gegen den 1991 nach Ende des Jugoslawienkrieges gegründeten Nachbarstaat. Seit 2008 blockiert Griechenland auch den NATO-Beitritt des Nachbarlandes. Aus Sicht Griechenlands provozierte Mazedonien seinerseits, indem Flughäfen und andere wichtige Orte nach Alexander dem Großen benannt wurden.

Nach mehrjährigem Stillstand der Verhandlungen über den Namensstreit zeichnete sich zuletzt eine Einigung zwischen den beiden Ländern ab, die zu einem Referendum in Mazedonien führte. Trotz geringer Beteiligung an der Abstimmung beschloss das mazedonische Parlament den Kompromissvorschlag »Nord-Mazedonien« anzunehmen. Offen ist, wann die Regierung von Tsipras den Vorschlag durch das griechische Parlament bringt und ob sie die Abstimmung überstehen wird.

Von dieser nationalistischen Stimmung – die von Konflikten um Hoheitsgebiete mit der Türkei oder die Tötung eines griechischen Nationalisten durch die Polizei in Albanien verstärkt wurde – konnten extrem rechte Parteien bisher nicht direkt profitieren. Die neonazistische »Chrysi Avgi« (»Goldene Morgenröte«, CA) erreicht aber in Umfragen zur Europawahl weiterhin erschreckende 6,8 Prozent und kämpft mit der sozialdemokratischen Partei um den dritten Platz – die entscheidende Frage ist dabei, ob die Neonazis zwei oder drei Sitze im Europaparlament erzielen werden.

»Chrysi Avgi«

Der Name »Chrysi Avgi« tauchte erstmals Anfang der 1980er Jahre als Titel einer Zeitschrift neonazistischer Zirkel auf. Schon damals war Nikolaos Michaloliakos Chef der jungen Gruppe und Herausgeber des Magazins. 1993 dann gründete er den »Völkischen Bund Chrysi Avgi«. Die ersten Erfolge feierten die Neonazis in den 1990ern. Doch erst bei den Kommunalwahlen 2010 erzielte »Chrysi Avgi« erstmals einen nennenswerten Wahlerfolg. Michaloliakos zog als Abgeordneter in den Stadtrat von Athen – und provozierte gleich mit einem Hitlergruß. Seitdem hat sich die Partei zur drittstärksten politischen Kraft entwickelt. Das änderte sich im September 2012, als der Mord an dem prominenten Rapper Pavlos Fyssas das Land schockierte. 69 Mitglieder der Partei, darunter Nikolaos Michaloliakos und 18 Abgeordnete, wurden verhaftet und wegen der Leitung einer kriminellen Organisation angeklagt. Entscheidend ist im Prozess, das Führerprinzip der Organisation nachzuweisen – davon hängt ab, ob Michaloliakos ins Gefängnis kommt. Die Verhandlung dauert an – die Führungsmitglieder sind nach Ablauf der U-Haft inzwischen auf freiem Fuß. Weitere Angriffe von Mitgliedern der Partei richteten sich gegen alle, die als Feinde angesehen wurden: linke und antirassistische AktivistInnen, Roma und MigrantInnen – insbesondere AlbanerInnen.

Der kleine Rest – Der Juniorpartner und Splitterparteien

Der bisherige Juniorpartner in der Regierungskoalition – »Anexartiti Ellines« (»Unabhängige Griechen«, ANEL) – wurde im Februar 2012 von Panos Kammenos gegründet, Ex-Mitglied der Konservativen und bis vor kurzem Verteidigungsminister. Unter dem Mantel der klassischen Protestpartei versucht die Partei, sich mit rechtspopulistischen Tönen als die wahre Alternative zu den »korrupten Eliten« und gegen die »ausländischen Mächte, die unser Land bedrohen« zu inszenieren. Die ANEL pflegen antideutsche Töne und fordern eine Begleichung der Reparationszahlungen aus dem Zweiten Weltkrieg. In aktuellen Umfragen sinken ihre Werte eher: Bei den Europawahlen 2014 erreichten sie noch 3,5 Prozent und einen Sitz – bei den kommenden Wahlen werden sie laut Umfragen auf lediglich 1,5 Prozent geschätzt und würden ihren Sitz verlieren.

Für alle Seiten, nicht nur für die extreme Rechte der griechischen politischen Landschaft, werden die beiden kommenden Wahlen entscheidend sein: Für SYRIZA, ob ihre Regierung weiterhin legitimiert ist; für die Konservativen droht im Falle eines schwachen Ergebnisses ein Führungswechsel. Auch die neu antretende, patriotische und pro-russische Splitterpartei »Griechische Lösung« wird nicht über 1,5 Prozent kommen. Es bleibt abzuwarten, ob sich in der Zukunft ein neuer Player im rechten Spektrum etabliert – vor allem im Bezug auf die Mazedonienfrage.

Im Schatten Griechenlands

von John Malamatinas

Seit 1974 ist Zypern geteilt – in einen griechischsprachigen Teil, der 2004 der EU beigetreten ist, und einen türkischsprachigen Teil, der als eigenständiger Staat nur von der Türkei anerkannt wird. Die Teilung erfolgte, nachdem die Nationalgarde mit Hilfe der griechischen Militärjunta in einem Putsch den Präsidenten Makarios stürzte. Das türkische Militär, das sich als Schutzmacht der türkischen InselbewohnerInnen versteht, intervenierte und besetzte den Norden der Insel. Der Konflikt dauert seit jeher an – besonders im Schatten der traditionellen Feindschaft zwischen Griechenland und der Türkei. Bei der kommenden Europawahl wird aufgrund der Inselteilung nur im EU-Teil Zyperns gewählt.

Die geteilte Insel im östlichen Mittelmeer stand im vergangenen Jahr im Mittelpunkt der andauernden europäischen »Flüchtlingskrise«. Mit fast 6.000 Anträgen auf rund eine Million EinwohnerInnen verzeichnete Zypern 2018 im Verhältnis mehr Asylanträge als jeder andere EU-Mitgliedstaat. Im August waren die Anfragen um 55 Prozent höher als im gleichen Zeitraum im Vorjahr – ein Wert, der nach Angaben des Innenministeriums bereits mehr als doppelt so hoch war wie 2016. Da die Asyl- und Aufnahmesysteme des Landes stark überlastet sind, haben alarmierte BeamtInnen Brüssel um Hilfe gebeten.

Es wird befürchtet, dass sich das Drama im östlichen Mittelmeerraum weiter verschlimmert, wenn der Krieg in Syrien andauert und sich die Situation, vor allem nach dem Rückzug der US-Armee, weiter verschlechtert. Zypern war von der »Flüchtlingskrise« bisher kaum betroffen, da die meisten europäischen AsylsbewerberInnen vor der Schließung der Balkanroute über Griechenland und Italien reisten. Seit 2016 steigt die Zahl der Asylanträge wieder stark.

Wie anderswo in Europa ist die Insel nicht immun gegen die Feindseligkeit gegenüber den Neuankömmlingen. Extrem rechte Gruppen, die sich um die ultranationalistische »Ethniko Laiko Metopo« (»Nationale Volksfront«, ELAM) zusammenschließen, erfreuen sich zunehmender Beliebtheit, da das Thema Einwanderung vor den Europawahlen im nächsten Jahr als Futter für ihre Zustimmung dient.

ELAM

Bei den Europawahlen 2014 hat ELAM lediglich knapp 2,7 Prozent (6.957 Stimmen) erreicht. Das Selbstverständnis von ELAM verdeutlicht ein Zitat des Vorsitzenden Christos Christou: »Wir sind keine Faschisten, sondern eine nationalistische Bewegung, wir kämpfen für den zypriotischen Hellenismus.« Gegründet wurde ELAM 2008 von zypriotischen StudentInnen, die den Aufstieg der neonazistischen Partei »Chrysi Avgi« (»Goldene Morgenröte«, CA) in Griechenland während der Krise beobachtet hatten und ihr nacheiferten. Historisch bezieht sich ELAM in erster Linie auf die »Ethniki Organosis Kyprion Agoniston« (»Nationale Organisation zypriotischer Kämpfer«, EOKA), die von 1955 bis 1959 für die Befreiung Zyperns von der britischen Herrschaft gekämpft hat.

ELAM ist eine Partei mit klar neonazistischer Ideologie, die im Rahmen der Eurokrise und Zyperns Bankenkrise ihr vermeintlich antisystemisches Gesicht zu zeigen versuchte. Ferner ist sie bemüht, das »Problem« der Migration ohne Papiere auf die zypriotische politische Agenda zu bringen, um sich besonders in Krisenzeiten zu profilieren. Für soziale Probleme fordert sie eine »nationale Lösung«. Durch ihren Internetauftritt, ihr Grundsatzpapier und Aufmärsche wird vor allem klar, dass die Partei die Theorie und Praxis der »Goldenen Morgenröte« fast eins zu eins übernommen hat – gar ihre Schwesterpartei geworden ist. Bei ihrer Gründung 2008 versuchte die Partei sogar, sich als »Goldene Morgenröte – Ortsgruppe Zypern« zu registrieren. Weil dies aber das Register des Innenministeriums ablehnte, wurde schließlich »ELAM« als Name gewählt.

In der Praxis agiert ELAM hauptsächlich bei Krisenprotesten und durch Aktionen, wie etwa Essens- und Kleidungsausgaben nur für griechische ZypriotInnen oder auch Gedenkveranstaltungen für zypriotische Soldaten der EOKA. Offensichtlich ist auch, dass ELAM das Konzept der sogenannten Schlägertrupps der »Goldenen Morgenröte« übernommen hat: Rassistische Angriffe der »ELAM« kamen vermehrt in der Vergangenheit ans Licht der Öffentlichkeit, wie beispielsweise zwei Angriffe im Jahr 2013 mit Molotow-Cocktails und Knüppeln auf ein Haus mit 15 MigrantInnen aus Ägypten. Zuletzt war ELAM im Dezember wieder in den Schlagzeilen, als die Elternvereinigung einer Grundschule in der Stadt Paphos sich empörte, nachdem Neonazis die Einrichtung besucht und Jacken für arme griechische Kinder gespendet hatte.

Vierter Platz und ein Sitz

Als eines der kleinsten Länder der EU hat Zypern, genau wie Luxemburg, nur sechs Sitze im Europaparlament. Bekanntlich werden die Sitze nach Bevölkerungszahl verteilt – eigentlich hätten dann kleine Länder nur einen Sitz, werden aber begünstigt und bekommen sechs Sitze. ELAM erlebt trotz ihres abschreckenden, neonazistischen Profils von Wahlkampf zu Wahlkampf einen kleinen, aber bemerkenswerten Aufstieg. Das Ergebnis, das bei den letzten Präsidentschaftswahlen Ende Januar 2018 verzeichnet wurde (5,6 %), ist nicht unabhängig vom weiteren Aufstieg der extrem rechten und nationalistischen Bewegungen und Parteien in fast ganz Europa. Die Wahrscheinlichkeit, den sechsten Sitz im Europaparlament zu gewinnen und gleichzeitig zur viertgrößten politischen Kraft in Zypern zu werden, scheint nun im Gegensatz zu den letzten Europawahlen ein sehr wahrscheinliches Szenario zu sein.

Frustration schüren

von Jacek Dzięgielewski



2004 wurde der EU-Beitritt Polens noch gefeiert

Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 in Polen waren interessant, wenn es um den Aufstieg extrem rechter Parteien geht. Die Regierungspartei »Platforma Obywatelska« (»Bürgerplattform«, PO) bekam mit 19 Sitzen die gleiche Anzahl von Mandaten wie die größte rechtskonservative Partei »Prawo i Sprawiedliwosc« (»Recht und Gerechtigkeit«, PiS). Die größte Überraschung war, dass »Kongres Nowej Prawicy« (»Kongress der neuen Rechte«, KNP) mehr Stimmen erhielt als bei den Landtagswahlen und mit vier Abgeordneten in das Europäische Parlament einzog.
Die KNP wurde 2011 von Janusz Korwin-Mikke gegründet. Sie möchte, dass Polen aus der EU austritt und verschreibt sich einem wirtschaftslibertären Kurs. Korwin-Mikke drückt häufig sein Verständnis für Rassismus und Gewalt gegen Frauen aus; er verwendet auch antisemitische Rhetorik und ermutigt dazu, Behinderte zu diskriminieren. Er saß nur einmal im polnischen Parlament (1991-1993) und seine Partei (die häufig ihren Namen ändert) scheitert grundsätzlich an der Fünf-Prozent-Klausel. Trotzdem hat er viele Fans und potenzielle WählerInnen unter den jungen Menschen in Polen, hauptsächlich im Schulalter. Diese Unterstützung ist vor allem im Internet deutlich zu sehen. Gemessen daran ist er ein sehr erfolgreicher Politiker – doch dieser Erfolg scheint bisher auf die Online-Communities und Social-Media-Plattformen beschränkt. Nachdem Korwin-Mikke 2015 den Vorsitz der KNP niederlegt hat – sein Mandat im EU-Parlament hat er behalten –, gründete er eine neue Partei: die »Wolność Janusza Korwin-Mikke« (»Freiheit von Janusz Korwin-Mikke«, Wolność).

Vom Medienkonzern zur Partei

Es ist zu erwarten, dass die PiS die anstehende Europawahl gewinnen wird, auch gegen die vereinigte Opposition, die aus anderen polnischen Parteien besteht. Diese Wahl wird für die polnische Innenpolitik von großer Bedeutung sein, da sie die Tendenzen in der Landespolitik aufzeigen und als ein Indikator für die Wahl zum polnischen Parlament im gleichen Jahr gesehen werden kann. Allerdings hat die PiS in 2018 Konkurrenz aus dem eigenen Spektrum bekommen. Pater Tadeusz Rydzyk, Gründer rechts-klerikaler Medien wie »Radio Maryja« (»Radio Maria«), der Tageszeitung »Nasz Dziennik« (»Unsere Tägliche«) und des Fernsehsenders »Telewizja Trwam«, hat die Gründung einer Partei mit dem Namen »Ruch Prawdziwa Europa« (»Bewegung wahres Europa«) bekannt gegeben. Die zum Teil seit 1991 etablierten Medien vertreten homophobe, fremdenfeindliche und antisemitische Ansichten. Von PolitikwissenschaftlerInnen wird die Neugründung als eine Art politische Erpressung gegenüber der jetzt herrschenden PiS bewertet. Diese fördert die Geschäfte Rydzyks mit Millionen polnischer Zloty – im Gegenzug unterstützen seine Medien die Regierungspartei. Jetzt gehen die finanziellen Zuwendungen zurück, und die neue Partei kann als Instrument zur Erschließung neuer Finanzquellen dienen. Jüngste Umfragen zeigen, dass die neue Partei der etablierten PiS etliche Stimmen stehlen und sogar ihren Sieg bei den Wahlen verhindern könnte.

Gegen die EU

»Ruch Narodowy« (»Die nationale Bewegung«, RN) wird wahrscheinlich eigene KandidatInnen für die Wahl zum Europäischen Parlament aufstellen. Aktuell ist die Partei mit Delegierten auf der Liste »Kukiz'15« des Musikers Pawel Kukiz im Parlament vertreten (s. drr Nr. 159). RN gehört zu den OrganisatorInnen des jährlichen Unabhängigkeitsmarschs am 11. November in Warschau (s. drr Nr. 175) und unterhält enge Beziehungen zu neonazistischen Organisationen in Polen und ganz Europa. In Anbetracht des rapiden Anstiegs der extrem rechten Stimmung in der polnischen Gesellschaft seit Mitte 2015, kann davon ausgegangen werden, dass sowohl die neue Partei von Korwin-Mikke als auch RN mit Abgeordneten im neuen Europäischen Parlament vertreten sein werden. Sie kündigten auch an, dass sie sich zu den Wahlen zusammenschließen werden. Ihr politisches Ziel ist es, »die Europäische Union zu zerstören« und Polen dazu zu bringen, die EU zu verlassen. Vorbild für den »Polexit« dürfte der »Brexit« sein.
Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Situation in Polen durch den Aufstieg rechter Emotionen und Rassismus bestimmt wird. Die Anzahl solcher Übergriffe steigt. Die Eskalation begann mit der Debatte über die »Migrationskrise«, von der Polen nur theoretisch betroffen war. Jetzt wird der Diskurs von rechten PolitikerInnen und Medien angeheizt. Was in Polen passiert, ist ein Prozess, in dem junge Menschen, die frustriert zu sein scheinen, hauptsächlich nach rechts abdriften. Ihr Zorn wird von der extremen Rechten geschürt. Nach den jüngsten Umfragen entscheiden sich vor allem junge Menschen für ganz rechts. Die bevorstehenden Europawahlen sind eine ernsthafte Herausforderung im Kampf für Menschenrechte und Demokratie.

Der Autor ist Mitglied von »NIGDY WIECEJ« / »NEVER AGAIN«. Der Verein dokumentiert im »Brown Book« Vorfälle wie Gewalt oder Hassreden im Zusammenhang mit Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus.

Wieder Ostritz

Ostritz. In der sächsischen Kleinstadt hat am 2. und 3. November 2018 zum zweiten Mal das Neonazi-Event »Schild&Schwert« stattgefunden. Das »Hotel Neißeblick« war Veranstaltungsort, angemeldet hatte erneut Thorsten Heise. Mit nicht mal 700 Neonazis war die zweite Auflage schlechter besucht als die Premiere am 20. April desselben Jahres. Am Freitagabend fand erneut das Kampfsport-Turnier »Kampf der Nibelungen« statt, das der Dortmunder Neonazi Alexander Deptolla organisiert. Als Redner traten unter anderen Vertreter der NPD, von »Die Rechte«, des »Aktionsblog« und der aufgelösten »Europäischen Aktion« auf. Neonazis aus ganz Deutschland und vereinzelt aus Polen, Österreich und der Slowakei reisten an. Bekannte und teils aus dem »Blood&Honour«-Netzwerk stammende Rechts-Rock-Bands, wie »Sleipnir«, »Uwocaust«, die »Lunikoff Verschwörung« oder »Sturmwehr« traten auf. Das Konzert am Samstag wurde vorzeitig durch die Polizei beendet, da AnwohnerInnen sich über den Lärm beschwerten und »Sieg Heil«-Rufe zu vernehmen waren. Polizei und Staatsschutz ermitteln wegen verschiedener Straftaten. Gegen die Veranstaltung protestierten mehrere hundert Menschen auf einem »Friedensfest« und einem antirassistischen Musikfestival. Für den 21. und 22. Juni 2019 ist das nächste »Schild&Schwert«-Festival angekündigt.

Rechte Demos zum 9. November

Berlin / München / Wuppertal / Güstrow. Das Bündnis »Wir für Deutschland« hatte am Jahrestag der sogenannten Reichspogromnacht zu einer Demonstration aufgerufen. Etwa 150 rechte DemonstrantInnen versammelten sich am Berliner Hauptbahnhof, darunter Mitglieder der NPD und der Gruppe »N.S. Havelland«. Mehrere tausend Menschen protestierten gegen die Versammlung, deren Verbot kurzfristig vom Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in zweiter Instanz aufgehoben worden war. In München hatte ein polizeibekannter Neonazi mit mehreren Kameraden einen Marsch auf die Feldherrenhalle geplant, um an den gescheiterten Putsch der Nazis im Jahre 1923 zu erinnern. Die Polizei griff ein und löste die Versammlung auf. Im Wuppertaler Stadtteil Oberbarmen hielten circa 15 Mitglieder der Partei »Die Rechte« eine Versammlung ab. Weil das Motto der Demo »Sicherheit, Recht und Ordnung – Oberbarmen muss endlich sicherer werden« keinen Bezug zur Reichspogromnacht hatte, kippte das zuständige Gericht in Düsseldorf das Verbot. Das Wuppertaler Bündnis gegen Nazis hatte eine Gegenkundgebung angemeldet. In Güstrow zogen am 10. November, 80 Jahre nachdem die dortige Synagoge niedergebrannt wurde, Neonazis mit Fackeln durch die Stadt. Etwa 30 Mitglieder der Güstrower Kameradschaft hatten sich an dem Marsch beteiligt, wie die Polizei bestätigte. Da keine »unmittelbare (…) Gefährdung für die öffentliche Sicherheit und Ordnung« bestanden habe, sei kein Verbot in Betracht gezogen worden.

Neonazi-Aufmarsch in Bielefeld

Bielefeld. Am 10. November 2018 haben rund 400 Neonazis an einer Demonstration durch Bielefeld teilgenommen. Sie forderten unter anderem die Freilassung der inhaftierten Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck. Einige TeilnehmerInnen zeigten verfassungsfeindliche Symbole und riefen antisemitische Parolen. Etwa 6.000 Menschen protestierten auf verschiedenen Veranstaltungen gegen den Aufmarsch.

Brandanschläge auf linke Projekte

Frankfurt. Am 13. November 2018 wurden an zwei linken Hausprojekten Brände gelegt. Am 16. November wurde ein Fahrzeug in der Nähe eines Wohnprojektes sowie am 3. Dezember erneut ein Haus in Brand gesteckt. Am 9. und 10. Dezember wurden zwei weitere Brandanschläge auf das autonome Zentrum »Exzess« verübt. Die Brände konnten rechtzeitig gelöscht werden, niemand wurde verletzt. Im September 2018 war ein Haus aus dem Mietshäusersyndikat in Frankfurt ausgebrannt. Die NutzerInnen gehen von einem extrem rechten Hintergrund aus. Sie machen die »reaktionäre Koalition aus FDP, CDU und AfD« als »geistige Brandstifter*innen« mitverantwortlich, die seit längerem gegen linke Zentren mobil machen.

Neues Festivalgelände

Erfurt. Der bekannte Neonazi Tommy Frenck hat bei einer Versteigerung am 26. November 2018 die ehemalige Porzellanfabrikantenvilla samt Gelände in Kloster Veßra (Kreis Hildburghausen) erworben. Der Veranstalter von RechtsRock-Konzerten (Themar) betreibt in der Nähe das Gasthaus »Goldener Löwe«, das bereits als Treffpunkt der extrem rechten Szene in Thüringen fungiert. Wegen einer nicht eingehaltenen Bekanntmachungsfrist bei der Teilungsversteigerung erklärte das Amtsgericht Sonneberg den Verkauf in erster Instanz für ungültig.

Razzien bei »Blood&Honour«

München. Am 12. Dezember 2018 haben die Ermittlungsbehörden in fünf Bundesländern die Räumlichkeiten von 12 Personen durchsucht, die der im Jahr 2000 verbotenen Neonazi-Vereinigung »Blood&Honour« zugerechnet werden. Beschlagnahmt wurden indizierte Tonträger, Merchandise-Artikel, eine Fahne und ein Dolch mit Hakenkreuz sowie Schlagringe und Schlagstöcke. Vier Personen wurden festgenommen. Mindestens zwei der Durchsuchten waren ebenfalls im Netzwerk »Combat 18« und in der 2016 verbotenen »Weiße Wölfe Terrorcrew« aktiv. Die Staatsanwaltschaft München hat den Fall übernommen.

Urteil gegen »Migrantenschreck«-Betreiber

Berlin. Am 18. Dezember 2018 ist der extrem rechte Betreiber des Versands »Migrantenschreck« zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und zehn Monaten verurteilt worden. Mario Rönsch hatte während des Prozesses den illegalen Handel mit Waffen zugegeben. Von Ungarn aus hatte er 167 Pistolen, Revolver und Gewehre an deutsche KundInnen verschickt. Rönsch war Ende März 2018 in Budapest festgenommen und ausgeliefert worden. Rönsch bleibt dennoch vorerst auf freiem Fuß, sofern er sich dreimal die Woche bei der Polizei an seinem Wohnort Erfurt meldet. ProzessbeobachterInnen gehen davon aus, dass Rönsch in Revision geht.



Flüchtlinge, die es 2015 noch über die Grenze bis nach Österreich geschafft haben

Eine Zerreißprobe für die Regierung?

Bei den Europawahlen könnte sich die extrem rechte »Freiheitliche Partei Österreichs« wieder einmal als »Protestpartei« profilieren. Doch das könnte einen Keil in die Koalition mit der »Österreichischen Volkspartei« treiben.

von Heribert Schiedel

Während die »Österreichische Volkspartei« (ÖVP) als Teil der »Europäischen Volkspartei« (EVP) für den gegenwärtigen Zustand der EU mitverantwortlich ist, möchte sie die 2015 gegründete 34-köpfige extrem rechte Fraktion »Europa der Nationen und der Freiheit« (ENF), zu der die »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ) gehört, am liebsten zerschlagen wissen. Beide Parteien haben darum wenig Interesse an einem Wahlkampf, der diesen Namen auch verdient und solcherart die Bruchstellen in der Koalition mit der FPÖ deutlich machen würde. Insbesondere der mächtigen »Industriellenvereinigung« ist wenig daran gelegen, sich für Zahlungen an eine Partei rechtfertigen zu müssen, die sich in aller Öffentlichkeit zur Auflösung der EU oder zum Ende der Euro-Währung bekennt, beziehungsweise mit Parteien eine Fraktion im europäischen Parlament bildet, die genau das tun.
Seit Dezember 2017 sitzt die FPÖ in einer Koalition mit der ÖVP, wofür sie bereits ihre Ablehnung des Freihandelsabkommens CETA und andere einst angeblich unverhandelbare Positionen aufgeben musste. Dieser Verrat wird der FPÖ aber nicht schaden, denn ihre WählerInnen sind nicht gerade dafür bekannt, ein gutes Gedächtnis zu haben. Stattdessen haben sie vor allem eins: »Angst«. Und was ist schon eine Handelsvereinbarung im Vergleich zu jenen ‹Flüchtlingshorden›, die wohl auch in diesem Wahlkampf wieder als Bedrohung erfunden werden. Alle Umfragen gehen darum zu Recht davon aus, dass die FPÖ ihr Ergebnis der Europawahl 2014, als sie 19,7 Prozent erreichte, noch übertreffen wird. Dies trotz des wenig beliebten Harald Vilimsky, FPÖ-Generalsekretär und Mitglied des Europäischen Parlaments (MdEP), der neben Vizekanzler und Parteichef Heinz-Christian Strache von den FPÖ-Plakaten grinsen wird.

FPÖ allein in Parlament?

Noch schwieriger dürfte die Zeit nach den Wahlen werden: Die FPÖ war zwar ENF-Gründungsmitglied, könnte aber bald ohne Fraktionsanbindung bleiben oder wieder in einer bedeutungslosen Minifraktion landen. Denn von den rechtspopulistischen und nationalkonservativen Parteien sind nur wenige zu einer Fraktionsbildung mit der FPÖ bereit. Insbesondere die skandinavischen Rechtsparteien und auch die polnische Regierungspartei »Recht und Gerechtigkeit« haben noch starke Vorbehalte gegen die FPÖ und den Pro-Putin-Kurs der ENF-Mitglieder. Zudem ist nicht davon auszugehen, dass sich die ungarische »Fidesz« aus der EVP verabschiedet, um so eine neue Rechtsaußen-Fraktion mit unsicherer Zukunft zu stärken. Es kann darum der FPÖ durchaus passieren, dass sie überbleibt. Zumal die ENF-Mitglieder »Lega« aus Italien und die niederländische »Partij voor de Vrijheid« zu Steve Bannons Bündnisplan »The Movement« tendieren, mit dem die FPÖ allerdings nichts zu tun haben will. Auch in der französischen »Rassemblement National«, vormals »Front National«, ist die Verbundenheit mit der FPÖ nicht enger geworden, nachdem Vilimsky die ganze Schuld am »Champagnergate« – 2016 wurden von der ENF nahezu 500.000 Euro an Steuergeldern verprasst – den ‹Franzosen› in die Schuhe geschoben hatte.

Konservative und Aussichtslose

Auch die einstige »Europapartei« ÖVP wirkt, als hätte sie wenig Freude mit den Europawahlen. Eine offen gegen die EU wetternde FPÖ würde innerhalb der ÖVP jenen pro-europäischen Stimmen wieder Gewicht verleihen, die seit jeher vor einer Koalition mit der FPÖ gewarnt hatten. Einer davon ist Othmar Karas (MdEP), der ÖVP-Spitzenkandidat von 2014, der damals 27 Prozent erzielte. Er ist es auch, der im Gegensatz zum ‹Orbán-Freund› Bundeskanzler Sebastian Kurz am liebsten die »Fidesz« aus der EVP ausgeschlossen sehen will und schon so manche Entscheidung der ÖVP-FPÖ-Regierung öffentlich kritisiert hat. Allein die Tatsache, dass entgegen aller Ankündigungen Mitte Januar noch immer keine KandidatInnenliste der ÖVP präsentiert wurde, verweist auf die Konflikte im Hintergrund. Parteichef Kurz muss Karas berücksichtigen, weil dieser sonst mit einer eigenen Liste den absehbaren neuerlichen Sieg der ÖVP verunmöglichen könnte. Umgekehrt ist der Bundeskanzler nicht dafür bekannt, dass er an so einer zentralen Position wie der Leitung der ÖVP-Delegation im europäischen Parlament eigenständige Persönlichkeiten mit politischem Gewicht und abweichender Meinung duldet. Darum ist es gut möglich, dass Karas auf den Posten eines EU-Kommissars weggelobt wird und die ‹neue› türkise ÖVP mit braven ParteisoldatInnen ins Rennen geht. Die passen besser neben Kurz auf die Wahlplakate, der nach Umfragen der beliebteste Kanzler der »Zweiten Republik« ist.
Rechts von ÖVP und FPÖ versuchen mehrere Kleinstparteien, sich Anti-EU-Sentiments nutzbar zu machen. So etwa die »Liste ÖXIT – Die Stimme« von Markus Ripfl, einem Mitglied der schlagenden »Burschenschaft Olympia«, der aufgrund seiner neonazistischen Tendenzen zu Jahresbeginn 2018 aus der FPÖ geworfen wurde. Oder die Liste »EU Nein«, zu der sich die Initiativen »Heimat & Umwelt« und »Neutrales Freies Österreich« zusammengeschlossen haben. Eine Chance auf Mandate haben sie allesamt nicht.



Jussi Halla-aho

Radikalisierung nach Spaltung

von Stein Lillevolden

Bei der Wahl zum Europaparlament 2014 erhielt die Partei »Perussuomalaiset« (»Wahre Finnen«, PS) 12,9 Prozent der Stimmen und damit zogen zwei RepräsentantInnen ins Parlament (Finnland hat 13 Sitze). Zuerst schlossen sie sich der Fraktion »Europe for Freedom and Democracy« (EFD) an. Mittlerweile sind sie Teil der »European Conservatives and Reformists« (ECR).
Bei der nationalen Parlamentswahl 2011 überraschten sie mit einem Stimmenanteil von 19 Prozent und erhielten 39 Sitze im Parlament – vier Jahre zuvor hatten nur vier Prozent der WählerInnen für sie gestimmt. Bei der darauffolgenden Wahl 2015 konnten sie ihren Stimmenanteil halten. Zusammen mit der liberalen »Suomen Keskusta« (»Finnischen Zentrumspartei«) und der konservativen »Kansallinen Kokoomus« (»Nationalen Sammlungspartei«) bildeten sie eine Regierung. Der damalige Vorsitzende der »Wahren Finnen«, Timo Soini, wurde Finnlands neuer Außenminister und setzte die EU-positive Linie des Landes fort – entgegen der EU-skeptischen Linie seiner Partei. Dadurch entstand in der Partei ein Konflikt zwischen den rechtsradikalen und nationalistischen Kräften sowie den ökonomisch liberalen.

Als der langjährige Vorsitzende der PS, Timo Soini, 2017 eine Nachfolge suchte, wählte die Mehrheit der Partei den bereits im Europaparlament sitzenden Jussi Halla-aho zum neuen Vorsitzenden. Die übrigen RegierungspartnerInnen waren geschockt über diese Entscheidung. Denn sie wollten nicht mit einer Partei in einer Regierung sitzen, die von einem extremen Nationalisten geleitet wird. Dieser war wegen Volksverhetzung zu einer Bußgeldstrafe verurteilt worden.
Jussi Halla-aho kommt aus der nationalistischen Gruppe »Suomen Sisu«, der Jugendorganisation des Bundes der »Finskhedsforbundet« (»Finnischgesinnten«). Diese wurde jedoch im Jahr 2000 ausgeschlossen, da die Jungen der Mutterorganisation zu radikal geworden waren. »Suomi Sisu« suchte danach die Zusammenarbeit mit den »Wahren Finnen«. Jussi Halla-aho bekam den Auftrag, vor der Erfolgswahl 2011 die AusländerInnenpolitik der Partei zu formen. Der Widerstand gegen die EU und eine rassistische Rhetorik waren seine Erfolgsformel und die »moderateren« Mitglieder ließen ihn gewähren.
Auch innerhalb der eigenen Partei waren nicht alle mit der Wahl des neuen Vorsitzenden zufrieden. Deshalb gründeten einige von ihnen die Partei »Sininen tulevaisuus« (»Blaue Zukunft«, umgangssprachlich »Die Blauen«). Sie behielten ihre Ministerämter in der Regierung sowie ihre Parlamentssitze; nun jedoch repräsentativ für ihre neue Partei.
Die Spaltung der PS bedeutete nicht ihr politisches Aus. Die allgemein verbreitete These, dass sich rechtspopulistische Parteien im Falle einer Regierungsbeteiligung deradikalisieren, »verantwortungsvoll« werden und sich parlamentarisch anpassen, trifft hier nicht zu. Nach der Spaltung konnte die PS die Unterstützung von großen Teilen ihrer WählerInnen aufrechterhalten. Dies hat dem jetzigen Vorsitzenden Jussi Halla-aho den Spielraum gegeben, die Linie für Nationalismus und gegen Einwanderung weiterzuentwickeln. »Die Blauen« hingegen stellen eine Regierungs- und Parlamentspartei ohne größeren Rückhalt ihrer früheren WählerInnen dar.
Die radikalisierte Partei »Wahre Finnen« liegt bei Umfragen aktuell über zehn Prozent, wogegen »Die Blauen« nur bei einem Prozent liegen. Es gibt keinen Zweifel daran, wer die finnische Rechte nach der EU-Wahl 2019 repräsentieren wird. Die Partei »Wahre Finnen« zeichnet eine geschlossene rechtsradikale Bewegung, die eine bedeutende Unterstützung hat und die politische Diskussion über Asyl und Immigration in Finnland dominiert, andere Parteien zogen nach rechts nach. Das deutliche extrem rechte Profil der Partei hat die Zusammenarbeit mit anderen ausländischen nationalistischen Parteien erleichtert. Dies sieht man zum Beispiel in Schweden, wo die »Wahren Finnen« nach der Parlamentswahl mit den »Schwedendemokraten« in näheren Kontakt getreten sind.
Diese Zusammenarbeit und Vernetzung kann die Etablierung und Konsolidierung der skandinavischen Rechten im Europaparlament bedeuten.

VOX ganz groß

von Miquel Ramos

Die kommenden Europawahlen werden in Spanien zeitgleich mit mehreren Regional- und Kommunalwahlen stattfinden. Bei den Kommunalwahlen 2014 waren zahlreiche linke KandidatInnen erfolgreich und regierten seit dem große Städte wie Barcelona, Madrid, València oder Cádiz. Bei den Europawahlen 2014 erreichte die von ehemaligen Mitgliedern der konservativen »Partido Popular« (»Volkspartei«, PP) im Dezember 2013 gegründete rechte VOX nahezu 250.000 Stimmen (1,56 %).

Das Referendum

Das Referendum über die Unabhängigkeit Kataloniens, das von der vorherigen katalanischen Regierung gefördert worden war, war seit Mitte 2017 eines der beherrschenden Themen. Am 1. Oktober 2017 setzte die Regierung von Mariano Rajoy (PP) tausende von PolizistInnen in Katalonien ein, um das Referendum zu unterdrücken und die mehr als zwei Millionen WählerInnen einzuschüchtern. Das Resultat waren mehr als tausend Verletzte und Bilder extremer, durch die Polizei verursachter Gewalt. Die von spanischen NationalistInnen – den Rechten wie auch Teilen der nationalistischen Linken – gegen das Recht konstruierte Geschichte war ein Impuls für extrem rechte Organisationen. Sie erkannten die Gelegenheit, im Kampf um die Einheit von Spanien wieder sichtbar zu werden. Auch der spanische König Felipe VI. hielt Tage nach dem Referendum eine Rede, um die Polizei zu unterstützen und die SeparatistInnen zu warnen.



Die VOX-KandidatInnen für die EU-Wahl 2019

Aufgrund des offiziellen Diskurses gegen Katalonien fühlten sich Militante der extremen Rechten gestärkt und steigerten ihre Übergriffe auf Personen und Zusammenhänge, die sie im Kontext mit der Unabhängigkeitsbewegung wähnten. Die große Mehrheit der Angriffe fand zudem keine Erwähnung in spanischen Medien; die Polizei hat die TäterInnen nicht aufgehalten. Ein schwerer Übergriff ereignete sich am 2. Oktober 2017, als dutzende Rechtsradikale versuchten, in die Radiostudios von Barcelona einzudringen. Der Fotojournalist Jordi Borràs hatte im Zeitraum von September bis Dezember 2017 mehr als 130 faschistische Angriffe in Katalonien gezählt. Am 16. Juli 2018 wurde er selbst zum Opfer. Ein Zivilpolizist griff ihn unter dem Ruf »Viva Franco!« an. Der Täter ist nicht der einzige spanische Polizist, der in Katalonien mit Gewalttaten gegen AktivistInnen der Unabhängigkeitsbewegung in Verbindung steht.

VOX

Im Juni 2018 befürwortete die »Partido Socialista Obrero Españo« (»Spanische Sozialistische Arbeiterpartei«, PSOE) einen – erfolgreichen – Misstrauensantrag gegen Mariano Rajoy. Dank der Unterstützung der linken Parteien und der »Independentistas« (»BefürworterInnen der Unabhängigkeit«) wurde Pedro Sánchez Regierungspräsident (PSOE). Seitdem fördert die PP eine ultranationalistische Kampagne, in der die Regierung von Pedro Sanchez beschuldigt wird, mit den »Independentistas« übereinzustimmen. Auch VOX macht sich diese Sichtweise zu Eigen.

Bei der Europawahl 2014 war VOX zum ersten Mal wählbar. Auch wenn sie den Einzug ins EU-Parlament verpasste, über Alejo Vidal-Quadras war VOX zum Ende der Legislaturperiode für knapp vier Monate im Parlament vertreten. Der ehemalige Abgeordnete der PP wird auch mit einer Spende vom »Nationalen Widerstandsrat des Iran« (NWRI) in Höhe von 500.000 Euro in Verbindung gebracht. Nach dem verpassten Einzug stellte Vidal-Quadras sein parteipolitisches Engagement ein.

Am 2. Dezember 2018 erzielte die Partei bei den Regionalwahlen in Andalusien mit elf Prozent einen Überraschungserfolg. Mit zwölf Abgeordneten zieht sie ins Regionalparlament ein und unterstützt die Minderheitenregierung der »Volkspartei« und der rechtsliberalen »Ciudadanos« (»Bürger«, Cs). Die sozialdemokratische PSOE, die Andalusien nahezu vier Jahrzehnte regiert hat, findet sich in der Opposition wieder.

Seitdem hat VOX enorme Bekanntheit erlangt, die von Steve Bannon empfohlene Partei steht im medialen Mittelpunkt. Seit dem Tod Francos 1975 hatte keine extrem rechte Partei bei Wahlen so gute Ergebnisse erzielt. Die konservative PP konnte bislang nahezu dem gesamten rechten Spektrum eine Heimat bieten. Allerdings haben unter anderem zahlreichen Fälle von Korruption der Partei geschadet und zur Entstehung der »Ciudadanos« und auch von VOX beigetragen, die nun durch mit der PP unzufriedene Stimmen genährt wurden.

Die Politik von VOX legt den Schwerpunkt auf die Verteidigung der Einheit Spaniens, den Kampf gegen die Unabhängigkeitsbewegungen, für einen zentralisierten Staat ohne Autonomie für die Provinzen, gegen Einwanderung, den Islam und gegen die »Genderdiktatur«. Obwohl dieser Diskurs in Spanien nicht neu ist, hatten die extrem rechten Gruppen, die ihn beförderten, nicht die Ressourcen und Fähigkeiten, die VOX derzeit besitzt. Formationen wie »Spain2000«, »National Democracy« oder »La Falange« konnten rechte WählerInnen nicht erreichen und sind seit Jahren bedeutungslos.

VOX nutzt soziale Netzwerke als Hauptschlachtfeld. Durch Fake News und provokante Äußerungen sichert sie sich eine überproportionale Präsenz in den Medien und zwingt andere Parteien in den von ihr gesteckten inhaltlichen Rahmen. Mehrere Umfragen deuten bereits bei den nächsten Wahlen auf einen großen Erfolg dieser Partei hin. Es wäre das erste Mal in 40 Jahren Demokratie, dass eine extrem rechte Partei in Spanien landesweit parlamentarisch vertreten ist.

Im Parlament gegen das Parlament

Die »Alternative für Deutschland« hofft auf einen Erfolg bei der Europawahl. Auch NPD und »Die Rechte« kandidieren, um im Europaparlament gegen die EU zu agieren.

von Andreas Speit



Spitzenkandidatin Ursula Haverbeck

Der Bundesvorsitzende und Bundestagsfraktionschef legte die Richtung fest. Auf ihrem Parteitag zur Europawahl im Januar 2019 beschloss die »Alternative für Deutschland« (AfD), einen »Dexit« – also den Austritt aus der EU – nicht mit einer verbindlichen Frist zu fordern. Vor den rund 500 Delegierten wetterte Alexander Gauland zwar über die EU, die »krank an Kopf und Gliedern« sei, aber er warnte vor unrealistischen Forderungen. Ein Ja zu Europa war das aber nicht: »Wir müssen die EU nicht abschaffen, sondern auf ihren sinnvollen Kern zurückführen«, erklärte er. Bei der Europawahl 2014 hatte die AfD sieben Mandate gewonnen. Durch Richtungskämpfe und Austritte seit der letzten Wahl blieb der Partei nur ein Sitz.

AfD: EU-Austritt oder Reform?

Am 13. Januar war die Debatte um den »Dexit« der Höhepunkt des Parteitags. Vor den Saalmikrofonen meldeten sich BefürworterInnen und GegnerInnen eines Austritts aus der EU – wenn bis Ende der kommenden Legislaturperiode 2024 keine Reformen umgesetzt würden, um Macht und Einfluss des Parlaments nachhaltig zu beschränken. Gauland hatte in seiner Rede anfänglich gesagt, dass die EU-Reform das Bohren dicker Bretter sei, das »nicht von heute auf morgen« ginge. »Begeben wir uns nicht auf einen Weg der Ungewissheiten! Davor möchte ich gerne warnen«, endete er und erntete Standing Ovations. Die Stimmung legte nahe, dass ein Kompromissvorschlag des Spitzenkandidaten zur Europawahl und Bundesvorsitzenden Jörg Meuthen eine Mehrheit finden könnte. Er schien mit dem thüringischen Landes- und Fraktionschef Björn Höcke eine Übereinkunft gefunden zu haben. Denn »Der Flügel« um Höcke hatte in einem Positionspapier die EU nicht bloß als »undemokratisches Konstrukt«, das von den politischen Klassen »Europas« besetzt sei und von einer »intransparenten nicht kontrollierbaren Bürokratie« gestaltet werde, ausgemacht, sondern eben auch einen Austritt gefordert, wenn keine »Reformansätze« der AfD sichtbar würden. »Diese Selbstbindung ist gefährlich«, kritisierte Meuthen. Die AfD wäre dann daran gebunden, in fünf Jahren den »Dexit« zu fordern. Meuthen, der schon im Europaparlament sitzt, schlug dagegen eine weichere Formulierung vor, die EU solle sich »in angemessener Zeit« reformieren. Seien Reformen nicht zu erkennen, könnte aber ein Austritt »notwendig« werden. Im Leitantrag heißt es nun: »Sollten sich unsere grundlegenden Reformansätze im bestehenden System der EU in angemessener Zeit nicht verwirklichen lassen, halten wir einen Austritt Deutschlands oder eine geordnete Auflösung der Europäischen Union und die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft als letzte Option für notwendig.« Die Umsetzung der Vorschläge würde die EU fundamental umgestalten. Sie soll eine reine »Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner Staaten« werden. Eine eigene Gesetzgebungskompetenz wird abgelehnt, ein Europäisches Parlament kommt dann nicht mehr vor. Nach aktuellen Meinungsumfragen würde die AfD bei der Wahl bis zu 15 Prozent der Stimmen erreichen und mit 14 Abgeordneten ins EU-Parlament einziehen. Auf Platz eins der Liste steht der Vorsitzende Jörg Meuthen, Listenplatz zwei geht an das ehemalige SPD-Mitglied Guido Reil aus Nordrhein-Westfalen. Ihm folgt auf Platz drei das ehemalige CDU-Mitglied Maximilian Krah aus Sachsen. Vermutlich sollen beide unschlüssige WählerInnen beider Parteien mobilisieren. Auf Listenplatz sechs kandidiert Nicolaus Fest, ehemaliger Redakteur der »Bild« und »Bild am Sonntag«. Beim Parteitag in Riesa erreichte Thorsten Weiß, ehemaliger Chef der »Jungen Alternative« in Berlin und Mitglied im dortigen Abgeordnetenhaus, Platz 14 und der sachsen-anhaltische Landtagsabgeordnete Hans-Thomas Tillschneider, bislang Sprecher der »Patriotischen Plattform«, Platz 19. Beide haben gute Kontakte zur »Identitären Bewegung«.

NPD und »Die Rechte«

Mit einem Mandat konnte die NPD 2014 ins Europa-Parlament einziehen. Udo Voigt nutzte das Mandat, um eine europaweite Partei »Alliance for Peace and Freedom« (APF) aufzubauen. Mit dem Slogan »Ja zur Festung Europa« hofft die Partei mit Voigt als Spitzenkandidat auf einen Wiedereinzug. In den vergangenen Monaten hat die Partei die Aktivitäten des mit 85 Prozent der Stimmen wieder gewählten Kandidaten nicht bloß wegen der Wahl breit dargestellt. Die NPD hat sonst kaum eigene Aktionen vorzuzeigen. Um ein Mandat ringt auch »Die Rechte« um Sven Skoda, der auf Platz zwei der Wahlliste antritt. Für die Spitzenkandidatur hat die Neonazi-Kleinstpartei die Grande Dame der Holocaustleugnungsszene, Ursula Haverbeck, gewinnen können. Am 20. April 2019 soll in Wuppertal der Wahlauftakt stattfinden.

Nein zur Flüchtlingspolitik

Alle Parteien eint ihr Nein zur EU, insbesondere ihre Flüchtlings- und Einwanderungspolitik. Der Erfolg der Rechtsparteien hängt auch davon ab, inwieweit es ihnen gelingt, die politische Agenda zu setzen. Die Aussage des Präsidenten des »Bundesamtes für Verfassungsschutz«, Thomas Haldenwang, am 15. Januar 2019, die AfD nun als »Prüffall« des Geheimdienstes einzustufen, da »tatsächliche Ansatzpunkte« für verfassungsfeindliche Bestrebungen vorlägen, könnte das Wahlergebnis beeinflussen.

Noch isoliert

von Anne Jessen

Bei der Wahl zum Europaparlament 2014 zogen die rechten »Sverigedemokraterna« (»Schwedendemokraten«, SD) mit 9,7 Prozent der Stimmen und zwei Mandaten zum ersten Mal ins Parlament – Schweden hat insgesamt 20 Sitze. Die beiden SD-Abgeordneten schlossen sich der EU-skeptischen und rechten Fraktion »Europe for Freedom and Direct Democracy« (EFD) an.
Im Juli 2018, kurz vor der schwedischen Parlamentswahl, wechselte die SD zur ebenfalls EU-skeptischen und national-konservativen Fraktion »European Conservatives and Reformatives« (ECR) über. Diese Entscheidung ist aus dem Kalkül heraus getroffen worden, dass die SD – die einen Austritt Schwedens aus der EU möchte – bei einem Wahlerfolg Einfluss auf die geführte Politik Schwedens ausüben werde und es deshalb besser wäre, in einer EU-Gruppe mit anderen größeren Parteien zu sein, die kritisch gegenüber der EU eingestellt sind.

National

Bei der Wahl im Juli stellte sich nicht der erhoffte große Erfolg ein (s. drr Nr. 175). Einen Stimmengewinn gab es dennoch. Im Vergleich zur letzten Wahl erhielten sie fast fünf Prozent mehr und damit 17,5 Prozent. Zudem wurden sie die drittstärkste Partei. Im Gegensatz zu Dänemark, wo die »Dansk Folkeparti« (»Dänische Volkspartei«) bei der letzten Wahl die meisten Mandate im bürgerlichen Lager gewann, aber trotzdem nicht an der Regierung beteiligt sein möchte, hat die SD eine Regierungsbeteiligung zum Ziel. In Schweden jedoch ist für die im Riksdag vertretenen Parteien die Zusammenarbeit mit einer Partei mit faschistischen Wurzeln noch immer nicht akzeptabel. Nach über vier Monaten schwieriger Verhandlungen konnte Mitte Januar 2019 eine neue Regierung gebildet werden. Die SozialdemokratInnen und »Grüne« stellen eine Minderheitsregierung. Die Liberalen und die »Zentrumspartei« stimmten dieser unter der Bedingung zu, bei bestimmten Themen zusammenzuarbeiten. Auffällig ist, dass auch die schwedische konservative Partei »Moderata samlingspartiet« (»Moderate Sammlungspartei«) an einer parlamentarischen Zusammenarbeit mit den SD nicht interessiert ist. Darüber kann man sich wundern, haben doch die europäischen konservativen Parteien in der ECR mit den »Schwedendemokraten« keine Probleme. Hier scheint die nationalistisch-konservative EU-Skepsis einen Konsens auszumachen, der wichtiger als rassistische Grundstrukturen und faschistische Wurzeln einer Partei ist.

International

National wie auch auf EU-Ebene haben die »Schwedendemokraten« daran gearbeitet, sich von ihrer faschistischen Herkunft zu distanzieren. So ist es innerhalb der letzten Jahre zu etlichen Ausschlüssen von offen rassistisch auftretenden Mitgliedern gekommen. Vor der Wahl zum EU-Parlament 1999 wurde bekannt, dass die SD Mitglied im europäischen Netzwerk »EuroNat« waren. In diesem Netzwerk waren verschiedene rassistische und faschistische Gruppen aktiv, darunter »Front National« aus Frankreich und »Movimento Sociale Fiamma Tricolore« aus Italien. Die SD zogen sich offiziell heraus, hielten aber über ihre Jugendorganisation »Sverigedemokratisk Ungdom« (»Schwedendemokratische Jugend«, SDU) weiterhin Kontakt. Mittlerweile haben sie die Verbindung zu ihrer Jugendorganisation gekappt. Aus deren Spektrum heraus ist im Dezember 2017 die Partei »Alternativ för Sverige« (»Alternative für Schweden«) gegründet worden (s. drr Nr. 175).
In Skandinavien leiteten 2017 die »Schwedendemokraten«, die »Dänische Volkspartei« und die »Perussuomalaiset« (»Wahren Finnen«) eine Zusammenarbeit ein. Gemeinsam möchten sie ihre Politik gegen Geflüchtete, Muslime, die internationalen Vereinbarungen zu Menschenrechten und die EU stärken.

Neonazis, »Identitäre« und Völkische

Auch in der neonazistischen und faschistischen Szene gibt es Bestrebungen, sich zu koordinieren. In der »Nordiska Motståndsrörelsen« (»Nordische Widerstandsbewegung«) sind Gruppen und Personen aus Schweden, Dänemark, Finnland und Norwegen miteinander vernetzt (s. drr Nr. 175).
Mittlerweile gibt es auch in Skandinavien sogenannte »Identitäre«, in Schweden die »Generation Identitär« (GI). Einer der Initiatoren der Bewegung in Schweden ist Daniel Friberg, Gründer und Betreiber des Verlags »Arktos«. Hier werden Bücher über faschistische, identitäre und ethnokulturelle Ideen vertrieben. Friberg hatte bereits 2006 das Webportal »Motpol« als »metapolitischen« Thinktank gegründet. Er ist auch Mitveranstalter von jährlichen internationalen Kongressen über identitäre Ideen. Die GI hat Kontakte nach Norwegen, wo zwei Personen eine zentrale Rolle spielen: Tore Johan Rasmussen, ein altbekannter Neonazi, der zu Martin Sellner aus Österreich guten Kontakt hat. Er pflegt auch mit den britischen »Identitären« eine enge Zusammenarbeit. Für die Völkischen betreibt Olav Torheim eine Website, auf der altnorwegische Sprache und Kultur verehrt werden.
Im nationalen Parlament werden die SD von den anderen Parteien ausgegrenzt. Sie sitzen jedoch in verschiedenen kommunalen Versammlungen, wo sie Einfluss haben. Gemeinsam mit anderen rassistischen und faschistischen Gruppen prägen sie die politische Diskussion und Stimmung im Land gegen Geflüchtete, MigrantInnen, Muslime. Die SD möchten, dass Schweden aus der EU austritt und streben eine Volksabstimmung über die Mitgliedschaft der EU an. Einer Meinungsumfrage vom Mai 2018 zufolge sind 68 Prozent der SchwedInnen für den Verbleib in der EU. Das Brexit-Chaos in Großbritannien könnte sich demnach negativ auf das Wahlergebnis der SD als Anti-EU-Partei auswirken.



ArbeiterInnenbewegungen von Rechts?

von Sascha Schmidt

Seitdem die »Alternative für Deutschland« (AfD) bei den fünf Landtagswahlen im Jahr 2016 erstmals hohe Zustimmung unter ArbeiterInnen und Arbeitslosen verzeichnen konnte, wird wiederkehrend diskutiert, ob es sich bei der AfD um eine neue ArbeiterInnenpartei handelt. Schließlich setzte sich auch bei der Bundestagswahl der Trend von 2016 fort: Jeweils 21 Prozent der ArbeiterInnen und Arbeitslosen wählten AfD. Zulegen konnte die Partei zudem unter Gewerkschaftsmitgliedern, aus deren Reihen 15 Prozent für die AfD stimmten.
Die hier zu beobachtende Zustimmung abhängig Beschäftigter und sozial Benachteiligter zu (extrem) rechten Parteien und Personen folgte damit einem internationalen Trend. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen lud die ForscherInnengruppe »Postwachstumsgesellschaften« in der »Deutschen Forschungsgemeinschaft« (DFG) im Juni 2017 zur Tagung »Arbeiterbewegungen von Rechts?« ein. Daraus hervorgegangen ist ein äußerst lesenswertes Buch – unter gleichnamigem Titel. Darin gehen WissenschaftlerInnen – sowie einzelne GewerkschafterInnen – in 20 kurzweiligen Texten unter anderem den Fragen nach, welche Ursachen und Motive für den Aufstieg des »rechten Populismus« verantwortlich sind und inwiefern soziale Deklassierung und Deprivation ausschlaggebend für die Wahlentscheidung waren. Nicht zuletzt geht es auch um die Frage, was dem Aufstieg der »Neuen Rechten« entgegengesetzt werden kann.
Gegliedert ist das Buch in vier Teile: Im ersten Teil widmen sich die AutorInnen (u. a. Klaus Dörre, Gudrun Hentges und Wilhelm Heitmeyer) der Frage, was »(Rechts-)Populismus« im Kontext von Ökonomie und Arbeitswelt kennzeichnet und ihn für die ArbeiterInnenschaft attraktiv erscheinen lässt. Der zweite Teil stellt Ergebnisse empirischer Studien vor, die sich mit völkisch-populistischen Orientierungen unter ArbeiterInnen und Auszubildenden und der Rolle von Gewerkschaften befassen. Erörtert wird, inwiefern sozio-ökonomische und betriebliche Zustände einen Nährboden für den »Rechtspopulismus« darstellen. Die internationale Perspektive kennzeichnet vor allem den dritten Teil des Buches, in dem die Situation in Österreich, Polen und Portugal thematisiert wird. Im vierten Teil werden schließlich kontroverse Debatten zur Frage der Klassen- und/oder Identitätspolitik und notwendiger Handlungsansätze im Kontext Ökonomie/ Arbeitswelt diskutiert.

Karina Becker/ Klaus Dörre/ Peter Reif-Spirek (Hg.): Arbeiterbewegungen von Rechts? Ungleichheit – Verteilungkämpfe – populistische Revolte. Frankfurt am Main 2018, Campus Verlag, 359 Seiten, 24,95 Euro.



Regierungs-Rechte

von Paul Wellsow

Trump, Orbán, Erdogan, Kaczyński oder Strache – weltweit gelangte in den letzten Jahren eine Reihe rechter Regierungen an die Macht. Eine »Zeitenwende« sei das, meinen die beiden Politikwissenschaftler Stefanie Ehmsen und Albert Scharenberg. In einer 90-seitigen Broschüre der Rosa-Luxemburg-Stiftung haben sie knappe, fundierte Betrachtungen von AutorInnen aus sechs Ländern Europas zusammengetragen: Ungarn, Polen, Türkei, Dänemark, Norwegen und Österreich. Was bedeutet es, wenn die radikale Rechte regiert? Wie verändern sich Staat, Gesellschaft, Politik, Recht und Öffentlichkeit? Und warum konnte die Rechte jeweils so stark werden?
Bisher werden in Deutschland Koalitionen mit der rechtsradikalen »Alternative für Deutschland« (AfD) ausgeschlossen. Doch ihr Erstarken hat die politischen Debatten nach rechts verschoben. Asylrecht, Einwanderung oder Polizeigesetze: Nicht nur die CDU und CSU versuchen, das Schwinden gewohnter Mehrheiten und den Zerfall der »Volksparteien« durch einen Rechtsruck aufzuhalten – nicht nur erfolglos, sondern den Kurs verschärfend. 2019 sind in mehreren Bundesländern Wahlen, bei denen gewohnte Konstellationen möglicherweise nicht mehr funktionieren werden. Wie wird sich in Brandenburg, Sachsen oder Thüringen die CDU verhalten, wenn ein Rechtsbündnis den Zugriff auf den Posten des Regierungschefs ermöglichen würde? So machte beispielsweise die Einladung des österreichischen, konservativen Kanzlers Sebastian Kurz, der mit der rechtsradikalen »Freiheitlichen Partei Österreichs« regiert, als Redner zum Sommerempfang im August 2018 durch die Thüringer CDU klar, dass auch hier das politische Feld nach rechts erweitert und sondiert wird.
Das Drängen der AfD nach Einfluss und das unklare Verhalten der CDU/CSU machen es nötig, darüber nachzudenken, was rechte Regierungen praktisch bedeuten können – auch in Deutschland. Der Band »Die radikale Rechte an der Regierung« zeigt anhand von sechs europäischen Regierungen, wohin die politische Reise geht, wenn die Rechte an die Macht kommt – in ihren jeweiligen Ausformungen und ihren unterschiedlichen Entwicklungen. Ehmsen und Scharenberg warnen, durch die Regierungsbeteiligung werde die radikale Rechte in die Lage versetzt, »ihre gegen die Schwachen und Armen gerichtete Agenda in die Tat umzusetzen. Das Momentum dafür ist derzeit auf ihrer Seite.«

Stefanie Ehmsen / Albert Scharenberg (Hg.): Die radikale Rechte an der Regierung. Sechs Fallbeispiele aus Europa. Berlin / New York 2018, Rosa-Luxemburg-Stiftung. Kostenfreie Bestellung und Download: www.rosalux.de.



Der NSU

von Paul Wellsow

»Eine Aufklärung staatlichen Handelns und Fehlverhaltens im NSU-Komplex (…) ist gegen den Widerstand aus den – von der Politik gedeckten – Behörden, vor allem des Verfassungsschutzes, nicht möglich«: Der

Journalist Andreas Förster und der Professor für Politikwissenschaft Hajo Funke gehen in ihrer neuen Publikation mit dem Staat hart ins Gericht. Sie haben einen kenntnisreichen und pointierten Überblick über die Entstehung des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU), deren Taten und den Stand der Aufklärung nach dem NSU-Prozess vorgelegt.

Die Autoren skizzieren das Erstarken der Neonaziszene in den 1990er Jahren, die Entstehung der NSU-Quellorganisation »Thüringer Heimatschutz« unter den Augen der Behörden, das Abtauchen der NSU-Mitglieder und die erfolglose Fahndung nach ihnen, ihre Morde, Überfälle und Anschläge – und das jahrelange Versagen bei der Suche nach den TäterInnen. Sie kritisieren die rassistische Vorverurteilung von Opfern und Angehörigen und zeigen, was Untersuchungsausschüsse, journalistische Recherchen und NebenklägerInnen im NSU-Prozess ans Licht gebracht haben – während ihr Fazit der staatlichen Ermittlungen ernüchternd ist. Am Schluss blicken sie auf offene Fragen – von Ungereimtheiten des Todes von Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos 2011 und deren Leben im Untergrund bis hin zu möglichen MittäterInnen und dem Agieren der Behörden.

Wer die Geschichte des NSU detailgenau nachvollziehen will, sollte zum Standardwerk von Stefan Aust und Dirk Laabs (»Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU«, 2014) oder dem neuen Buch von Tanjev Schultz (»NSU – Der Terror von rechts und das Versagen des Staates«, 2018) greifen. Die Veröffentlichung von Förster und Funke ist eher ein Einstieg ins Thema, ein fundierter Überblick. Wichtig an ihrer Arbeit ist aber die Betonung der fehlenden Konsequenz der Aufarbeitung des rechten Terrors, ihre Kritik an Vertuschung durch Behörden, ihre Kritik an den Geheimdiensten und dem System der V-Leute, die teils als »staatliche Einflussagent_innen« wirken sollten, und ihr Hinweis, dass der Verfassungsschutz eine »Mitschuld« trägt. Ihre Kritik an den Diensten und deren mangelnder Kontrolle ist richtig. Ihre Forderung nach einer Reform des Verfassungsschutzes kann dagegen kritisch diskutiert werden.

Andreas Förster / Hajo Funke: Der nationalsozialistische Untergrund, das Ringen um Aufklärung und die Folgen für die demokratische und politische Kultur in Thüringen. Erfurt 2018, Friedrich-Ebert-Stiftung Thüringen, 98 Seiten. Bestellung und Download: www.fes.de/landesbuero-thueringen.

Anzeige



Im Abo erhältlich
6 x im Jahr

Magazin von und für AntifaschistInnen

#derrechterand
Twitter
Facebook

www.der-rechte-rand.de

Photos

Mark Mühlhaus / attenzione (Seiten 1, 12, 16, 28, 43, 50, 52, 56)
Archiv »derrechterand« (Seiten 4, 41)
European Union 2018 EP CC BY-4.0 (Seiten 7, 8)
Thilo Janssen (Seite 11)
wikimedia / Michael_Vadon CC BY-2.0 (Seite 23)
Flickr / European People´s Party CC BY-2.0 (Seiten 26, 42)
wikimedia / D. Myles Cullen (Seite 30)
Roland Geisheimer / attenzione (Seite 31)
Michael Parly Pedersen (Seite 32)
Niall Carsson (Seite 35)
wikimedia / Tom k&e CC BY-SA 3.0 (Seite 36)
wikimedia / Niccolo` Caranti CC BY-SA 4.0 (Seite 37)
wikimedia / OSCE Parliamentary Assembly CC BY-SA 2.0 (Seite 45)
wikimedia / EU2017EE Estonian Presidency CC BY 2.0 (Seite 48)
wikimedia / Ppntori CC BY-SA 4.0 (Seite 54)
Jordi Borras (Seite 55))

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de
Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de
Druck: berger + herrmann GmbH,
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Wirtschaft anders denken.
print. monatlich.
Testabo: 10 €, 3 Monate.



Natürlich auch digital.

#derrechterand
das Antifa Magazin
im Abo und im Netz

schneller als der VS erlaubt*

*bevor der »Verfassungsschutz« sie auch nur erwähnt, haben wir schon längst berichtet: »Reichsbürger«, »Identitäre«, AfD, »Prepper« oder »Ku Klux Klan« ...